

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,50 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,50 Mark halbjährlich, 10 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Interfions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengänge und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 4. November 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Berliner Wohnungspolitik.

II.

An eine Klärung des im gestrigen Artikel geschilderten Berliner Mietskasernen-Systems ist unter den heutigen Verhältnissen kaum zu denken; denn jede Einschränkung der baulichen Ausnützbarkeit der Grundstücke bedeutet natürlich einen Eingriff in die privatkapitalistische Wirtschaftsweise. Zwar wäre ein solcher Eingriff selbst vom Standpunkt des heutigen kapitalistischen Staates durchaus unbedenklich; sind doch die Rechte der Grundstücksbesitzer keineswegs, wie sie immer behaupten, „wohlerworben“. Die ungewöhnlichen Wertsteigerungen, um die es sich hier handelt: Steigerungen, die oft den Besitzern riesige Gewinne mitbrachten in den Schöpfwerfen, sie sind gewöhnlich lediglich durch die Tätigkeit und die Aufwendungen des Gemeinwesens entstanden. Die Besitzer haben dazu nichts getan. Ob die kleine Zahl von Grundstückspekulanten und Aktionären der Terraingesellschaften ihr investiertes Kapital höher oder niedriger verzinst, ob sie selbst Geld verliert, das ist für das Nationalvermögen gleichgültig und verschwindet vollkommen hinter der ungeheuren Wichtigkeit der Tatsache, daß die Millionen der künftigen Mieter besser und billiger wohnen. Bauordnungen sind nicht für die Ewigkeit gegeben. Werden sie eingeschränkt und fällt dadurch der Preis des Grund und Bodens, so passiert den Grundstückspekulanten eben nur das, was auch allen anderen Spekulanten zustoht. Sie haben wechselnde Konjunkturen auszuhalten, während sie bisher fast ausnahmslos mit einem Steigen der Bodenpreise rechnen konnten.

In Berlin selbst ist aber das Weichbild seit längerem fast vollkommen ausgebaut. Um so mehr hätte die Verwaltung die Verpflichtung gehabt, wenigstens innerhalb des gegebenen Rahmens auf Besserung der Wohnungsverhältnisse Bedacht zu nehmen. Daß die Wohnungsverhältnisse für die Masse der Bevölkerung höchst traurig sind, mußte auch in früheren Jahren schon jedes Mitglied der Verwaltung wissen. Insbesondere konnte niemand im Zweifel sein, daß gerade die schlechten und kleinen Wohnungen maßlos überfüllt sind, und je überfüllter die Wohnungen, desto höher ihre Mietspreise. Für die Wohnungen gilt nämlich das gleiche Gesetz wie für den Grund und Boden. Je größer die Möglichkeit ist, in eine kleine Wohnung eine große Zahl von Personen hineinzupressen, desto höher steigen die Mietspreise. Der verstorbene Oberbürgermeister Zweigart in Essen hat noch kurz vor seinem Tode über die Erfahrungen, die er in Essen mit der von ihm eingeführten Wohnungsinspektion gemacht hatte, ein Gutachten an den Verein für Sozialpolitik erstattet. Darin führt er wörtlich folgendes aus: „Lassen wir die Überfüllung der Wohnungen zu, so steigern wir die Mietspreise; verhindern wir dieselben aus hygienischen Gründen, so wird die Folge eine Herabsetzung der Mietspreise sein.“

Der Magistrat von Berlin aber hat, ebenso wie die Stadtverordnetenversammlung, in konstanter Praxis bisher jedes Eingreifen in die Wohnungsverhältnisse abgelehnt. „Derjenige, der die Verpflichtung anerkennt, für Wohnungen zu sorgen, kann es unmöglich ablehnen, auch billige Feuerung zu schaffen, billige Kleidung, billige Nahrung und wir kommen auf diesem Wege, das ist meines Erachtens unzweifelhaft der Dinge letzter Schluß, zu demjenigen Staate, der eben von der sozialdemokratischen Partei gewünscht wird.“ Das war der Kern der Ausführungen, welche der Oberbürgermeister Kirchner namens des Magistrats 1900 auf den Antrag der Sozialdemokratie machte, mit der Versammlung in gemischter Deputation über die herrschende Wohnungsnot und die Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu beraten.

Der Antrag wurde abgelehnt, und das gleiche Schicksal erlitten die zahlreichen spezifizierten Anträge, welche unsere Genossen im Laufe der langwierigen, sich über fast zwei Jahre erstreckenden Ausschussverhandlungen gestellt hatten. Das ganze Ergebnis all dieser Beratungen bestand nur in der geringfügigen Unterstützung einer Augenzeugenschaft und dem Wunsch, die statistischen Beobachtungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens möchten derart erweitert werden, daß möglichst alljährlich ein genaues Bild über die Wohnungsverhältnisse gewonnen werde, sowie drittens in der Gründung der „König-Friedrich-Stiftung“, jener famosen Stiftung, die mit einer Million Mark ausgestattet, dazu beitragen sollte, die Wohnungsnot in Berlin zu lindern!

Damals hatten wir eine Wohnungsnot, so scharf und akut, wie sie bisher kaum je in Berlin aufgetreten war. Trotzdem wurde jedes gemeindliche Eingreifen abgelehnt. Die Sozialdemokratie steht nun gewiss auf dem Standpunkt, daß wir keinerlei spezifische Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot innerhalb der heutigen Gesellschaft anerkennen und gutheißen können; nur im Rahmen des großen Kampfes, den wir für die allgemeine Befreiung der Arbeiterklasse führen, werden wir in der Lage sein, dem Wohnungsproblem beizukommen und gute, gesunde Wohnungsverhältnisse für die breite Masse des Volkes zu schaffen; nichtsdestoweniger ist auch von uns niemals bestritten worden, daß nicht auch innerhalb der heutigen Gesellschaft das Wohnungsproblem gelindert werden könnte. Wäre jener Komplex von Maßnahmen, die

die Sozialdemokratie damals beantragt und eingehend begründet hatte, durchgeführt worden, wir ständen heute sicherlich besser da.

Seit einigen Jahren ist nun der akute Wohnungsmangel, unter dem Berlin zu Anfang dieses Jahrhunderts litt, behoben. Die Bautätigkeit hat rege eingesetzt und die Zahl der leerstehenden Wohnungen aller Gattungen ist größer als seit Jahrzehnten. Aber besser, menschenwürdiger und billiger wohnt die Masse der Bevölkerung darum keineswegs.

Als eine der Früchte der beschlossenen Resolution betreffend die Erweiterung der statistischen Beobachtungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens erscheinen jetzt die statistischen Monatsberichte von Groß-Berlin. In dem Doppelheft März-April dieses Jahres, welches vor kurzem zur Ausgabe gelangte, finden sich interessante Daten über die Größenverhältnisse der Wohnungen von Groß-Berlin nach der letzten Aufnahme vom 1. Dezember 1905. Danach waren in Berlin selbst im ganzen vorhanden 524 441 Wohnungen. Unter diesen bestanden ausschließlich

aus einer Küche . . . . .	4 484	Wohnungen	= 0,86	Proz.
aus Gewerberäumen . . . . .	290	„	= 0,06	„
aus einem nichtheizbaren Zimmer . . . . .	498	„	= 0,09	„
aus einem nichtheizbaren Zimmer mit Küche . . . . .	1 282	„	= 0,24	„
aus 2 oder mehr nichtheizbaren Zimmern mit Küche . . . . .	316	„	= 0,06	„
aus einem heizbaren Zimmer . . . . .	34 444	„	= 6,57	„
aus einem heizbaren Zimmer und einem nichtheizbaren Zimmer . . . . .	1 167	„	= 0,23	„
aus einem heizbaren Zimmer und Küche . . . . .	189 247	„	= 36,09	„
aus einem heizbaren Zimmer mit Küche und einem nicht heizbaren Zimmer . . . . .	23 265	„	= 4,44	„

Rechnet man die Schiffwohnungen hinzu, so ergibt sich, daß fast genau die Hälfte aller Wohnungen in Berlin unzulänglich ist. Unzulänglich, weil man mit Sicherheit annehmen kann, daß fast alle oben angeführten Wohnungen von Ehepaaren mit Kindern bewohnt werden. Will eine solche Arbeiterfamilie mit Kindern auch nur einigermaßen den Geboten der Hygiene und Sittlichkeit entsprechend wohnen, so wird sie mindestens eine Wohnung von zwei heizbaren Zimmern mit Küche haben müssen. Solche Wohnungen sind aber für Berliner Arbeiter vollkommen unerträglich. Im Jahre 1905 kostete eine Wohnung bestehend aus Küche und einem heizbaren Zimmer im Durchschnitt 280 M., eine Wohnung bestehend aus Küche und zwei heizbaren Zimmern im Durchschnitt 432 M. In der königlich sächsischen Ministerialverordnung vom 31. März 1903 an die sächsischen Gemeinden heißt es nun: „Als zu teuer wird eine Wohnung dann erachtet werden müssen, auf welche der Inhaber mehr als ein Sechstel seines Einkommens zu verausgaben hat.“ Legt man diesen gewiss nicht zu hoch gegriffenen Maßstab zugrunde, so müßte eine Arbeiterfamilie in Berlin ein Einkommen von sechs- bis achtmal 432 M. haben. Wieviele Arbeiter mag es in Berlin geben, die über ein solches Einkommen verfügen? Nach dem neuesten statistischen Jahrbuch haben von allen in Berlin zur Einkommensteuer herangezogenen Personen 92,16 Proz. ein Einkommen unter 2 700 Mark!

Rechnet man zu den Kleinwohnungen im weitesten Sinne alle Wohnungen mit drei oder weniger heizbaren Zimmern, so gehören nach der Aufnahme von 1905 unter allen bewohnten Wohnungen ohne Gewerberäume 91 Proz. zur Kategorie solcher Kleinwohnungen. In ihnen wohnen von je hundert Personen der anwesenden Bevölkerung 88, in Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer von je hundert 43!

Genauere neuere Ziffern betreffend die Wohnungsüberfüllung im einzelnen gibt es unseres Wissens nicht; es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Wohnverhältnisse in Berlin auch nach dieser Richtung hin traurig bestellt sind. Schon seit langem hat sich das Schlafängergewesen mit all den Nachteilen und Gefahren, die es mit sich bringt, in Berlin stärker ausgebreitet als in den meisten anderen Großstädten. Nach der Zählung von 1890 hatten 56,2 Proz. der Haushaltungen eine Schlafstube, 29,5 deren zwei, 10,5 deren drei, 2,7 deren vier. Fast genau drei Viertel dieser Haushaltungen waren Haushaltungen mit Kindern! Daß diese Verhältnisse sich seitdem irgendwie gebessert haben sollten, ist nicht anzunehmen. Im Gegenteil! Es ist zweifellos, daß, insbesondere in den letzten Jahren, auch hier eine Verschlechterung eingetreten ist. Die ungeheuerliche Auswanderung durch die preussischen Junker, die kolossale Preissteigerung der notwendigsten Lebens- und Gebrauchsmittel zwingt die Massen, ob sie wollen oder nicht, zu Einschränkungen der bisherigen Lebenshaltung; und zuerst wird an der Wohnung gespart. Man nimmt Schlafleute auf, um billiger zu wohnen. Wie es in solchen überfüllten Wohnungen aussieht, darauf haben die so überaus dankenswerten, von den Grundbesitzern mit wildem Hohn verfolgten Wohnungsanwärtinnen, die Albert Kohn im Auftrag der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute alljährlich veranstaltet, erschreckende Streifenlichter geworfen. Solche dumpfen, überfüllten Wohnungen sind Brutstätten für Krankheiten aller Art. Hier erwacht zum

großen Teil die moderne Geißel des Proletariats, die Lungenschwindsucht. Auf allen hygienischen Kongressen hat man einhellig der Auffassung Ausdruck gegeben, daß gesunde Wohnungen mit genügend Luft und Licht das beste und sicherste Vorbeugungsmittel gegen die Ausbreitung dieser Seuche sind, die Tuberkulose kann man als eigentliche Wohnungskrankheit bezeichnen.

Die Berliner Stadtverwaltung aber hält es nicht für ihre Aufgabe, hier einzugreifen. Man sucht sogar, solange es nur angeht, die vorhandenen Mißstände nicht offenkundig werden zu lassen. Bei den Verhandlungen im Jahre 1900 beantragten unsere Genossen unter anderem auch die Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes mit einer städtischen Wohnungsinspektion, und unser Redner begründete diese Forderung mit folgenden Worten:

„Wir fordern alsdann die Errichtung städtischer Wohnungsinspektionen und eines städtischen Wohnungsamtes, mit dem ein städtischer Wohnungsnachweis wenigstens für die kleinen Wohnungen zu verbinden wäre. Der erste Schritt zur Besserung ist stets Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Andere Städte und Staaten sind in diesem Punkte Berlin und Preußen voraus und die Tätigkeit dieser Behörden hat wenigstens das Gute, daß die Bürgerschaft und ihre Vertretung vor den festgestellten Zuständen nicht länger die Augen verschließen und ein Einschreiten gegen solche unhaltbar gewordenen Zustände nicht aus Unkenntnis der Verhältnisse ablehnen kann. Das Wohnungsamt würde alle auf das Wohnungswesen bezüglichen Daten und Ziffern zu sammeln, zu sichten, zu bearbeiten und herauszugeben haben. Insbesondere würde auch dem Schlafängergewesen besondere Beachtung zu schenken sein, da dieses, wie bekannt sein wird, in keiner Stadt annähernd solche Ausdehnung angenommen hat wie in Berlin. Dem Wohnungsnachweis würden alle Vermieter gehalten sein, ihre leerstehenden Wohnungen unter Beschreibung derselben und Preisangabe anzuzeigen und nach erfolgter Vermietung unter Angabe der zugezogenen Personen wieder abzumelden, so daß der Stand des Wohnungsmarktes in Berlin bezüglich der Kleinwohnungen stets klar ersichtlich wäre. Die Wohnungsinspektion schließlich würde aus einem Stabe von bautechnisch und hygienisch gebildeten Beamten zu bestehen haben, die im Verein mit ehrenamtlichen Mitgliedern, welche sicherlich aus allen Schichten der Bevölkerung sich finden, würden, die Wohnhäuser, besonders in den ärmeren Quartieren, in regelmäßigen Zwischenräumen zu besichtigen und zu kontrollieren hätten. In weiterer Folge würde man dann natürlich zu der Forderung kommen, daß solche Wohnungen, die bestimmten hygienischen Minimalforderungen nicht entsprechen, nicht weiter bewohnt werden dürfen, und daß eventuell gegen Vermieter, die solche Wohnungen dennoch vermieten, eingeschritten werden müßte.“

Mit einigen schalen Spöken, wie z. B., daß mit solchem Antrage die Sozialdemokratie nach „noch mehr Polizei“ verlange, lehnte die Versammlung unter Zustimmung der Magistratsvertreter den Antrag ab. Am 1. Oktober 1910 ist nun von unserer Nachbargemeinde Charlottenburg ein städtisches Wohnungsamt ins Leben gerufen worden, welches genau auf der von unseren Genossen skizzierten Grundlage aufgebaut ist, und die Begründung der Vorlage durch den Charlottenburger Magistrat deckt sich vollkommen, fast wörtlich mit der Begründung, die unsere Genossen damals im einzelnen ihren verdienstlichen Vorschlägen gegeben haben.

Die Errichtung eines mit einer Wohnungsinspektion verbundenen Wohnungsamtes ist der erste Schritt, ja die Voraussetzung für ein besseres Eingreifen in die Wohnungsverhältnisse. Auch mit einer solchen Maßnahme hat Berlin sich von Charlottenburg überflügeln lassen. Dabei liegen in Charlottenburg die Dinge bei weitem nicht so schlimm wie bei uns. Wann wird Berlin dem Charlottenburger Beispiel folgen?

## Kein Tag ohne Provokation!

Die führenden konservativen Organe geben sich die erdenklichste Mühe, in jeder neuen Nummer die Nichtigkeit der Annahme zu beweisen, daß die Straßenschlachten der letzten Wochen nichts sind als das Werk der Heerarbeit der Junker, die durch systematisch betriebenen Aufwandschwund Wahlmache treiben, durch Erzielung reaktionärer Wahlen die völkerverhetzende Kreuzpolitik bereuigen und obendrein eine brutale Knebelpolitik gegen die Arbeiterklasse inszenieren möchten. Diese Absichten der Reaktion sind so durchsichtig, daß selbst ein so gemäßigtes Blatt wie „Vossische Zeitung“ erklären muß, unseren Gewerkschaftspolitikern sei nichts erwünschter, als wenn es gelänge, kurz vor den Wahlen blutige Straßenschlachten zu provozieren. Immer, sagt die „Vossische Zeitung“, wenn Ritter und Heilige ihre Herrschaft sichern und wiederherstellen wollten, zeigten sie das rote Geheiß. Wie also sollte man nicht verstehen, daß den Reaktionen von der schärferen Tonart, die sich in Sehnsucht nach Staatsstreich und Diktatur verkehren, ein gelindes Blutbad in Roßbit oder auf dem Wedding als eine rettende Lat erscheinen kann.

Die „Kreuzzeitung“ schilt zwar auf diese „widerrinnige“ Auffassung der „Vossischen Zeitung“. Aber ihre eigenen Worte strafen sie Lügen. Ist doch die „Kreuzzeitung“ nicht minder eifrig als die „Deutsche Tageszeitung“ am Werke, den Rotkoller unserer Polizei-

Behörden derartig ins Delirante zu steigern, daß die heifersehnten Regierungen unausbleiblich scheitern. Oder kann es etwas Tolleres, Aberwichtigeres, Verbrechenlicheres geben, als wenn die „Kreuz-Zig.“ die Behörden, in erster Linie natürlich die Justiz- und Polizeibehörden (die ja eine so außerordentliche Empfänglichkeit dafür bewiesen haben!) über das Wesen der Sozialdemokratie nach der Phantasie eines Frankfurter Sudelblättchens folgendermaßen zu „informieren“ sucht:

„Ein Mitarbeiter dieses Blattes begab sich kürzlich, als schlichter Arbeiter verkleidet, gelegentlich der Offenbacher Stadtverordnetenwahlen, die den Sieg der Sozialdemokratie herbeigeführt hatten, nach Offenbach a. M. und setzte sich unter die Sozialdemokraten. In gehobener Siegesfreude saßen dort zahlreiche Männer und Frauen beisammen und jubelten über den sozialdemokratischen Erfolg. Eine der Frauen sagte, in dem Glauben, daß nur Bestimmungsgenossen in der Nähe seien: „No, jetzt sein mer bald so weit, daß mer Iaa Steuern mehr zu zahle hawe. Mer hawe jetzt bald genug von unsere zusammengezwängt.“ — Eine andere sagte mit zynischem Lächeln: „Nimmer, wenn mer erst emol so weit sein, daß mer dem reiche Volk's Messer in de Wams stecke könne, dun hun mer gewonne.“ — Eine dritte sagte: „Get ham, deß will ich gor nett. Mir genügt, wenn ich dem Kommerzienrat K. seine uffgeblöste Döchter die seidene Perle vom Feinrunner reihe, un en uffs Maul hage derf, dene hochnässige Frauensimmer.“ — So in diesem Ton ging die Unterhaltung weiter. Es war ekelhaft zu hören, wie diese roten Genossen sich gegenseitig an Wildheit überboten. Ein langer, stämmiger Arbeiter erklärte zur Verabfolgung der Umkleidekabine: „Nimmer, deß sag ich euch, noch zwoa Wähe, un mer kenne los'st Lage. Aber dann sag ich euch, nig wie derf. Es derf Ian Esaa (kein Stein) uff dem annern Seite.“

Wenn sich die Leser des vornehmsten konservativen Blattes solch hirnverbranntes Zeug aufstischen lassen, kann man sich freilich nicht darüber wundern, daß dadurch erweckte Wahnbildungen sich auch in Köpfen von Staatsanwälten festzusetzen vermögen!

Und während die „Kreuzzeitung“ bergestalt die Sozialdemokratie als eine Horde rapider und gewalttätiger Individuen schildert, damit nur ja die Polizei in jedem Egge verwahtloster Büchsen gleich die „rote Revolution“ mittelt und demgemäß durch unsinnige Machtentfaltung und provozierende Karabinerparaden für Volksansammlungen sorgt, brüllt die „Deutsche Tageszeitung“ tagtäglich nach rüchichtslossem Draufgehen der Polizei. So auch wieder in d. Donnerstagsnummer. Das edle Organ der Januschauer Prophezeit erst mit zynischer Gelassenheit den Großstädten auch für die Zukunft „Streikunruhen, Aufruhr und Landfriedensbruch, Vorübungen zur Revolution“, um dann um so drünstiger nach „kraftvoller Entschiedenheit“, nach „unbengsamere Strenge“ zu schreien. Und nicht nur gegenüber den „Zusammenrottungen“ in den Städten, sondern auch gegen die Proletarier auf dem platten Lande! Denn wie leicht könne auch auf dem Lande „der revolutionäre Funke zünden!“ Schon beginne auch hier die Rechtsfischer abzunehmen, schon verwirre auch hier der Geist der Aufklärung die Köpfe. Da aber die revolutionäre Gefahr auf dem Lande noch viel schlimmer sei als in den Städten, sei es nötig, „jede Ungeheuerlichkeit, jeden Widerstand gegen die Staatsgewalt, jedes Spielen mit der Revolution mit unbengsamere Strenge zu unterdrücken!“

Nun, wie werden dafür sorgen, daß die rührende Liebe der Junker zu ihrer Landarbeiterschaft überall gebührend bekannt wird!

## Die „kleinen Unregelmäßigkeiten“.

I.

Aus dem Ruhrbecken wird uns von bergmännischer Seite zum Bochumer Rabbodprozeß geschrieben:

Am Morgen des 12. November 1908 ging die erschütternde Kunde in die Lande von dem größten Unglück, das sich im deutschen Bergbau je ereignet hat. 340 Menschen waren in den Gängen von Rabbod auf einen Schlag getötet, über dreißig verwundet, vielfach so schwer, daß der Tod sie nach wenigen Tagen von schweren Leiden erlöste. Eine ungeheure Erregung verbreitete sich unter den Bergleuten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks. Wie groß sie war, davon hat ja der Hohenzollernprinz Gisel Friedrich seinem Vater Mitteilung machen können. Bekannt ist, wie Monate hindurch das Massenunglück Gegenstand eifriger und aufregender Diskussionen unter den Bergleuten, in der Presse und den Parlamenten war.

In erster Linie wiederholte sich immer und immer wieder die Frage: Wie war es möglich, daß mit einem Schläge aus dem Rabbodischacht ein einziges Leichen- und Trümmerfeld wurde? Der Schreiber dieses Artikels sollte noch am Unglückstage über die Ursachen der Katastrophe von den überlebenden Bergleuten der Zeche Rabbod Auskunft erhalten. Mehr als 60 alte, erfahrene Bergarbeiter setzten sich mit ihm am Nachmittage zu einer Besprechung zusammen. In wenigen Stunden war man sich klar geworden, daß auf Rabbod alle Grundbedingungen vorhanden waren, die zu dieser entsetzlichen und umfangreichen Katastrophe führen mußten.

Wo der Schlagwetterherd war und von wo aus die Explosion in der Grube ihren Anfang nahm, darüber herrscht bis heute noch Unklarheit. Das mag daher kommen, weil die Rabbodische ein Wetterloch ist. Der Zeuge und Sachverständige des Mägers, der Bergmeister Hollender, hat das bestätigt: „Auf Rabbod war es überall gefährlich!“ Kein Wunder also, daß gewaltige Brüche (niedergegangene Strecken) und große Brandstellen sich nach der Katastrophe an diesen Stellen der Grube vorfanden. Da ist es fast unmöglich, den Herd festzustellen.

Doch um diesen Herd allein handelt es sich nicht bei Beurteilung des Rabbodunglücks. Wer diesen Gedanken nach außen trägt, täuscht die Öffentlichkeit. Wir haben alle Augenblicke Schlagwetterexplosionen im deutschen Bergbau zu verzeichnen. Und doch beschränken sich diese Explosionen meist auf ihren Herd. Nur verhältnismäßig wenige Bergarbeiter fallen ihnen daher zum Opfer. Wenn eine Explosion von folgenschwerer Wirkung ist, dann hat die Explosion neue Nahrung und Träger gefunden, die auf Rabbod so stark gewesen sein mußten, daß die Explosion, die Wetterströme und Wetterabteilungen durchbrechend, sich auf alle Reviere der Grube verteilte. Auf Rabbod war es eben überall gefährlich!

In jener Besprechung am Tage der Katastrophe stellten wir fest, daß große Schlagwetteransammlungen an den verschiedensten Stellen der Zeche vorhanden waren. Das Feuer griff von einer dieser Ansammlungen zu anderen über, blitzschnell! Als Träger der Feuerzylinder diente dann noch der Kohlenstaub, der auf Rabbod sich in großen explosionsfähigen Mengen mehr als genug vorfand.

Um den Kohlenstaub explosionsunfähig zu machen, ist seit mehr als einem Jahrzehnt die Verrieselung vorgeschrieben. Der Staub wird durch Wasser unschädlich gemacht. Diese Verrieselung funktionierte auf Rabbod nicht immer. Stundenlang und kurz vor dem Unglück, wenige Tage vorher, kam eine ganze Schicht und länger noch überhaupt kein Wasser. Alles das wurde am Unglück-

stage in der Besprechung festgestellt, und damit waren die Vorbedingungen für die Katastrophe erkannt.

Das Gericht sprach in seiner Begründung von „kleinen Unregelmäßigkeiten“, die auf jeder Grube vorkommen. Eine für die gesamte Bergarbeiterchaft höchst bedenkliche Feststellung des Gerichts! Denn diese „kleinen Unregelmäßigkeiten“ führten zu Katastrophen und haben bisher Tausenden von Bergleuten das Leben gekostet. Und das wird so weitergehen, bis man diesen „kleinen Unregelmäßigkeiten“ energisch zu Leibe rückt.

Weiter wurde in der Besprechung festgestellt und jetzt an Gerichtsstelle bestätigt, daß die Zeche Rabbod als neues Werk eine erstaunlich schnelle und hohe Kohlenförderung entwickelte, daß auf diesem „Wirt“ die Belegschaftsziffer rapide zunahm, ein Teil dieser Belegschaft aus Leuten bestand, die bergfremd waren, mindestens nicht mit den Gefahren des Bergbaues vertraut waren. Wie fast auf allen neuen Werken, so war auch auf Rabbod der Belegschaftswandel ein sehr großer, weit über den Durchschnitt des Wachsels auf den Gesamtgruben des Ruhrbeckens hinausgehend. Auch das trug zur Erhöhung der Gefahren bei.

Mit anderen Gruben gemein hatte Rabbod die fürchterliche Untreue und die schlimme Behandlung der Bergarbeiter. Die Bergarbeiter wurden mit Lohnreduktionen gequält; oft betrug sie bis zu einem Viertel und mehr noch der Wagengebühre. Die Folge ist, daß die Bergarbeiter jedes menschliche Arbeiten aufgeben müssen. Sie fangen an zu wühlen, lassen dann vielfach die Sicherheitsmaßnahmen außer Auge, pfuschen sogenannte „Pferdeställe“, d. h. Hohlräume im Bergeversatz, zusammen. Das ist eines der wichtigsten Momente, das zur Erhöhung der Gefahren beiträgt. Wenn man die Frage stellt, was die Ursachen einer Katastrophe sind, ist die Angabe durchaus ungenügend, hier oder dort sind die Schlagwetter oder der Kohlenstaub entzündet worden. Damit ist die Frage nämlich nur halb beantwortet. Man muß nach allen den „kleinen Unregelmäßigkeiten“ fragen. Schlagwetteransammlung, Kohlenstaub, Verrieselung, Wetterführung, Belegschaftsentwicklung, Arbeiterbehandlung und vor allen Dingen die Lohnfrage müssen zur Beurteilung der Ursachen einer Katastrophe geprüft werden. Mit der bloßen Feststellung, hier und da haben sich die Wetter entzündet, ist nichts gesagt.

Das Bochumer Landgericht hat einzelne der genannten Unfallursachen berückichtigt, andere nicht. In seinem Urteil hat es die Lohnfrage mit Absicht völlig außer Betracht gelassen. Damit aber hat das Gericht gezeigt, daß es nicht weiß, wie die Bergarbeiter gerade über die Lohnfrage in ihrem Zusammenhang mit der Unfallfrage denken. Wir machen dem Gericht keinen Vorwurf, wenn es nebensächliche Momente für wichtiger hielt zur Beurteilung der Unfallursachen. Wir konstatieren nur, daß die Bergarbeiter anderer Meinung sind. Seit Menschengedenken hat sich hier die Ueberzeugung festgesetzt, daß die meisten Unfälle im Bergbau verhütet werden, wenn eine vernünftige Regelung der Lohnfrage stattfindet. Die heutigen Lohnverhältnisse treiben die Bergarbeiter massenhaft in den Tod! Unfallfragen und Lohnfragen lassen sich darum nicht trennen.

Zu den Umständen gehört dann schließlich auch die Grubenaufsicht, wie sie von der Grubenverwaltung und den Beamten ausgeübt wird. Und nicht zu vergessen, die Grubenaufsicht durch die Bergbehörde! Mit Erstaunen vernahmen wir vor Gericht, daß z. B. Steiger auf Rabbod nicht einmal das Wetterbuch kannten! Und selbst Direktor Andree, der Nebenkläger und Leiter der Grube Rabbod, kannte die gesetzlichen Bestimmungen über die Eintragungen von Schlagwetter in die Wetterbücher nicht!

Herr Berginspektor Hollender vom Bergrevieramt Hamm hatte die gefährlichen und vielfach konstanten Wetteransammlungen nicht bemerkt. Daß Rabbod ein Wetterloch und gefährlich war, hat er ja zugegeben, aber wo die gefährlichen Stellen waren, dahin ist er nicht gekommen. Bis auf ganz geringe Kleinigkeiten hat er alles in bester Ordnung gefunden, was er bekanntlich auch dem Geheimen Oberbergamt Reihner aus dem Ministerium noch am Tage der Katastrophe gesagt hat. Wunderbar! Wenn alles in bester Ordnung ist, postieren die schrecklichsten Unglücksfälle!

Es war höchste Zeit, daß die Sicherheitsmänner kamen. Während sich vor Gericht die Beamten bemühten, die gefährlichen Wetteransammlungen abzugreifen, fand ein organisierter Sicherheitsmann erneut einen großen Hohlraum mit einer großen Menge angesammelter Schlagwetter!!! Also noch heute dieselben schlimmen Gefahrenquellen, wie vor der Katastrophe!

Der Prozeß hat gezeigt, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“, die die Ergebnisse der Besprechung am Unglückstage sofort veröffentlichte, über die vorhandenen Umstände und Gefahrenquellen vor dem Unglück gut orientiert war. Aus den Verhandlungen des Prozesses hat sich ergeben, daß das Organ des Bergarbeiterverbandes eher zu wenig als zu viel über die Umstände und Gefahrenquellen geschrieben hat. Vielleicht war das der Grubenverwaltung der Zeche Rabbod bekannt. Wegen Ausbedung dieser Umstände wurde nicht Klage erhoben, man versuchte auf Umwegen mit einem Prozeß an die „Bergarbeiter-Zeitung“ heranzukommen. Darüber im zweiten Artikel.

Gegen das Urteil im Rabbodprozeß ist Revision angemeldet worden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. November 1910.

### Der Reichshaushaltsetat für 1911.

Der Regierung liegt allem Anschein nach außerordentlich viel daran, den Eindruck zu erwecken, als sei der neue Reichshaushaltsetat für das Finanzjahr 1911/12 mit dem Bestreben aufgestellt, möglichst bei allen Posten zu sparen. Wie die „Köln. Zig.“ zu melden weiß, sollen von den Forderungen der einzelnen Ressorts durch das Reichschatzamt nicht weniger als 100 Millionen Mark gestrichen worden sein, ungefähr 50 Millionen bei den ordentlichen und 50 Millionen bei den außerordentlichen Ausgaben. In diese Abzüge teilen sich, so erfährt das Kölner Blatt, sämtliche Ressorts, und auch Heer und Marine sind mit ihnen bedacht worden. Auf die Gestaltung der Anleihe hat die durch das Finanzgesetz von 1909 vergebene Schuldentilgung günstig eingewirkt. Für sie sollen nach dem Staatsgesetz 50 Millionen mehr als im Vorjahr aufgewandt werden. Bei den Etats war als leitender Grundsatz für das Ordinarium aufgestellt worden, daß man aus Ersparnisrückichten keine neuen Beamtenstellen schaffen, keine Neubauten vornehmen und keine kostspieligen neuen organisatorischen Maßnahmen genehmigen dürfe. Ausnahmen sollten nur in wirklichen „Noisfällen“ statthaft sein. Dement-

sprechend sind z. B. bei den Reichseisenbahnen neue Stellen für mittlere und Unterbeamte geschaffen und eine Aufbesserung der Arbeiterlöhne vorgenommen worden. Ebenso konnten sehr erhebliche Aufwendungen für einen ausreichenden Güterwagenpark nicht vermieden werden, da den Anforderungen des Verkehrs unter allen Umständen nachgegeben werden mußte. Ferner sind im Bereich des auswärtigen Amtes dadurch Mehrforderungen entstanden, daß wie alljährlich die Zahl der Vernis-Konsulate vermehrt wurde.

Dagegen soll der Reichszuschuß zu den Ausgaben der Kolonien weit geringer angelegt sein, während für das Heer und die Flotte natürlich, wie gewöhnlich, Mehrforderungen verlangt werden. Die „Köln. Zig.“ begründet diese höheren Etatsansätze folgendermaßen: Bei der Heeresverwaltung waren für Verstärkungen und sonstige militärische Einrichtungen auf fünf Jahre feste Ausgaben bewilligt worden. Naturgemäß waren diese im ersten Jahre minder erheblich, und es stiegen dann die Kosten mit jedem Jahre in dem Maße, wie die betreffenden Organisationen zur Vollendung gebracht waren. Wenn nach Beendigung des fünfjährigen Abkommens ein Beharrungszustand eingetreten sein wird, werden sie sich abermals als höher herausstellen als bei der jetzt fälligen Rate. Auch bei dem Ordinarium der Marine ist, wobei die allgemeine Teuerung aller Verhältnisse in erster Linie maßgebend gewesen sein dürfte, eine Verminderung der Ausgaben nicht zu erreichen gewesen, vielmehr dürften sie sich um einige Millionen erhöhen.

### Nationalliberal-freisinnige Wahlkoalitionen.

Obwohl in nationalliberalen Kreisen wenig Neigung vorhanden ist, sich im nächsten Reichstagswahlkampf mit den Fortschrittler zusammen zu spannen, dürfte es doch in einzelnen Landesreisen zwischen Nationalliberalen und Fortschrittler zu einem gemeinsamen Vorgehen bei den nächsten Reichstagswahlen kommen. Nachdem in Württemberg die Verhandlungen bis zum formellen Abschluß gediehen sind, ist jetzt auch über die Reichstagswahlkreise in Kurhessen, soweit sie zugeht von den Antikamern vertreten werden, eine Verständigung erzielt worden. Auch zwischen der Volkspartei und den Nationalliberalen des Rheinlandes werden demnächst Verhandlungen zwecks Einigung über die rheinischen Wahlkreise stattfinden.

In Hannover und Thüringen sind bekanntlich die Einigungsversuche gescheitert, ebenso in Westfalen. Dort haben die Nationalliberalen bei der Suche nach Bundesgenossen die Konservativen den Fortschrittler vorgezogen. Sie wollen im Reichstagswahlkreise Weisfeld-Wiedenbrück den Konservativen helfen, während in Halle-Verford die Konservativen den nationalliberalen Kandidaten unterstützen sollen.

### Verballhornungsarbeit der Justizkommission.

In erster Lesung der Strafprozessordnung wurde in einem neuen § 106a bestimmt, ein sogenanntes Zwischenverfahren einzuführen, das heißt, eine vor der Hauptverhandlung erfolgende Beweisüberholung oder Fortsetzung der Voruntersuchung auf Antrag des Angeklagten stattfinden zu lassen. Da das der Regierung zu weit ging, beantragten die Nationalliberalen die Streichung des § 106a. Die Regierungsvorlage sah das Zwischenverfahren nur für Strafsammlungen vor, während sie die Kommission auch auf das Amtsgerichtsverfahren ausdehnte. Das war um so nötiger, als durch den § 232 des Gerichtsverfassungsgesetzes eine Reihe Sachen, die zur Zuständigkeit der Strafkammer gehörten, nach dem Ermessen des Staatsanwalts dem Amtsgericht zugewiesen werden können, wenn voraussichtlich die Strafe nicht höher als sechs Monate Gefängnis sein würde.

In der Donnerstag-Sitzung sprach auch hier wieder die Kommission mit 15 gegen 13 Stimmen aus, was sie in erster Lesung beschlossen hatte. Selbst ein Vermittlungsantrag Gröber, zumindest in den durch das Ermessen der Staatsanwaltschaft dem Amtsgericht zugewiesenen Strafsammlungen ein Zwischenverfahren greifen zu lassen, wurde abgelehnt! Für diese Verschlechterung stimmten geschlossen mit den Nationalliberalen und Konservativen auch wieder die Freisinnigen!

Ebenso half beim § 201 der süddeutsche Abg. Storz die Vorrechte der Staatsanwaltschaft stärken, indem er mit den Nationalliberalen und Konservativen dafür stimmte, daß nur der Staatsanwalt gegen den Beschluß des Gerichts, das Hauptverfahren nicht zu eröffnen, Beschwerde erheben kann. Dagegen stimmten die Freisinnigen mit den übrigen bürgerlichen Abgeordneten einen Antrag unserer Genossen zum § 208 nieder, der in den Fällen, in denen die Ueberretungen der Arbeiterschutzbestimmungen das Hauptverfahren nicht eröffnet wird, auch den Gewerkschaftsausschüssen und den Mitgliedern der Arbeiterorganisationen das Recht der Beschwerde geben sollte!

Nur einmal schwangen sich die Freisinnigen zu dem riesigen Antrag auf § 229, der Staatsanwalt sollte nebst dem Verteidiger abseits vom Richteramt sitzen. Mit Heiterkeit nahm die Kommission den Antrag entgegen und lehnte ihn ab. Die Beratung über Aufhebung einer der schlimmsten im Entwurf enthaltenen Verschlechterungen,

Beseitigung des Anspruchs auf Abstrich aller gestellten Zeugen und Sachverständigen, wurde nach längerer Diskussion abgebrochen.

### Die Einberufung des preussischen Landtages.

Der preussische Landtag soll am 10. Januar 1911 seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Neben dem Etat wird er sich vornehmlich mit der ostpreussischen Begeordnung, mit der rheinischen Landgemeindeordnung, später mit dem Wasser- und mit dem Gesetz zur Neuordnung der Steuer- verhältnisse zu beschäftigen haben.

### Die angebliche Kandidatur des Geheimrats Nieffer.

Liberaler Blätter wußten kürzlich zu melden, daß der Präsident des Hanfandes, Geheimrat Nieffer, im 12. hannoverschen Wahlkreise (Göttingen-Duderstadt) als nationalliberaler Reichstagskandidat aufgestellt worden sei. Die Meldung ist unrichtig; die Nationalliberalen Göttingens haben sich überhaupt noch nicht näher mit der Aufstellung eines Reichstagskandidaten für die nächste Reichstagswahl beschäftigt.

Zudem würde dem Hanfand-Präsidenten mit einer Aufstellung in diesem Kreise kaum gedient sein; denn der 12. hannoversche Reichstagswahlkreis ist bislang erst ein einziges Mal im Besitze der nationalliberalen Partei gewesen — bei den Septennarwahlen im Jahre 1887. Bei den folgenden allgemeinen Wahlen eroberte der alte Abgeordnete, der deutsch-hannoversche Zentrumshospitant Götz v. Drenth, das Mandat zurück und behauptete es bis heute, auch bei den Reichstagswahlen im Jahre 1898 und 1907. Bei den Vordwahlen standen die Nationalliberalen zwar mit 927 Stimmen an der Spitze, da die Deutsch-Hannoveraner nur

7177 und die Sozialdemokraten 6248 Stimmen erhielten. Dieses verhältnismäßig günstige Ergebnis verdankten die Nationalliberalen jedoch nur der Hilfe von rechts und der Blockbegeisterung der Nichtwähler.

### Kopp und Fischer.

Die „Germania“ dementiert die von unserem Kölner Parteiblatt, der „Rhein. Zig.“, veröffentlichte Mitteilung, daß der Kardinal Kopp in seinem Briefe an Frau v. Schalka geschrieben habe, er habe von Rom aus den Auftrag erhalten, nach Köln zu gehen zum Eucharistischen Kongreß, und zwar um der dort stattfindenden Bischofskonferenz zu präsidieren, da Rom dem Kardinal Fischer nicht traue. Die Germania erklärt wörtlich:

Das ist unrichtig. Und liegt eine vollständige Abschrift dieses Briefes an Frau v. Schalka vor, aber von alledem, was die „Rheinische Zeitung“ behauptet, ist kein Wort darin enthalten. Der Kardinal-Bischof Kopp hat überhaupt niemals ein Wort geschrieben oder gesprochen, was auf die Verwaltung des Kardinal-Erzbischofs Fischer auch nur den leisesten Schatten werfen könnte.

### Sammlungen für die Bremer Polizei.

Aus Bremen wird uns gemeldet: Bei der hiesigen Schutzmannschaft besteht eine sogenannte Hilfskasse, die für außerordentliche Unterstützungen in Notfällen bestimmt ist. Um nun dieser Kasse Gelder zuzuführen, sind dieser Tage die Inhaber größerer Lokalitäten, Cafés usw. um Spenden angegangen worden. Es wurde ihnen von einem Beamten gesagt, daß auch in diesem Jahre, nach Schluß des Freimarktes (Jahrmarkts) sich verschiedene Wirte bereit gefunden hätten, in die Hilfskasse eine Spende zu geben. Natürlich schließt sich kein Wort an.

Die „Bürgerzeitung“ verlangt in ihrer heutigen Nummer eine sofortige Erklärung seitens der Behörde, ob sie diese eigenartigen Sammlungen billigt.

### Klassenjustiz.

Daß viele Richter namentlich streifenden Arbeitern gegenüber nicht vorurteillos sind, ist bekannt und wird auch durch zahlreiche Beweise der schlimmsten Klassenjustiz erhärtet. Dennoch ist diese Voreingenommenheit wohl noch selten so kraß hervorgetreten, wie in einem Brief, den der in Lüber bei der dortigen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründeten Rechtsanwaltsstelle tätige Assessor Westewald an einen Wirt schrieb. Das Dokument, dessen Veranlassung schwere Ausschreitungen seitens der Streikbrecher beim Werftarbeiterkampfe in Lüber war, lautet wörtlich:

Bei den heutigen Verurteilungen des „L.“ über den Tumult am Sonnabend. Darnach leugnet die Zeitung absolut nicht, daß die Tumultuanten Arbeitswillige waren. Die Schuld tragen aber die Streikenden, welche die andern zwingen wollen. Deshalb haben die sich bewaffnet. Es wäre gar nicht schlecht, wenn einige von den Kugeln in der Rotwehr auf die Streikenden abgegeben wären und getroffen hätten.

Also obwohl der Assessor genau wußte, wie er selbst schreibt, daß die Tumultuanten Streikbrecher waren, wünschte er doch den Streikenden einige Kugeln. Und dieser gemüthvolle Herr wird vielleicht demnächst Richter. Was werden die Arbeiter von ihm zu erwarten haben?

### Verkehrsminister und Beamtenabgeordneter.

Die Meldung der „Frankfurter Zeitung“, daß der bayerische Verkehrsminister und Verkehrsminister Cadau wegen einer in Weiden gehaltenen Rede, in der er auf die bekannten Weidener Vorgänge zu sprechen kam, vom bayerischen Verkehrsminister zur Verantwortung gezogen worden sei, ist nach dem „Bayer. Kurier“ unzutreffend. „Wahr ist nur“, so schreibt das Zentrumsdorgan, „daß in lokaler Form bei Herrn Abgeordneten Cadau Auskunft darüber erteilt wurde, ob ein Stimmungsbericht, der über die Versammlung in einem Blatte erschienen war, und der naturgemäß von einer wörtlichen Wiedergabe abhänge, in seinen Einzelheiten bezw. in einzelnen Wendungen wortgetreu referierte. Da dies nicht der Fall war, so war die Angelegenheit ohne weiteres erledigt.“

### Pädagogisches aus Baden.

An das Gymnasium in Lahr ist plötzlich ein Professor der Offenburgers Realschule auf seinen Wunsch berufen worden, der schon lange Zeit seine bewährte Lehrtätigkeit in Offenburg ausübte. Ueber die Veranlassung zu diesem Platzwechsel erzählt man, daß die Frage der Konfession eine Rolle spielte. Der Professor ist Jude. Ein dortiges Blatt berichtet:

Der Direktor der Realschule habe in einer Unterrichtsstunde zu den Schülern gesagt: „Nur ein guter Christ könne ein guter Schüler sein“. Die Folgerung aus dieser Äußerung wäre auch, daß nur ein guter Christ auch ein guter und gewissenhafter Lehrer sein könne. Der Herr Professor habe daraus die Konsequenz gezogen, daß seine Autorität über die Schüler untergeordnet sei, wenn derartige Lehraufträge von vorgelegter Stelle verstanden würden und habe darum seine Verlegung erbeten.“

In dieser Sache hatte der großherzogliche Oberschulrat in Karlsruhe die Entscheidung und zog es vor, den Professor von der Realschule hinwegzunehmen statt den Direktor zu ernennen. Aber: es handelt sich um einen eifrigen Zentrumsmann, der vielleicht im Sinne der neuesten Kaiserrede seine Realschüler dahin erzieht, daß sie auch im guten Christen nur den einzig wahren Partisanen erblicken können. So soll die freihetliche Schule in Baden aussehen?

### Der staatsgefährliche Gemeindevorsteher.

Den zum Gemeindevorsteher in Gräbel, Kreis Vollenhain, gemächlichen Stellenbesitzer Hermann Adler wurde durch das nachfolgende Schriftstück des Landrates des Kreises Vollenhain die Befähigung verweigert:

„Die am 11. September auf Sie gefallene Wahl der Gemeindevorsteher zu Gräbel zum Gemeindevorsteher der Gemeinde Gräbel wird unter Zustimmung des Kreisaußschusses nicht befähigt.“

Der Grund dieser landrätlichen Verfügung ist darin zu suchen, daß der nichtbefähigte Gemeindevorsteher bei der letzten Reichstagswahl in Jauer-Landesgut-Vollenhain den Sozialdemokraten seinen Garten zur Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel zur Verfügung stellte.

### Pensionversicherung der Privatangestellten.

Die kommissarischen Beratungen über den Gesetzentwurf, der diese Materie regeln soll, haben im Reichsamt des Innern begonnen. Man rechnet damit, daß der Gesetzentwurf noch vor Weihnachten dem Reichstage zugehen kann. Wenn dann gleich nach den Weihnachtsferien die erste Lesung der Vorlage vorgenommen wird, so glaubt man, bestimmt damit rechnen zu können, daß noch in der laufenden Tagung des Reichstages das Gesetz fertiggestellt werden kann.

### Oesterreich.

Das Landtagsmandat Zuegers erobert. Wien, 3. November. (Privattelegramm des „Vortwärts“.) In der heute stattgefundenen Stichwahl im 2. Bezirk für den österreichischen Landtag siegte der Sozialdemokrat Franz Schuhmeier mit 1270 Stimmen über den Kandidaten der Christlichsozialen, Brener, der 11623 Stimmen erhielt. Bei der Hauptwahl hatte Schuhmeier 8471 gegen

10882 Christlichsoziale erhalten. Unsere Erwartung hat sich also erfüllt: Die Erben nach Zueger sind die Sozialdemokraten.

### Frankreich.

#### Das Ministerium der sozialen Reaktion.

Paris, 3. November. (Privattelegramm des „Vortwärts“.) Bis zur Stunde ist das Kabinett noch nicht endgültig gebildet, obwohl Briand hoffte, es bis zum heutigen Zusammentritt der Kammer fertig zu haben. Die Kammer mußte sich daher gleich bei ihrem Zusammentritt auf Dienstag vertagen. Briand begegnete schon in dem Bestreben, Radikale oder Radikalsozialisten für sein reaktionäres Programm zu gewinnen, größeren Schwierigkeiten, als er angenommen hatte. Namentlich ist ihm an dem Eintritt und der Mitarbeit Millierands gelegen, da sonst sein Kabinett, vielleicht von Pichon abgesehen, aus sehr wenig bedeutenden Leuten, die ihr Portfeuille nur der Günstigkeit Briands verdanken würde. Auch muß er Millerand, diesen bewährten Intriganten, außerhalb des Ministeriums mehr fürchten als innerhalb der Regierung. Doch ist es bis zur Stunde noch zweifelhaft, ob Millerand es für klug hält, sich durch sein Eintreten für die Reaktion zu kompromittieren. Ein Mitglied der neuen Regierung meinte, es handle sich darum, ob Millerand mit der neuen Gesetzgebung einverstanden sei. Diese soll Eisenbahnausstände und sonstige Ausstände in öffentlichen Verwaltungszweigen unmöglich machen. Briand wünschte die Abänderung des Koalitionsgesetzes vom Jahre 1884, namentlich in der Richtung, daß gegen Streikende in öffentlichen Verwaltungszweigen die schwersten Strafen vorgeesehen würden. Es sei aber notwendig, daß zwischen Briand und Millerand, der als Außenminister diese Gesetze werde parlamentarisch vertreten müssen, vollstes Einvernehmen herrsche. Derselbe Minister erklärte übrigens noch über die politische Stellung der neuen Regierung: „Es wird ein Kabinett radikaler Färbung sein, mit einem durchaus antirevolutionären Programm.“ Damit ist der arbeiterfeindliche Charakter des neuen Kabinetts offen gekennzeichnet.

Der „Temps“ schreibt: Welches Ministerium auch immer ans Ruder kommen wird, es wird vor allem die Aufgabe haben, ein für allemal jenem Zustande ein Ende zu machen, der es selbst den anständigen Eisenbahnbediensteten gestattet, sich einem Zustand anzuschließen, als ob das eine ganz notwendige Sache wäre. Die Eisenbahner wie alle anderen Angehörigen der öffentlichen Dienstverweigungen, müßten durch ein unzweideutiges Gesetz darauf aufmerksam gemacht werden, daß jede verabredete Einstellung der Arbeit, selbst wenn dabei keinerlei Gewalttätigkeiten vorkommen, als ein Verbrechen gegen das Vaterland gelten würde.

#### Die voraussichtliche Ministerliste.

Paris, 3. November. Falls Millerand das Portfeuille der öffentlichen Arbeiten annimmt, würde das neue Kabinett bestehen aus: Ministerpräsident und Inneres Briand, Justiz Theodor Girard, Auswärtiges Pichon, Krieg General Brun, Marine Admiral Bone de Laperrère, Unterricht Rozia Faure, Finanzen Klotz, Handel Jean Dupuy, Verkehr Raynaud oder Lafferre, Kolonien Lafferre oder Raynaud, Arbeitsminister Puch.

#### Preßstimmen.

Paris, 3. November. Die gesamte Presse beschäftigt sich eingehend mit der Ministerkrise. Die konservativen Blätter erheben gegen einen etwaigen Eintritt des Deputierten Lafferre in das neue Kabinett Einspruch, da dieser einer der hervorragendsten Führer der Freimaurer sei und unter dem Kabinett Combes versucht habe, das von dem damaligen Kriegsminister André eingeführte System der Auskunftszeitel zu verteidigen. Der „Combinistische Appell“ schreibt: Briand hat Komödie gespielt. Er wird mit einer neuen Truppe auf der Parlamentsbühne erscheinen. Zweifelhaft aber ist, ob er lange Erfolg haben wird.

„L'Humanité“ schreibt in der „Humanité“: Nun, der Widerstand der Arbeiterklasse wird nicht abruhen. Ihre Erbitterung und Verachtung wird sich nicht beschwichtigen lassen. Zwischen ihr und dem Verbrecher wird der Kampf unerbittlich weitergeführt werden, bis sie ihn entweder gestürzt, oder bis er sie germalmt haben wird und mit ihr die Republik. Briand hat nicht im Parlament die erforderliche Unterstützung gesucht, er hat in der schwierigen Lage Fallières zu Hilfe gerufen und diesen kompromittiert, indem er ihn in die Krise hineingog. Das ist ein beispielloses Vorgehen.

Die radikalen Blätter schreiben: Die Gemäßigten und Konservativen wollen auf die Politik Briands einen Druck ausüben, aber sie beleidigen ihn, wenn sie annehmen, er könnte auf ihre Anschauungen eingehen. Briand wird sich nach wie vor ausschließlich auf die republikanische Mehrheit stützen. „Petite République“ sagt: Der „Diktator“ hat jedenfalls eine merkwürdige Auffassung von der Diktatur. Briand hätte sehr wohl sein Portfeuille behalten können. Hoffentlich wird er die ängstlichen Leute, die sich am Sonnabend so besorgt zeigten, vollständig beruhigen.

#### Die sozialdemokratische Opposition.

Paris, 3. November. Der geeinigte Sozialist Dumas erklärt, dem Kabinett Briand würden die Sozialisten eine solche systematische Obstruktion entgegenstellen, daß er sich gezwungen sehen werde, zur Auflösung der Kammer zu schreiben. Auch Jaurès sagt voraus, daß dem neuen Kabinett seitens seiner sozialistischen und radikalsozialistischen Freunde sehr große Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden würden.

#### Spanien.

##### Zur Lage.

Paris, 2. November. Wie der „Agence Havas“ aus Córdoba gemeldet wird, stellen die bis zum Abend eingegangenen Meldungen fest, daß auf der ganzen Halbinsel vollständige Ruhe herrscht, ausgenommen in Sabadell, wo der allgemeine Ausstand fortbauert.

#### Republikanische Agitation.

Madrid, 2. November. Die „Correspondencia Militar“ meldet: Der Militärgouverneur von Badajoz ist verabschiedet worden, daß die radikale Politik die durch die portugiesische Revolution an der Grenze hervorgerufene Erregung zu Treibereien unter der Garnison benutzt hätten; doch hätten sie damit keinerlei Erfolg gehabt. Im Gegenteil, ein Hauptmeister, der von einem republikanischen Bezirksvorsteher aufgefordert worden war, an einer Versammlung teilzunehmen, nahm ihn nicht und brachte ihn nach dem Verhaftungsmaß. Dem Hauptmeister wurde von der Garnison als Zeichen der Anerkennung eine goldene Uhr überreicht.

### Portugal.

#### Die Anklage gegen Franco.

Paris, 3. November. Aus Lissabon wird dem „Matin“ gemeldet, die Regierung siehe der gegen Franco eingeleiteten gerichtlichen Verfolgung fern, habe sie jedoch nicht verhindern können. Die Verfolgung Francos sei auf die Klage eines Privatmannes zurückzuführen, der im Jahre 1908 angeblich auf Veranlassung Francos ins Gefängnis geworfen worden sei und nunmehr von dem ihm zustehenden Rechte Gebrauch gemacht habe, wonach jeder Portugiese, der sich durch ein Verbrechen, auch durch ein politisches, geschädigt glaube, das Recht hat, den Schuldigen persönlich vor Gericht zu belangen.

### England.

#### Morleys Rücktritt.

London, 3. November. Der Staatssekretär des indischen Amtes, Viscount Morley, tritt von seinem Posten zurück und wird Lordpräsident des Geheimen Rates. Der Staatssekretär für die Kolonien Earl of Crewe wird als Nachfolger Morleys Staatssekretär des indischen Amtes. An die Stelle Crewes tritt der erste Kommissar für Arbeiten und öffentliche Bauten Lewis Harcourt, dessen Posten der Earl of Beauchamp übernimmt.

### Aus der Partei.

#### Gemeindevorwahl.

Bei der Gemeindevorwahl in Warop bei Dortmund siegten unsere beiden Genossen mit 183 über die Kandidaten der vereinigten Gegner, welche nur 88 Stimmen erhielten. In dieser Gemeinde war die dritte Abteilung seit zwei Jahren völlig ohne Vertretung. Bei der Wahl vor zwei Jahren hatten auch unsere Genossen gesiegt, aber die Gegner erhoben wegen des Wahlmodus und die Wahlen wurden für ungültig erklärt. Das Verfahren zog sich so lange hin, daß bisher keine Ersatzwahlen vorgenommen werden konnten. Es muß aber bemerkt werden, daß man gegen den Modus früher niemals protestiert hat, daß also niemals anders in Warop gewählt worden war. Der Versuch zur Vertreibung der Sozialdemokraten ist nun gründlich mißglückt.

Bei den Gemeindevorwahlen in Hessen hat die Sozialdemokratie mehrere Erfolge erzielt. In Gemeinschaft mit den Fortschrittlichen hat sie mehrere Hochburgen des Zentrums gebrochen. Das Zentrum verlor an den sozialdemokratisch-fortschrittlichen Wahlen die Gemeindevorwahlen in Viernheim, Rostheim und Borsch und hat schließlich auch Alzei verloren, abgleich es sich dort mit den Nationalliberalen verbündet hatte. Trotz des Zusammenschlusses dieser beiden Parteien konnten es die Kandidaten ihrer Liste nur auf 22 bis 34 Stimmen bringen, während die Stimmengahl der fortschrittlich-sozialdemokratischen Liste 645 bis 727 betrug. Gewählt wurden zwei Sozialdemokraten und drei Fortschrittler.

#### Maßregelung eines Marxisten in der tschechischen Sozialdemokratie.

Im „Kampf“, der Monatschrift der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, schreibt O. V.:

Franz Wehring hat vor wenigen Monaten geschrieben, die österreichische Arbeiterklasse bestimme den beneidenswertesten Vorzug, über den qualitativ und quantitativ beträchtlichsten Nachwuchs an Marxisten zu gebieten. Leider kann diesen Ruhm nur die deutsche Arbeiterklasse in Oesterreich in Anspruch nehmen. Die tschechische Sozialdemokratie ist in der Marxisten Schule noch nicht vertreten. Desto größer war unsere Freude, als die neueren Arbeiten des Genossen Edmund Burian die Hoffnung erweckten, in ihm werde das tschechische Proletariat den Ruhm finden, der den wissenschaftlichen Sozialismus der tschechischen Arbeiterklasse vermählen werde. Seine „Sozialistischen Episteln“ (vergleiche „Der Kampf“, I., Seite 42) und sein Vordringen über die Nationalitätenfrage (vergleiche „Der Kampf“, III., Seite 480) ragen über das leider nicht sehr hohe Durchschnittsniveau der tschechischen Parteiliteratur beträchtlich empor; seine Abhandlungen über theoretische Probleme, die er in der „Akademie“ und in der „Robnost“ veröffentlicht hat, haben uns bewiesen, daß endlich auch die tschechische Partei einen Mann gefunden hat, dem die Beschäftigung mit den kleinen Problemen des Alltags den Sinn für den Ausbau des wissenschaftlichen Sozialismus nicht entzieht hat. Wir haben in Burian's Arbeiten nicht mehr als tüchtige Leistungen eines Anfängers erblickt; aber zu großer Hoffnung für die Zukunft haben sie uns ermutigt.

Aber Burian hat eine schwere Sünde gegen die Proletariat begangen: In seiner Prosa über die Nationalitätenfrage hat er sich zu der Ueberzeugung bekannt, daß die Interessen der Arbeiterklasse Oesterreichs nur durch internationale generalisierte Gewerkschaften vertreten werden könnten. Er gab dieser Ueberzeugung Ausdruck, ohne die separatistische Parteilichkeit anzugreifen; er forderte, daß durch Umgestaltung des inneren Aufbaues der Reichsgewerkschaften den tschechischen Arbeitern die Möglichkeit in die internationalen Organisationen erleichtert werde. Aber milde in der Form, blieb er doch entschieden in der Sache. Das haben ihm die Nachhaber in der tschechischen Sozialdemokratie nicht verziehen.

Burian war seit 11 Jahren Redakteur der „Robnost“ in Brünn. Da er der Forderung, er möge wider seine Ueberzeugung seine Feder in den Dienst der separatistischen Aktion stellen, mühtig Widerstand leistete, wurde er zunächst des Einflusses auf die Politik und die Schreibweise des Blattes beraubt. Wo Lujar regiert, muß ein Marxist natürlich schweigen. Aber noch blieb Burian ein unerwünschter Gast im Redaktionskörper des Brünnener Blattes. Und da er dem freundschaftlichen Rat, um seine Entlassung zu bitten, nicht nachkam, ging die tschechische Landesparteivertretung endlich daran, sich des Mannes, der sich dem Stab des separatistischen Blattes so schlecht einfügte, zu entledigen. Burian wurde entlassen. Er verläßt die Redaktion des Parteiblattes, für das er 11 Jahre lang gearbeitet hat. Für Marxisten ist in der tschechischen Parteipresse kein Raum.

#### Aus der belgischen Partei.

Man meldet uns aus Brüssel: Der Generalkat der belgischen Sozialdemokratie hat in einer neuerlichen Beratung über die politische Situation eine große Manifestation für den Tag der Kammereröffnung beschlossen. Van der Velde und Destrée werden die Regierung über die „allgemeine Politik“ interpellieren. Ein von der Partei herausgegebenes Manifest über die politische Lage und die Regierung ohne Majorität wird vor Eröffnung der Kammer an die arbeitende Bevölkerung gerichtet werden. — Die Manifestanten werden die sozialistischen Deputierten und Senatoren zur Kammer geleiten. — Aber ist somit über die Stimmung in der Arbeiterschaft unterrichtet und hat Material für seine Thronrede.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

##### Auch eine Belästigung.

300 M. Geldstrafe für den Vorwurf der Steuerdrückbergerei bekam das Gemeinderatsmitglied Genosse Michkowitz in Saargemünd (Lothringen), weil er in einer Gemeinderatsversammlung behauptet hatte, das Gemeinderatsmitglied Rentamtman Walter habe bei einer Bank 50 000—55 000 M. liegen und bei der Steuerbehörde nicht angegeben. Die Verweigerung ergab, daß Walter bei der Bank nicht so viel deponiert hat, als Michkowitz nach dem ihm gemachten Mitteilungen angeführt hatte. Der Staatsanwalt — denn man hatte Offizialklage erhoben — beantragte einen Monat Gefängnis, denn eine Geldstrafe, so betonte der Staatsanwalt, würde den Angeklagten doch nicht treffen, diese bezahle die sozialdemokratische Partei. Das Gericht erkannte jedoch auf 300 M. Geldstrafe.

# Gewerkschaftliches.

## Wie Krawalle inszeniert werden!

Man versteht es überall, erst die nötige Erregung zu schaffen, um sich nachher, wenn es zu Krawallen gekommen ist, zu entziehen. Es scheint in der Tat System in der Aufmachung dieser Krawalle zu liegen, um Material für ein Ausnahmegericht zu bekommen. In Dortmund und streifen augenblicklich die Kutscher der Petroleum-Kammern-Gesellschaft „Gaporit“ um die Erfüllung sehr berechtigter Forderungen. Durch Streikbrecheragenten wurden Streikbrecher beschafft und wie man das gewohnt ist, war auch hier die Polizei sofort bereit, sich auf die Seite der Firma und der Streikbrecher zu stellen. Seit einigen Tagen werden die Wagen der Firma genau so wie bei der Firma Kupfer in Berlin von Polizeibeamten begleitet. Ferner berichtete der Beamte der Transportarbeiter in einer Versammlung, daß die Streikbrecher mit Revolvern und Gummiknüppeln ausgerüstet sind. Auf Streikposten, die in der Nähe des Depots standen, wurde von einem Schumann ein Polizeihund geholt. In derselben Straße schoß ein Streikbrecher auf Straßenpassanten. Ein Bedrohler nahm die Verfolgung des Revolverhelden auf, um dessen Namen festzustellen. Ein Polizeibeamter verhaftete schließlich nicht den Streikbrecher, der Menschenleben bedroht, sondern seinen Verfolger. In einer anderen Straße wurde ein Streikbrecher auf die Verwerflichkeit seiner Handlung aufmerksam gemacht, auch dieser Mensch zog seinen Revolver und schoß blindlings mehrere Schüsse auf andere Arbeiter ab. Daß es in all diesen Fällen nicht zu Krawallen gekommen ist, ist wohl lediglich der Besonnenheit der organisierten Arbeiter zu danken, nicht der Polizei, die es nicht dulden dürfte, daß die Streikbrecher bewaffnet sind und eine fortgesetzte Gefahr für die öffentliche Sicherheit bilden.

### Berlin und Umgegend.

#### Die „Wahrheit“ in der „Kreuz-Zeitung“.

Die Verleumdung der Arbeiter ist und bleibt die vornehmste Beschäftigung der Mütter für Vestj und Bildung. Die „Kreuz-Zeitung“, die unter dem Wahlspruch: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ schwebelt, daß sich die Wollen biegen, ist dabei schon oft genug eingestiegen; aber trotzdem läßt und verleumdet sie mit einer Ausdauer weiter, die Bewunderung erregen muß. Es geschieht jetzt allerdings etwas vorsichtiger als früher, weil sie zu oft festgenagelt worden ist. Die gemeinsten Anwürfe werden jetzt nicht mehr als Redaktionsmeinung losgelassen, sondern erscheinen unter der Redaktions-„Aus einer Korrespondenz“ oder „Aus unserem Leserkreise“.

In ihrer Nummer 512 bringt sie „aus ihrem Leserkreise“ eine interessante Erzählung über die Schröpfung der armen Steinseger durch ihre „sozialdemokratische“ Organisation. Der Schauspieler ist diesmal ein „Ladengeschäft in der Provinz“, leider wird nicht erzählt, wo die Provinz liegt und wie der Ort heißt, in dem sich die fürchterliche Sache zugegetragen haben soll. Es wird nun festgestellt, daß in einem Ladengeschäft der Provinz eine Steinsegerfrau über den niedrigen Lohn ihres Mannes geklagt habe, der wöchentlich nur 30 M. betrage und damit könne eine Familie ja nicht auskommen, zumal „an den sozialdemokratischen Verband natürlich jede Woche sechs Mark abgeführt werden“ muß! Der „Kreuz-Zeitung“-Leser meint nun dazu: „Also über dreihundert Mark zahlt der sozialdemokratische Steinseger an seinen Verband, — ohne Murren!“ Der sich in politischen Dingen absolut unerfahren stellende Streikblatzer verliert nun zugleich zwei Pfiegen mit einer Klappe zu schlagen, indem er noch hinzufügt, daß auf diese Art die Kasse der sozialdemokratischen Partei für den „großen Kladderadatsch“ gefüllt werde, außerdem steigt natürlich bei solch hohen Beiträgen auch die Vergehrlichkeit der Steinseger ins Maßlose.

Wie liegen die Dinge bei dem Steinsegerverbande nun in Wirklichkeit? Daß er mit der sozialdemokratischen Partei und deren Kasse absolut nichts zu tun hat, braucht ja Arbeitern nicht erst auseinanderzusetzen zu werden, damit soll aber nicht gesagt sein, daß ein „Kreuz-Zeitung“-Redakteur, dessen vornehmste Aufgabe die Verleumdung der Arbeiterbewegung ist, dies zu wissen brauchte. Zum Schmutzwurfen wird ja kein Verstand, eventuell höchstens ein großer Mund oder sogar ein, wie in diesem Falle, eine geduldige Feder gebraucht. Der Steinsegerverband hat seit 1907 — da wurde es auf seiner Leipziger Generalversammlung beschlossen — für die Höhe der Beitragsleistung den Grundsatz aufgestellt, daß ein Stundenlohn der Wochenbeitrag sein soll! Meint nun die „Kreuz-Ztg.“, daß 6 M. ein Stundenlohn für die Steinseger ist? Sollte der eigentümlicherweise ungenannt gebliebene Ort im Geltungsbereich des Bundes Berlin des Steinsegerverbandes liegen, so läme als Wochenbeitrag für den Steinseger 85 Pfennig und 25 Pfennig lokaler Zuschlag, für einen Hammer 65 Pfennig und ebenfalls 25 Pfennig als Wochenbeitrag in Betracht. Diese auf die leichteste Weise zu erfahrenden Tatsachen berührten natürlich die „Kreuz-Ztg.“ nicht, als sie die Notiz des ominösen „Lesers“ aufnahm, der möglicherweise nicht mal außer Sprechweite ihrer Redaktion gelesen hat. So konnte doch so schön darüber geredet werden, daß ein Arbeiter den fünften Teil seines Lohnes „an die sozialdemokratische Partei“ abgibt. Was sonst noch für Bemerkungen über den Steinseger, „der früh und nachmittags sein Bier haben“ will, und auch sonst „sehr opulent frühstückt“, gemacht werden, wollen wir uns schenken, sie sind von der üblichen dummen und lächerlichen Art. Es sei nur noch festgehalten, daß der „Leser“ der „Kreuz-Zeitung“ ein Gesey fordert, das den Arbeiterverbänden verbietet, ihren Mitgliedern mehr und größere Ausgaben zumuten, als der einzelne Arbeiter an direkten Steuern für Staat und Gemeinde zahlt.

Ob das Gesey des auf die Arbeiter Losgelassenen auch für die Unternehmer und im besonderen für die noleidenden Landwirte gelten soll, die mitunter weniger Steuer zahlen als ihr Kutscher und doch für allerlei landwirtschaftliche Zwecke Tausende übrig haben, zumal wenn sie nach Berlin, dem Schandendabel, kommen, wird selber nicht mitgeteilt. Auf eine dahin gehende Frage wird die „Kreuz-Zeitung“ natürlich auch die Antwort schuldig bleiben, hat sie doch nur die Aufgabe, die Arbeiterbewegung zu beschimpfen.

Zur Lohnbewegung der Dachdeckerhilfsarbeiter. Die Arbeit niedergelegt haben am 1. November die Arbeiter der Firma H. Lemmiger, Gr. Lichterfelde, Albrechtstr. 4. Die Forderungen unterchristlich anerkannt hat wiederum die Firma W. Künze, Steglitz, Lindenstr. 7.

# Deutsches Reich.

## Der Saarstreik maßregelt weiter.

Mit dem Hinabwurf der ganzen Ortsverwaltung der Zählstelle Dudweiler der Bergarbeiterverbandes und der damit verbundenen Proklamation von 30 Personen begnügt sich die „liberale“ Grubenverwaltung an der Saar noch nicht. Die „Staatsräson“ erfordert weitere Opfer und so werden weiter „königliche“ Bergleute auf Straßenpflaster geworfen und anderen die Maßregelung angekündigt. Ein „königlicher“ Bergmann aus Sulzbach, der gewagt hatte, in einer Verbandssammlung das Wort zu ergreifen und dann seine Erfahrungen im „königlich-christlich-gelben“ Berggewerksverein preisgab, einige „christliche“ Generalsekretäre mit Spott und Hohn übergoß, wurde nach der Inspektion beordert, wo er seine Abkehr und für 14 Tage seinen Lohn im voraus erhielt mit dem Vermerken, er habe den Bescheid nicht mehr zu betreten. Auf seine Frage, weshalb er denn als alter Bergmann und Vater einer großen Kinderfamilie so plötzlich abgelegt werde, erklärte ihm der Betriebsinspektor Lwowski, daß er „hinreichend verdächtig“ erscheine, ein — Sozialdemokrat zu sein und legte ihm einen langen Versammlungsbericht in Maschinenschrift vor, den „man“ der Direktion eingekandt habe und in dem er als Nebenverführer sei. Auf seinen Hinweis, daß er doch kein Wort gegen die Verwaltung noch gegen einen Vorgesetzten gesagt, sondern lediglich Kritik geübt habe an dem Verhalten der „christlichen“ Generalsekretäre, wurde ihm erwidert, daß darin schon ein Eintritten für die Sozialdemokratie erblickt werde und er sich dadurch verdächtig gemacht habe. Seine weiteren Einwendungen, daß er doch jahrelang dem „christlichen“ Berggewerksverein angehört, für diesen öffentlich in Versammlungen aufgetreten sei, die Verwaltung scharf angegriffen habe, ohne daß dagegen etwas gesagt wurde, nützte ihm nichts; er blieb „hinreichend verdächtig“, bekam 54 M., seine Abkehr und Bescheidverweis!

In Quierfeld trat am 16. Oktober der „königliche“ Bergmann H. in einer Verbandssammlung dem Genossen Leimpeters entgegen, betonte ausdrücklich, daß er Mitglied des „königlich-christlich-gelben“ Berggewerksvereins sei; aber er wünschte die Einigkeit aller Verbände. Ohne diese Einigkeit sei die ganze Gewerkschaftsarbeit nutzlos und im Saarrevier würden die Verhältnisse erst besser, wenn die Verbände einig seien und der häßliche Bruderkampf aufhöre. Wenige Tage nach der Versammlung mußte er sich auf der Inspektion melden, wo ihm der Bergtrat Giani — derselbe Giani, der 1907 als „liberaler“ Landtagskandidat aufgestellt werden sollte und der damals in seiner Kandidatenrede so warm für die Gewerkschaften eingetreten ist, für die R. Glabacher allerdings — erklärte, daß er „hinreichend verdächtig“ erscheine, ein heimlicher Sozialdemokrat zu sein, deshalb mit Auszahlung von 14 Tagen sofort abgelegt werde! Seine Entschuldigung, daß er doch Mitglied des Berggewerksvereins sei, niemals der Sozialdemokratie angehört habe, nützte nichts. Er habe mehr für den Verband gesprochen als für den Berggewerksverein, und alle die für den Verband agitierten oder öffentlich sprachen, würden unweigerlich abgelegt!

Nicht nur gegen die Bergleute allein, sondern auch gegen die Wirte und Geschäftsleute lebt der alte saaröbische Terrorismus von neuem auf. Die Witwe Kaul in Dudweiler hatte ihren Saal dem Verbands einer Gelegenheitsversammlung verprochen, aber kaum waren die Handzettel für die Versammlung verteilt, ließ man den Schwiegervater der Frau auf die Inspektion kommen, wo ihm ungenügend zu versehen gegeben wurde, falls die Versammlung stattfinden werde, brauche der Sohn der Frau nicht darauf zu rechnen, daß seine Anstellung jemals erfolgen werde. Der Sohn ist als Schreiber am Direktionsbureau beschäftigt, ein anderer geht zur Grube, und so mußte die Frau ihr Wort brechen und den Saal abgeben!

Die Agitation des Verbandes hat dem „königlich-christlich-gelben“ Berggewerksverein schwere Wunden geschlagen, die „christlich-nationalen“ Reihen gelähmt und so müssen die königlichen Bergleute wieder selbst für ihr geschundenes Kind eintreten. Aber neues Leben werden auch sie ihm nicht mehr einhauchen; dafür ist die Krankheit schon zu weit fortgeschritten.

### Ausland.

#### Streik der Bergarbeiter in Südwales.

London, 1. November 1910. (Fig. Ver.) Seit dem Abschluß des letzten Vertrages zwischen der Bergarbeiterföderation des südwalisischen Reviers und den Unternehmern im Anfang dieses Jahres hat die Gärung unter den Bergarbeitern in Südwales nicht aufgehört. Man wird sich erinnern, daß eine bedeutende Minorität damals gegen die Annahme des neuen Vertrages stimmte. Diese Minderheit sah hauptsächlich in den Rhondda- und Aberdareidalen, wo die großen großen Unternehmerverbänden oder Gesellschaften gehören, die mit aller Macht zu versuchen scheinen, die Bergarbeiter durch alle möglichen Drangsalierungen in den Streik zu treiben.

Diese traten 28 000 Mann, die vor einem Monat gekündigt hatten, in den Streik, und man erwartet, daß sich innerhalb einiger Tage die Zahl der Streikenden auf über 30 000 vermehren wird. Daß es sich um einen langen, bitteren Kampf handeln wird, bei dem möglicherweise das ganze Revier mit seinen 200 000 Bergarbeitern beteiligt sein wird, erhellt schon aus der Tatsache, daß die Arbeiter ihr Gesagte aus der Grube gebracht haben, was sonst selten geschieht, und daß sich die Grubenverwaltungen anschießen, die Pferde zu Tage zu fördern und die Gebäude über Tage in Pferdeschleife zu verpacken. Während der ganzen Kündigungsfrist haben sich die Arbeiter bereit gezeigt, mit den Grubenverwaltungen zu verhandeln; aber bis jetzt haben die Unternehmer noch keine Miene gemacht, den streikenden Bergarbeiterkammern, den Genossen Stenien, zu empfangen.

Dand in Hand mit dieser Unzufriedenheit der Arbeiter, die in den letzten Monaten unter den Bergarbeitern in Südwales allgemein geworden ist, geht besonders in den vom Streik betroffenen Distrikten eine Agitation gegen die jetzige Leitung des Verbandes, die den Mitgliedern viel zu schlaff ist. So heftig ist diese Bewegung geworden, daß augenblicklich in den Streikdistrikten Verhandlung wegen der Gründung eines neuen Verbandes, dem etwa 30 000—40 000 Bergarbeiter angehören würden, gepflogen werden. Es wäre ein großes Unglück, wenn dieser Plan wirklich zur Ausführung gebracht würde. Das einzig Richtige wäre, daß die Unzufriedenheit einen kräftigen Versuch machen, in die Leitung des bestehenden Verbandes einzudringen, um sie mit dem modernen Geist zu erfüllen, der ihre nach der Ansicht vieler sehr nottut. Hoffentlich wird die Konferenz der Bergarbeiterföderation Großbritannien, die für den Anfang der nächsten Woche nach London einberufen worden ist, um die südwalisischen Angelegenheiten zu beraten, ihren Einfluß nach dieser Richtung hin geltend machen.

Der jetzige Streik und die allgemeine Unzufriedenheit, die sich unter den Bergarbeitern in Südwales bemerkbar macht, werden kaum verfehlen, einen mächtigen Einfluß auf die Gestaltung der politischen Lage in dieser bisher uneinnehmbaren liberalen Hochburg zu haben; ist doch der Hauptmann der großen Grubenverbände, deren Arbeiter jetzt streiken, eine der Hauptstützen des Walfischer Liberalismus, der sich durch seine schroffe und tödliche Abweisung der Arbeiter außerordentlich verdächtig gemacht hat. Bisher haben es die Liberalen vermocht, die walfische Arbeiterkraft mit Hilfe einer weitverzweigten Organisation, die sich die religiöse Veranlagung des Volkes für politische Zwecke dienstbar macht, in ihrem Lager zu halten. Wie außerordentlich wirksam diese Organisation ist, beweist eine neuere Statistik, nach der es in Wales so viele Kirchen und Kapellen gibt, daß man in ihnen außer allen Bewohnern, die über drei Jahre alt sind, noch hunderttausend Besucher unterbringen kann. Aber die Resultate der stetig vorwärts treibenden Entwicklung, die Konzentration der Betriebe in immer weniger Händen, das Verschwinden des patriarchalischen Einflusses des Privatunternehmers, haben diese Organisation fast unter-

graben. In den letzten Jahren ist es in Wales häufig zu blühigen Auseinandersetzungen zwischen den streikbaren politisierenden Pastoren und der Arbeiterkraft gekommen. Artet dieser Streik in einen allgemeinen Ausstand des südwalisischen Reviers aus — was nach den Angaben, die mir von zuverlässiger Seite gemacht worden sind, sehr wahrscheinlich ist —, so werden die Tage der unumschränkten Herrschaft der liberalen Partei in Wales gezählt sein.

## Verfammlungen.

### Der Terrorismus der Obergelben in den Siemenswerken.

Eine Versammlung der in den Siemenswerken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen füllte am Freitag den großen Saal des Raabiter Gesellschaftshauses, wo der Generalsekretär Adolf Ritter einen Vortrag über die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften hielt. Der Redner kam dabei auch auf die gelben Vereine zu sprechen, die ja keinerlei kulturellen Wert haben, die vielmehr gegründet sind, um den kulturfördernden Einfluß der freien Gewerkschaften zu brechen und diese Kampforganisationen der austretenden Arbeiterkraft womöglich zu vernichten. Es sind im wesentlichen nur einige Betriebe der Metallindustrie, wo die Gelben mit Hilfe des Unternehmertums ihr schädliches Treiben entwickeln konnten. Unter diesen Betrieben stehen die Siemenswerke oben. Der Syndikus dieser Werke, Dr. Fellingner, hat ja im Septemberheft der „Preussischen Jahrbücher“ ein Loblied auf die gelben „Gewerkschaften“ angestimmt. Er meint oder schreibt in dem Artikel, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Siemenswerken so zufriedenstellend seien, daß die gelben Gewerkschaften sich dort ganz selbstverständlich entwickeln mußten. Nun brauchen die Arbeiter nicht mehr zu streiken, wenn sie von außen her dazu kommandiert würden. Daß das Unsinn ist, weiß jeder, der auch nur einigermaßen das Wesen der freien Gewerkschaften, ihre Kampfweise und ihre Statuten und Streikreglemente kennt. Andererseits wissen aber die Arbeiter und Arbeiterinnen aus Erfahrung, daß die gelben Vereine sich nicht aus dem Bedürfnis der Arbeiterkraft entwickelt haben, sondern eine Gründung des Unternehmertums sind, bei der die Arbeiter nur die Staffage oder Dekoration bilden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden dazu gedrängt, Mitglied dieser sogenannten Unterstützungsvereine zu werden und sich den Beitrag an jedem Zahltag vom Lohn abziehen zu lassen. Es geht dabei nach dem Grundsatz von Lebius: „Dem roten Heher einen Fußtritt“, und als roter Heher gilt, soweit man die Arbeitskräfte nicht notwendig braucht, ungefähr jeder, der den gelben Erpressungsversuchen nicht nachgibt. Daß es sich so verhält, zeigte sich namentlich auch im weiteren Verlauf der Versammlung, als der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Lück, die Zustände näher schilderte und an einer Reihe von Beispielen darlegte, wie die Obergelben — Leute, die nicht wegen irgendwelcher Hochachtung, sondern auf Grund ihrer Weltanschauung einen gutbezahlten Posten erhalten haben — es treiben. Teils sitzen diese Leute in den Lohnbüros und haben auch über die Anstellung und Entlassung von Arbeitern mit zu verfügen. Da müssen sie den Arbeitern erst die Vorzüge der gelben Organisation in aller Freundlichkeit ausmalen, wenn aber das nichts nützt, dann heißt es: „Ja, wenn Sie nicht wollen, können Sie nicht auf Stellung in den Werken rechnen.“ Wenigstens wird das so in den Zeiten der Krise gehandelt; jetzt, wo man wieder eine große Masse von Arbeitskräften braucht, kann man nicht so scharf vorgehen und man sieht sich genötigt, Leute einzustellen, die treu zum Metallarbeiterverband halten und durchaus nichts von den Gelben wissen wollen, sich die 32 Pf. Wochenbeitrag nicht abpressen lassen. In den letzten Jahren der Wirtschaftskrise sind jedoch unter dem Einfluß der Gelben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dermaßen verschlechtert worden, daß alle ehrlichen Arbeiter und Arbeiterinnen nichts so sehrlich wünschen, als daß es dem Deutschen Metallarbeiterverband baldigst gelingen möge, mit der gelben Wirtschaft einmal gründlich aufzuräumen. Der Redner meinte, wenn Dr. Delbrück, der Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“, von den tatsächlichen Zuständen in den Siemenswerken Kenntnis gehabt hätte, er würde als ein Mann von Charakter dem Dr. Fellingner mit seinem Artikel die Tür gewiesen haben. Nach dem der Redner das Treiben der Obergelben in den schärfsten Worten gegeißelt hatte, sprach er den Wunsch aus, daß man ihn veröffentlichen möge, damit die ganze Schand- und Luderwirtschaft einmal vor Gericht festgestellt werden könne. Aber davor scheut man sich offenbar aus leichtbegreiflichen Gründen. Ist doch schon im Juni dieses Jahres seitens des Metallarbeiterverbandes ein Flugblatt verbreitet worden, worin namentlich die gelbe Verwaltung der Konsumvereine der Siemenswerke aufs schärfste angegriffen wurde. — Uebrigens wird es nun wohl mit der Herrschaft der Gelben nicht mehr allzu lange dauern. Trotz aller terroristischen Maßnahmen der Direktion im Bunde mit ihren Obergelben breitet sich die Macht des Deutschen Metallarbeiterverbandes in den verschiedenen Abteilungen der Siemenswerke immer mehr aus, und diese naturnotwendige Entwicklung, die sich um so stärker geltend macht, je rückwärtsloser es die Obergelben treiben, läßt sich nicht aufhalten.

## Letzte Nachrichten.

### Stadtverordnetenwahlsiege.

Wien, 3. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl siegte die Sozialdemokratie in der dritten Abteilung mit 2425 Stimmen gegen den vereinigten freisinnig-national-liberalen Christlich-Deutschen Ordnungsbund, auf den 2315 Stimmen entfielen. Die Sozialdemokratie hat seit den Wahlen von 1908 1000 Stimmen zugenommen. Somit sind sieben Genossen gewählt.

Frankfurt a. D., 3. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl in der dritten Abteilung behauptete die Sozialdemokratie ein Mandat und gewann vier Mandate hinzu. Ein Genosse kommt in Stichwahl.

### Die Zusammensetzung des Kabinetts.

Paris, 3. November. (B. L. A.) Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Präsidium, Janczies und Kultus, Briand, Justiz Girard, Auseres Fison, Krieg General Brun, Marine Admiral Bau de Lapeyriere, öffentlicher Unterricht und Künste Faure, Finanzen Rios, Handel Dupuy, Ackerbau Raynaud, Kolonien Morel, Arbeit und soziale Fürsorge Lasserre, öffentliche Arbeiten Busch. Die Unterstaatssekretärposten werden besetzt durch: Guisthan für die Marine, Andre Lefevre für die Finanzen, Rouleau für den Krieg, Dujardin Beaumet für den öffentlichen Unter-

### Willerands Bedingungen.

Paris, 3. November. Willerand würde für seinen Eintritt in das Kabinett Briand die Bedingung stellen, daß dessen Programm keine Einschränkung des Koalitionsrechtes der im öffentlichen Dienst Angestellten vorsieht. Da diese Bedingung für Briand unannehmbar ist, so glaubt man, daß Willerand nicht mehr in Betracht kommt, und daß Briand das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten Lasserre übertragen wird.

Prozeß Bruhn und Genossen.

In der gestrigen Verhandlung wurde die Ordnungsstrafe gegen den Zeugen Binder (Ludwig Klebinder) aufgehoben. Er trat in mehreren Punkten der Aussage des Herrn Bruhn entgegen. Aus der Vernehmung der Brüder Wolf und Georg Wertheim ergibt sich, daß Wolf Wertheim eine Reihe schmutziger persönlicher Angriffe in der „Wahrheit“ als Mittel zu einer Erpressung betrachtete und inserierte, um diese Angriffe zu unterbinden. Jedoch betrachtete er nicht Bruhn, sondern seinen Bruder Georg als den Bedroher. Daß Georg den Artikeln völlig fern stand, ergab die Beweisaufnahme. Der Staatsanwalt erklärte, in diesem Fall Wertheim die Anklage nicht aufrecht erhalten zu können. Die Beweisaufnahme begann dann mit dem Fall der Inserate des Klubs Verolina.

Rechter Tag.

Der Angeklagte Weber ist nicht zur Stelle; er ist erkrankt. Es wird vorläufig ohne den Angeklagten weiter verhandelt. Zunächst wird der an Gerichtsstelle erschienene Journalist Ludwig Binder (Klebinder) vernommen. Dieser gibt eine umfangreiche Darstellung der Entstehungsgeschichte seines an die Presse verfassten Artikels über den Fall Dinge, ferner über die Art, wie er mit Dinge in Verbindung gekommen und die durchaus ehrenhafte Tendenz, die der von ihm verfasste Artikel gehabt habe. Er weist verschiedene Äußerungen des Zeugen Dinge bei dessen Vernehmung zurück. Jetzt sollte der Schein erweckt werden, als ob er Mitarbeiter der „Wahrheit“ sei. Er habe aber den betreffenden Artikel durch seine Korrespondenz an die gesamte Presse geschickt und zwar auf Grund der ausführlichen Mitteilungen, die Herr Dinge ihm selbst über einen gegen ihn unternommenen Erpressungsversuch einer Frau Berg-Bindemann gemacht habe. Er kenne Herrn Bruhn gar nicht, habe ihn nie gesehen und müsse sagen, daß sich in der hier in Frage stehenden Sache Herr Bruhn sehr anständig benommen habe — im Gegensatz zu der „Revolverpresse“ vom Kaliber der „Großen Glocke“. Der Vorsitzende erwähnt den Zeugen wiederholt, ruhiger und in seinen Äußerungen vorsichtiger zu sein. Der Zeuge betont, daß der Ausdruck „Revolverpresse“ vom Vorsitzenden im Dabbel-Prozeß in Anwendung gebracht worden sei und versicherte dem Gerichtshof, daß er seit zwei Jahren einen Kampf gegen die Revolverpresse führe und schon in fünf Zeitartikeln der „Großen Glocke“ aufs heftigste angegriffen worden sei. Unerbötlich sei die Behauptung des Herrn Dinge, daß er sich bei diesem „einfachlichen“, ihn „ausgeholt“ und unter dem Namen Binder fälschlich vorgestellt habe. Alles dies sei glatt erfunden. Er führe den Namen „Binder“ seit 15 Jahren mit Genehmigung des Polizeipräsidenten zur Unterscheidung von mehreren anderen Redakteuren, die den Namen Klebinder tragen. Das ursprüngliche Material sei ihm von dem Besitzer einer Annoncen-Expedition Hans Cuno unterbreitet worden, er selbst habe bei Dinge telephonisch angefragt und darauf sei dieser zu ihm gekommen — nicht umgekehrt! Dinge habe sich hüfischend an ihn gewandt und das von diesem in aller Ausführlichkeit gegebene Material habe er den Zeitungen zugestellt. Die „Wahrheit“ habe dann in ihrem Artikel die Hiebe noch rechts und links abgelandt, nach seiner Meinung sei Frau Berg-Bindemann aber zahmer angegriffen worden. Denn sie sei in dem Artikel nur mit „Frau L.“ bezeichnet, der Name Dinge aber voll genannt worden. — Der Zeuge verwahrt sich schließlich gegen den Verdacht, daß er sich von der Aussage vor Gericht habe „drücken“ wollen, im Gegenteil, er habe sich nach dieser Aussage geradezu „gerissen“, sei aber krank und habe deshalb nicht kommen können. Das Gericht beschließt, die gegen den Zeugen verhängte Ordnungsstrafe wieder aufzuheben.

Die Verlesung der Artikel wird sodann fortgesetzt.

Dann wird der

Warenhandhaber Wolf Wertheim

als Zeuge vernommen. — Vors.: Es sind wiederholt in der „Wahrheit“ Artikel erschienen, die sich gegen die Firma A. Wertheim richten, deren Mitinhaber sie damals waren und zwar bis zum 1. Januar 1909. Es sind dann Schritte unternommen worden, um diese Artikel zu verhitzen. Ihr Bruder hatte eine einstweilige Verfügung gegen die „Wahrheit“ erwirkt. Es ist dann zu einem Prozesse gekommen, in welchem der weitergehende Antrag Ihres Herrn Bruders, der „Wahrheit“ Veröffentlichungen gegen ihn und die Firma zu verbieten, abgewiesen wurde. Haben Sie denn diese Artikel als Angriffsartikel angesehen?

— Zeuge: Ich habe sie als Erpressungsartikel betrachtet! — Vors.: Sie meinen wohl gegen die Firma A. Wertheim? — Zeuge: Nein, diese nicht. — Vors.: Warum nicht? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Vors.: Der Angeklagte Bruhn behauptet, daß die Ihre Person und Ihr Unternehmen betreffenden Artikel eigentlich für Sie waren. Warum haben Sie eigentlich in der „Wahrheit“ inseriert? — Zeuge: Um diesen Feindseligkeiten gegen mich die Spitze abzubrechen. — Vors.: Wie lange haben Sie inseriert? — Zeuge: Ich glaube vier bis fünf Monate, ich habe dann aufgehört, als der Prozeß Dabbel begann. — Vors.: Es sind aber doch nachher sympathische Artikel über Sie erschienen? — Zeuge: Ich kann nur vermuten, daß man vielleicht den Schein erwecken wollte, daß die Inserate oder das Unterbleiben der Inserate gar keinen Einfluß auf das Erscheinen oder den Inhalt Artikel ausübten. — Vors.: Ist jemand an Sie herangetreten, um von Ihnen Inserate zu erlangen. — Zeuge: Nein, die Inserate sind freiwillig gegeben worden. In der der weiteren Vernehmung belundet der Zeuge u. a.: Anfang Juli 1908 vor der Liquidation der Firma A. Wertheim sei ihm von verschiedenen Seiten angedeutet worden, daß Angriffe gegen ihn erscheinen würden, und es wurde ein Kampf in der Öffentlichkeit gegen mich angebroht. Als er am 16. Juli verurteilt wurde, wurde er von dem „Tageblatt“ antelephoniert, daß von dem „Confessionair“ eine Notiz an die Presse über die bevorstehende Liquidation verfaßt worden sei und der Justizrat Meißelsohn als Syndikus der Firma diese Sache bestätigt habe. Dadurch sei die Liquidationsangelegenheit erst in die Öffentlichkeit gekommen. Es sei dann eine Persönlichkeit, die er nicht nennen wolle, mit der Drohung an ihn herangetreten, daß, wenn der Streit mit den Brüdern nicht gütlich beigelegt würde, er scharf angegriffen werden würde. So sollte u. a. seine Gattin als die Schuldige in dem ganzen Streit hingestellt werden. Bald darauf habe die Pressekampagne gegen ihn begonnen. In der „Wahrheit“ und anderen Blättern seien dann Artikel erschienen, die er als große Verächtlichkeit und erpresserische Versuche ansah. Auf viele Kreuze und Luerfragen vom Richter und Verteidigerische, warum er denn gerade in den Artikeln der „Wahrheit“ erpresserische Notizen erblide habe, während doch andere Zeitungen ganz ähnliche Artikel gebracht hätten, erklärt der Zeuge immer wieder, daß nach seiner Meinung ein Zusammenhang zwischen der Person, die ihn gedroht habe, und den Artikeln bestehen müsse. Auf weiteres eindringliches Befragen erklärt er, daß nach seiner Ansicht die Person, die ihm gedroht habe, zu den Zeitungen gegangen sei und ihnen das Material gegen ihn und seine Frau gegeben habe. — Die Rechtsanwältin Dr. Meyer und Paul Vrederek halten dem Zeugen vor, daß dann sein Vorwurf der Erpressung sich doch nur gegen die Persönlichkeiten richten könnte, die bei ihm gewesen sei. Er habe doch absolut nichts gegen Bruhn vorbringen können. Auf wiederholte Aufforderung, doch den Namen der Persönlichkeit zu nennen, deutet der Zeuge an, daß es ein „naher Verwandter“ sei, der ihn gewissermaßen zwingen wollte, ihm erhebliche wirtschaftliche Vorteile zu gewähren. — Angell Bruhn: Denken Sie denn etwa wirklich, Ihr Bruder Georg habe sich mit mir in Verbindung gesetzt, um Sie in erpresserischer Weise zu besseren Zugeständnissen in der Liquidationsangelegenheit zu bewegen? — Zeuge: Ich behaupte das nicht, sondern ich habe bloß meine Vermutungen gehabt. — Staatsanw. Leisering: Können Sie denn irgendwelche Tatsachen angeben, die bestätigen könnten, daß man Sie bedroht hat und daß Bruhn Sie durch die Artikel zwingen wollte, Inserate aufzugeben. — Zeuge: Nein, ich mache nur meine Schlussfolgerungen daraus, daß mein Bruder pelunäre Vorteile erstrebte, die sich aus der Liquidation ergaben und daß darauf hingewirkt wurde, daß Dinge verschwiegen werden sollten, die meine Frau erfahren hatte. — Auf noch mehrfache Vorkhaltungen vom Richter und Verteidigerische erklärt der Zeuge: er könne und wolle nicht behaupten, daß der Angeklagte Bruhn von dem angeblich erpresserischen Vorgehen seines Bruders Georg gewußt und sich als dessen Werkzeug habe benutzen lassen. — Rechtsanw. Vrederek: Der Zeuge hat auch in der Voruntersuchung lauter falsche und schiefe Behauptungen und allerlei Klatschgeschichten vorgetragen. Es sei doch ungeheuerlich anzunehmen, daß Herr Georg Wertheim, der gegen Bruhn seinerzeit die einstweilige Verfügung erwirkt hatte, denselben Bruhn als Werkzeug zu Angriffen gegen seinen Bruder benutzen würde, und daß der Angeklagte Bruhn hoffen sollte, auf diese Weise Inserate von Wolf Wertheim zu erhalten. — Der Zeuge erklärt, doch anderer Ansicht zu sein und tritt den Ausführungen der Verteidiger und des Angeklagten Bruhn, der auf den Inhalt des fraglichen Artikels verweist und die Schlussfolgerungen des Zeugen als durchaus unhaltbar bezeichnet, entgegen. Nach seiner Meinung seien die Angriffe auf A. Wertheim

— nur Scheinangriffe und die für ihn eintretenden Artikel auch nur zum Schein veröffentlicht worden. — Die schließlich an ihn gerichtete präzisere Frage, ob er glaube, daß Bruhn Kenntnis von dem angeblichen Vorgehen des Georg Wertheim gehabt, beantwortet Zeuge mit Nein.

Zeuge Georg Wertheim.

Mitinhhaber der Firma A. Wertheim, erklärt zunächst auf die Frage, ob seitens der „Wahrheit“ von ihm wegen der Erlangung von Inseraten an ihn herangetreten sei, daß dies nie geschehen sei. Der Reklamachef habe ihm bestätigt, daß im Gegensatz zu den anderen Zeitungen die „Wahrheit“ sich nicht an ihn gewandt habe. Der Zeuge erklärt weiter: Nach seiner Meinung habe Bruhn mit den Artikeln über Wertheim vor allen Dingen den Abfall der „Wahrheit“ fördern wollen. — Vors.: Ihr Bruder steht in den Artikeln, die gegen ihn gerichtet sind, erpresserische Angriffe. Stehen Sie zu diesen Artikeln in irgendeiner Verbindung? — Zeuge: Nein. Weber habe ich selbst noch durch Mittelspersonen Material zu den Artikeln gegeben. — Vors.: Es ist weiter behauptet worden, das ganze Vorgehen gegen Bruhn Ihrerseits sei lediglich ein Scheinmanöver gewesen und es sollten diese Artikel der „Wahrheit“ Ihrem Bruder gegenüber dazu dienen, um ihn zu veranlassen, Jüden und den anderen Brüdern bei der Liquidation entgegenzukommen. Was sagen Sie dazu? — Zeuge: Wenn damit gesagt sein soll, daß ich irgendwelche Verührung damit habe, so muß ich das entschieden bestreiten. — Vors.: Es wird so dargestellt, als seien die Artikel von Ihnen veranlaßt worden, um einen Druck auf Ihren Bruder auszuüben. — Zeuge: Das sind völlig Hirngespinn! — Vors.: Ihr Bruder meint, der eine Artikel, der sich nur mit dem Pelzmantel seiner Frau beschäftigt, könne nur von einem Eingeweihten sein. Ich selbst weiß heute noch nicht, ob der Pelz bei Geison gekauft worden ist oder nicht. — Rechtsanwält Vrederek: Sie haben auch nicht etwa die persönlichen Verhältnisse der Frau Wolf Wertheim oder ihrer Tochter in die „Wahrheit“ gebracht, durch Mittelspersonen direkt oder indirekt? — Zeuge: Weber in der „Wahrheit“ noch in irgendeinem anderen Blatt, weder direkt noch indirekt. — Staatsanwält Leisering: Herr Wolf Wertheim, wie stellen Sie sich dazu. — Zeuge W. Wertheim schweigt. — Vors.: Es sind eben doch nur Vermutungen gewesen. — Rechtsanwält Vrederek: Auf solche Vermutungen hat sich doch auch die ganze Anklage gestützt. — Vors.: Sie sollen einmal jemand 3000 M. gegeben haben für irgendeine Unterlassung von Angriffen. Bezog sich das auf die „Wahrheit“? — Zeuge: Niemals, das kann sich nur auf eine ganz andere Sache beziehen. Als in der „Wahrheit“ Angriffe gegen unsere Firma erschienen, wurde uns von dem Konkursverwalter der „Wahrheit“ der Rat gegeben, durch einen Gerichtsbeschluß solche Angriffe zu verhindern. Wir haben dann auch die einstweilige Verfügung gegen die „Wahrheit“ erwirkt. Später kam dann der Vertreter des Konkursverwaltes und wünschte Inserate. Da wir das aus prinzipiellen Gründen ablehnten, hat er als Gegenleistung für seinen guten Rat um eine andere Gefälligkeit und wir haben ihm dann auch eine Summe gegeben. Traube war es nicht. — Auf Befragen des Angeklagten Bruhn erklärte der Zeuge, daß er Bruhn persönlich bisher nicht gekannt habe. Auf eine weitere Frage über die Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der Zeugen Traube und Biermann erklärt der Zeuge, daß Biermann durchaus unzuverlässig sei und daß er den Artikel, den Traube in der „Deutschen Konfektion“ gebracht habe, für eine Unanständigkeit halte. Er habe mit diesem Mann nie freundschaftlich verkehrt und der bekannte Empfehlungsbrief sei ohne seinen Willen geschrieben worden.

Staatsanwält Leisering: Herr Wolf Wertheim, hatten Sie nun noch Ihre Meinung aufrecht, daß mit den Artikeln, die in der „Wahrheit“ gegen Sie geschrieben worden sind, erpresserische Zwecke zur Erlangung von Inseraten verfolgt werden sollten? — Wolf Wertheim: Nein. — Staatsanwält: Ich werde nach die Ihre Ausführungen kaum noch die Anklage in diesem Falle aufrecht erhalten können! — Auf weitere Beweisaufnahme im Falle Wertheim wird hierauf verzichtet.

Es folgt der Fall

„Klub Verolina“.

Dieser Klub war in der „Wahrheit“ verschiedentlich angegriffen worden. Der Vorsitzende des Klubs schlug deshalb anfangs Juni 1907 einem Mitglied des Klubs vor, mit ihm zum Cafötier Drei wurtz des Café Red (Passage) zu gehen; dieser sei mit Bruhn persönlich befreundet und man könne ja hören, ob er etwas dazu

Kleines feuilleton.

Nationale Volksbühne nennt sich ein altes Geschäftsunternehmen, das sich als Volksbühnenverein modifiziert, um dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus den Raum zu helfen. Der angelegliche Verein, dessen Mitgliedschaft man durch Ankauf eines Heftes der Vereinszeitschrift ohne weiteres erwerben kann, vermittelt Plätze für das genannte Theater zum Preise von 1,10 M. einschließlich Garderobe, ohne daß für die Qualität des Gebotenen und gleichmäßig gerechte Platzverteilung irgend eine Gewähr besteht. Das schlimmste an dem sogenannten Verein ist aber seine Monatschrift, ein gänzlich wertloses aus schlechtem Papier hergestelltes Kolportageheft, das außer den Reklamennotizen für das Unternehmen nichts als einen schauerlich-schönen Kriminalroman enthält. Grenz! schon die Art, in der die „Nationale Volksbühne“ äußerlich die Komier der „Freien Volksbühne“ kopiert, an unläuterer Wettbewerb, so ist die Methode, durch spannende Kolportageromane Mitglieder für eine „Volksbühne“ zu werben, noch viel schärfer zu verurteilen. Wirkliche Volksbühnen bekämpfen die Schundliteratur und lehnen es ab, sie als Vorspann geschäftlicher Interessen zu benutzen. Da die „Nationale Volksbühne“, wie uns berichtet wird, auch in Arbeiterkreisen stark auf den Empfindungen ausgeht, sei darauf hingewiesen, daß die organisierte Arbeiterschaft mit dieser oberfaulen Gründung nicht das mindeste zu tun hat. Ihr Theater- und Literaturverein ist die seit mehr als 20 Jahren bestehende „Freie Volksbühne“. Unternehmungen gleich der „Nationalen Volksbühne“ sind nur Schädiger des gefunden und bewährten Volksbühnenwesens und als solche ganz entschieden zu bekämpfen.

Doppelfenster. Das „Prinzip des „Doppelfensters“ läßt sich kurz erläutern: Schuß gegen die kalte Luft durch eine Zwischenschicht von — Luft. So paradox das klingen mag, es ist buchstäblich richtig. Viel mehr als Glas und Rahmen der beiden Fenster selbst schützt gegen das Vordringen der kalten Außenluft die Luft zwischen den Fenstern eingeperrte Luftschicht. Die Luft ist nämlich ein schlechter Wärmeleiter und sie gibt demzufolge die Temperaturveränderungen nur sehr langsam weiter. Interessante Experimente über den wirksamen Wärmeschutz der Doppelfenster stellte insbesondere der Naturforscher Henry Dufour in Genf an; er kam dabei zu folgenden Resultaten. Betrag die Temperatur der äußeren Luft z. B. minus 7 Grad, so hielt sich die Luftschicht zwischen den Fenstern auf plus 5 Grad, die Temperatur im geheizten Zimmer auf plus 14 Grad. Weitere Ergebnisse waren: Reuhere Luft minus 3,8 Grad, 5 Grad, 8 Grad; Temperatur im Doppelfenster plus 3 Grad, 2 Grad, 0,7 Grad; Luft im Zimmer plus 13,6 Grad, 15 Grad, 14 Grad — die Schwankung also nur 1 1/2 Grad. Diese Resultate änderen sich selbst bei starkem, das Doppelfenster treffendem Nordwind nur unwesentlich. Würde dagegen eins der Fenster entfernt, so sank mit dem

Fällen der äußeren Temperatur auch die Temperatur im Zimmer rapide, z. B. einmal innerhalb von acht Stunden um volle 7 Grad. — Man hat nun eingewendet, daß Doppelfenster für die Gesundheit nachteilig seien, da sie die Ventilation behinderten. Damit ist es nun nicht so schlimm bestellt. Selbst verhältnismäßig die Mauern lassen eine Ventilation infolge Durchdringens der Luft in noch weit höherem Maße zu, als gemeinhin angenommen wird. Sodann ist ein zeitweiliges kurzes, dafür aber völliges Öffnen der Fenster als Ventilation jeder anderen Methode vorzuziehen. Die Anwendung von Doppelfenstern aber bringt, abgesehen davon, daß sie eine stets gleichbleibende und daher für die Gesundheit zuträglichere Temperatur des Zimmers gewährleistet, den nicht zu unterschätzenden Vorteil einer großen Ersparnis an Heizmaterial.

250 Jahre Pariser Omnibus. Um es zu verstehen, daß der Omnibus in Paris noch heute eine weit größere Rolle im Straßenverkehr spielt als in anderen Millionenstädten, muß man auch wissen, daß diese würdige Einrichtung in der französischen Hauptstadt auf ein Alter von 250 Jahren zurückzuführen kann. Ihr Geburtstag fällt nämlich auf den 16. März 1662, und es dürfte schwer halten, in einer anderen Großstadt ein dem Massentransport dienendes Beförderungsmittel zu finden, das ein gleich hohes Alter besitzt und doch heute seine Existenz gegen Benzin, Dampf und Elektrizität aufrecht zu erhalten vermag. Lange wird diese alte Herrlichkeit allerdings nicht mehr dauern, nachdem in diesem Jahre die Stadt Paris die Umwandlung des Omnibusverkehrs in die Hand genommen hat. In drei Jahren werden vertrogsmäßig die Pferde aus dem Pariser Omnibusverkehr verschwunden sein. Man rechnet aber darauf, daß damit die Verengung nur zunehmen wird, denn nach dieser Umwandlung sollen mehr als 1000 Autobusse im Betrieb sein, die im ganzen über 30 000 bis 35 000 Fahrgäste zu befördern imstande sein werden. Es ist daher zeitgemäß, daß jetzt von Lucien Bérissio im Bulletin der Pariser Gesellschaft der Zivilingenieure die Entwicklungsgeschichte der Pariser Omnibusse beschrieben worden ist. Ihre Geburt an dem genannten Datum des siebzehnten Jahrhunderts, wo sie unter dem stolzen Namen von Karossen auf die Welt kamen, führte zu keinem dauernden Bestand, und es währte viel mehr bis zum Jahre 1810, bis ein Unternehmer die Genehmigung erhielt, über die Quais und großen Boulevards Wagen von der Art dieser des siebzehnten Jahrhunderts mit festen Hochpreisen kuffieren zu lassen. Dieser Vorschlag wurde von der städtischen Verwaltung glatt abgelehnt mit der Begründung, daß dieser Omnibusverkehr ein Hindernis für die Zirkulation des Publikums sein würde. Dennoch wurde das Erlaunen immer wieder erneuert, zunächst aber stets mit gleichem Mißerfolge. Unter dessen war die kleinere Stadt Nantes der Hauptstadt mit gutem Beispiel vorangegangen. Der Schöpfer des dortigen Omnibusverkehrs Daudry hat sich dadurch bekannt gemacht, daß er den Namen „Omnibus“ erfand. Er erreichte es denn auch schließlich am 30. Januar 1828, von der Pariser Polizei die Erlaubnis wenigstens zur Einrichtung einiger Linien im Innern von Paris zu erhalten.

Der Einheitspreis war damals 25 Centimes, also recht teuer, wenn man den damals höheren Geldwert in Betracht zieht. Das Ergebnis war aber nicht befriedigend. Besonders ein sehr schneereicher Winter brachte den Omnibusverkehr in Schwierigkeiten. Demnach war die Entwicklung jetzt unaufhaltsam, namentlich nachdem der Fahrpreis herabgesetzt worden war, und im Jahre 1830 bestanden bereits 34 Omnibuslinien in Paris. Im Jahre 1854 erfolgte die Verschmelzung der damals bestehenden 12 Gesellschaften zu einer allgemeinen Omnibus-Gesellschaft, deren Monopol jetzt unter den erwähnten Bedingungen bis zum Ende des Jahres 1900 erneuert worden ist. Das Rey des Pariser Omnibusverkehrs besteht jetzt aus 88 Linien mit einer Gesamtlänge von 350 Kilometer.

Wie lange werden die Vereinigten Staaten Kohle und Petroleum haben? Die geschäftliche Kritik, die sich in den Vereinigten Staaten schon mehrfach wegen unzulänglicher Ausbeute an Kohle und Erz eingestellt hat, ist von der dortigen Regierung zum Anlaß genommen worden, die geologische Landesuntersuchung mit einer sorgfältigen Abschätzung des Mineralreichtums des Landes zu beauftragen. Diese Aufgabe ist jetzt durch die Herausgabe eines besonderen Bulletins erfüllt worden, und zwar mit einem Ergebnis, das dazu geeignet sein könnte, den Reiz jedes europäischen Staates zu erregen. Obgleich die einzelnen Ziffern einen verschiedenen Grad der Zuverlässigkeit besitzen, so ist doch sicher zu sein, daß die Amerikaner es noch nicht nötig haben, irgendwelche Beschränkung in der Ausbeutung der Mineralien einzuführen. Die Kohlen von Pennsylvania reichen nach dieser Berechnung, freilich unter der Annahme, daß der Abbau sich nicht weiter steigert, noch für fast ein halbes Jahrtausend, und der Bergbau in Ohio würde sogar noch zwei Jahrtausende fortbestehen können, der in Maryland etwa 950 Jahre. Im allgemeinen wird angenommen, daß von den bisher genannten Kohlenlagern der Vereinigten Staaten nur ein Drittel Prozent, also rund der 300. Teil während des vorigen Jahrhunderts verbraucht worden ist. Weniger zuverlässlich lauten freilich die Ausbeute von Petroleum und Natargas. Die Ausbeutung der Petroleumlager ist allerdings ungeheuer und der Staat Kalifornien allein verfügt über beinahe acht Milliarden Hektoliter. Dafür ist aber auch die Produktion ins Riesenhafte gestiegen, und in der größeren Zahl von Staaten macht sich bereits eine Abnahme bemerkbar. Selbst wenn der Abbau jetzt nicht weiter steigen würde, müßte der Petroleumvorrat der Vereinigten Staaten nach der neuesten Berechnung in etwa 90 Jahren erschöpft sein. Dies gänzliche Erliegen würde aber, wenn der Fortschritt des Abbaues in gleichem Grade anhält, schon um das Jahr 1935 eintreten. Die natürlichen Gasquellen sind überhaupt nur kurzlebige Geschenke des Bodens und haben schon an vielen Orten versagt.

Notizen.

— Kunstabend. Am Sonntag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Schiller-Saal, Charlottenburg, ein Neuterabend statt.

zur Anne, daß die Angriffe unterblieben. Dreiwurst soll dann seine Vermittlung zugesagt haben unter dem Einverständnis, daß dann aber auch vom Klub eine Annonce für die „Wahrheit“ aufgegeben werden sollte. Dreiwurst hat dann Paul Bruhn in das Café gebeten und ihn ersucht, aus Freundschaft zu ihm darauf hinzuwirken, doch nichts mehr gegen den Klub Verolina geschrieben werden sollte. Dann soll Dreiwurst ihm eine Annonce für die Kaffeebohnenhandlung Red im Werte von fast 1000 M. pro Jahr im Auftrag gegeben und dabei vom Bruhn die Antwort erhalten haben: er solle aber ja nicht glauben, daß dadurch der „Wahrheit“ der Mund gestopft werden könne. Die Klubmitglieder sollen mit dieser Abmachung (Annonce von 1000 M. jährlich, zahlbar in vierteljährlichen Raten von 250 M.) einverstanden gewesen sein, der Beauftragte des Klubs soll aber dem Dreiwurst gegenüber nochmals die ausdrückliche Bedingung gestellt haben, daß keinerlei Angriffe gegen den Klub und dessen Mitglieder mehr erdienen dürften. Dreiwurst hat daraufhin am 16. Juni 1907 die ersten 250 M. ausbezahlt, als die 250 M. für das zweite Quartal Anfang September 1907 fällig waren, wurde das Geld nicht bezahlt, weil inzwischen doch noch Artikel über den Klub in der „Wahrheit“ erschienen waren. Dreiwurst soll dann — so behauptet die Anklage — sich mit Wilhelm Bruhn in Verbindung gesetzt und ihn ersucht haben, die Annonce zu annullieren. Wilh. Bruhn soll ihm darauf Vorwürfe gemacht haben, daß ihm derweil geschrieben sei, daß die Annonce vom Klub herrühre; er weigerte sich, den Auftrag zu annullieren, erklärte sich vielmehr nur bereit, das Inkasso zu verweigern, so daß der Monatspreis sich auf etwa 27 M. stellte. In dieser Form sind dann die Annoncen auch eine Zeitlang erschienen. Als dann in der „Wahrheit“ doch noch Artikel über den Klub veröffentlicht wurden und ein Klubmitglied sich in die Redaktion begab und Beschwerden erhob, haben sich die beiden Brüder Bruhn eine eidesstattliche Versicherung von Herrn Dreiwurst ausstellen lassen, dahingehend, daß ihnen nichts davon bekannt gewesen sei, daß die Annoncen in Wirklichkeit vom Klub Verolina herrühren, ebensowenig, daß die Annoncen eine Gegenleistung für ein Unterbleiben von Angriffen auf den Klub darstellen sollte. Aber auch von seiten des Klubs ging man Herrn Dreiwurst zu Hilfe und diesem gegenüber gab letzterer die entgegengesetzte Erklärung ab. Die Angell. Wilh. Bruhn und Paul Bruhn treten den tatsächlichen Feststellungen der Anklage, aus denen diese ihre Schlussfolgerungen zu ihren Ungunsten zieht, entgegen und führen aus, daß ihrerseits auch in diesem Falle nichts Unfairnes begangen worden sei. Wilh. Bruhn weist darauf hin, daß er zu der fraglichen Zeit, wie sein behandelnder Arzt behauptet, sehr leidend und zum Teil außerhalb Berlins gewesen, sich um die Geschäfte sehr wenig habe kümmern können und gar nicht in der Lage gewesen sei, seinem Bruder Paul irgendwelche Direktiven in dieser Bagatelangelegenheit zu geben. Es sei ihm ganz unverständlich, wie die Anklage in diesem Falle auch nur den Verdacht einer expressen Absicht aufbauen konnte. Technisch äußert sich Paul Bruhn — Rechtsanwält Dr. Schwandt beauftragt zu diesem Thema die Vorladung des Cafésiers Mitterhand. Dieser werde behaupten, daß Dreiwurst ihm gegenüber zugegeben habe, daß er seine sehr belastenden ersten Aussagen nicht aufricht erhalten könne. Dieser Junge soll morgen vernommen werden. — Nach kurzen Bemerkungen des Herrn Bruhn behandelnden Arztes und des Kaufmanns Oppenheim, der Vorstandsmitglied des Klubs „Verolina“ gewesen, wird die Sitzung auf heute 9 1/2 Uhr vertagt.

## Stadtverordneten-Versammlung.

30. Sitzung vom Donnerstag, den 8. November, nachmittags 6 Uhr.

Der Vorsteher Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für den plötzlich verstorbenen Oberbürgermeister Wilde-Schönberg, der von 1895—98 Berliner Stadtrat war.

Zunächst wird in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner die Wahl von 8 Mitgliedern und 8 Stellvertretern des Steueraususses der Gewerbesteuerklasse I für den Veranlagungsbezirk Berlin für die Steuerjahre 1911—1913 sowie eines weiteren Mitgliedes und Stellvertreters zwecks Veranlagung der Warenhaussteuer vorgenommen.

Darauf tritt die Versammlung in ihre Tagesordnung ein. Zur Diskussion stehen zunächst die Leitfäden für die Verwirklichung der Güter und Nieselfelder der Stadt Berlin. Der Magistrat hat, einem Ersuchen der Versammlung aus dem April d. J. entsprechend, diese „Leitfäden“ in einer besonderen Denkschrift zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Der Gegenstand wird vorläufig ausgesetzt. Zur Beschlussfassung vorgelegt hat der Magistrat den Entwurf eines Vertrages mit dem Kreisauschuß des Kreises Teltow über die Benutzung von Kreisbauhöfen, Wegen, Straßen und Plätzen zu Rohr- und Kabelverlegungen.

Stadtv. Dove (H. L.) bedauert, daß der Vertrag der Stadt ganz einseitig nur Pflichten auferlege. Die Mitglieder des Leitwörter Kreistages schienen sich ihrer Herkunft von Jenen, die im Mittelalter den „Heffersäden“ auslauereten, nur zu sehr bewußt zu sein. Das Verhältnis der Stadt zu ihren Nachbarorten bedürfe dringend einer Reform in modernem Sinne. Der neue Minister des Innern habe alle Veranlassung, sich dem Studium dieser Frage zu widmen.

Oberbürgermeister Kirchner erklärt, daß er nach einer Unterredung mit Herrn v. Döllmuth den Eindruck empfange hat, daß der Minister diesen Fragen eine wohlwollende sachliche Prüfung gütlich werden lassen wird.

Der Vertrag wird genehmigt. Der spezielle Entwurf zum Neubau der Gemeindepflichtschule an der Bettendorferstraße, sowie die Vorlagen wegen Verkaufes einer 4768 Quadratmeter großen Grundstücksfläche an der Schulstraße an die jüdische Gemeinde und wegen Ueberbauung der Panke längs des Grundstücks „Am Zirkus 1“ gelangen ohne Debatte zur Annahme.

Um 6 Uhr schließt die Versammlung zur Wahl von acht unbesoldeten Stadträten ab 1. Januar 1911 auf sechs Jahre für die Stellen der Herren v. Friedberg, Rielenz, Kahl, Kumschödtel, Selberg, Wagner, Dr. Weigert und Dr. Wiemer.

Herr v. Friedberg ist nach Wiederholung seines Amtes verstorben, Dr. Weigert hat eine Wiederwahl abgelehnt. Die übrigen sechs werden vom Ausschuss zur Wiederwahl empfohlen. Neu vorgeschlagen sind Stadtv. Runge (H. L.) und Bankier Panofsky.

Als Ersatz für v. Friedberg wird der Stadtv. Runge mit 76 von 112 gültigen Stimmen gewählt. Sechs Zettel sind unbeschrieben, 25 Stimmen fallen auf den Stadtv. Dr. Krone (Sog.), zwei auf Stadtv. Dr. Preuß (Sog.-Partysch.).

Stadtrat Rielenz wird mit 79 von 77 gültigen Stimmen wiedergewählt. 46 Zettel sind unbeschrieben; drei Stimmen fallen auf Dr. Krone, zwei gespalteten.

Wiedergewählt wird sodann auch der bisherige Stadtrat Kahl mit 74 von 77 gültigen Stimmen. Außerdem werden 44 weiße Zettel abgegeben. Zwei Stimmen erhält Dr. Krone, eine Stadtrat Weigert.

Es folgt die Wahl für die Stelle des bisherigen Stadtrats Geh. Oberbaukons. Kumschödtel. Das Ergebnis ist der Durchfall des Nennanten, auf dessen Namen von 114 abgegebenen gültigen Stimmzetteln nur 61 lauten, während Stadtv. Dr. Preuß (Sog.-Partysch.) 63 Stimmen erhält. Neun Zettel sind unbeschrieben. Dr. Preuß ist somit zum unbesoldeten Stadtrat gewählt. Die Verlesung des Wahlergebnisses wird auf mehreren Seiten mit demonstrativem Beifall

begrußt; mit Hindeutung auf den Magistratsstich wird dazwischen der Ausruf: „Wasserleiche!“ laut.

Wiedergewählt wird mit 81 gegen 8 Stimmen auf Krone fallende Stimmen der bisherige Stadtrat Selberg; in diesem Wahlgang werden 37 weiße Zettel abgegeben.

Der nächste Wahlgang ergibt die Wiederwahl des bisherigen Stadtrats Wagner. Von 118 gültigen Stimmen fallen ihm 82 zu. Vier Zettel sind weiß, 33 erhält Dr. Krone, zwei Stadtrat Kumschödtel, eine Panofsky.

An Stelle des abgehenden Dr. Wiemer erhält Bankier Panofsky die Mehrheit mit 66 von 119 gültigen Stimmen. 50 Stimmen fallen auf Dr. Krone, drei auf Stadtrat Kumschödtel; drei Zettel sind weiß.

Endlich führt der achte Wahlgang zur Wiederwahl des bisherigen unbesoldeten Stadtrats Dr. Wiemer. Derselbe erhält 70 von 108 gültigen Stimmen; daneben entfallen auf Dr. Krone 34, auf Stadtrat Kumschödtel zwei. Acht Zettel sind weiß.

Der spezielle Entwurf zum Neubau eines Verwaltungsgebäudes, eines Wohnhauses für acht Familien und zwei Unverheiratete und eines Schuppens für die zentrale Buch wird in der nach den Wünschen der Versammlung umgearbeiteten Fassung ohne Debatte genehmigt.

Bei Gelegenheit des Neubaus auf dem der Firma Siechen gehörigen Grundstück Potsdamer Platz 3 wurde dieser die Befreiung des Vorgartens und die Freilegung dieser Fläche als Bürgersteig aufgelegt. Infolge des Widerspruchs der Eigentümerin hat nach langwierigen Verhandlungen eine Einigung dahin stattgefunden, daß die Firma sich verpflichtete, die Vorgartenfläche zum Preis von 25 M. pro Quadratmeter an die Stadtgemeinde zu verkaufen und am 1. Oktober 1910 lastenfrei aufzulassen, wenn ihr die Benutzung dieser Fläche zu Schankzwecken bis zum 1. Oktober 1918 überlassen bleibt. Dem Vorgarten selbst soll im Verkehrsinteresse eine halbrunde Form gegeben werden. Dieses Angebot war mit Annahmefrist bis zum 10. Juli 1910 gemacht und ist vom Magistrat angenommen worden. Der Magistrat sucht jetzt die nachträgliche Zustimmung der Versammlung zu dem Vertrage nach.

Stadtv. Galland (H. L.): In dem vorliegenden Falle sind die Rechte der Versammlung nicht gewahrt worden. Der Magistrat, der so peinlich auf die Wahrung seiner Rechte und gegenüber bedacht ist, hat den Vertrag, ohne uns zu fragen, abgeschlossen. Solche Fälle müssen in Zukunft vermieden werden. Der Magistrat hätte doch die Sache so beschleunigen können, daß sie uns noch vor den Ferien beschlagnahmt, oder es hätte ein vorübergehender Zustand geschaffen werden können. Wir bitten den Magistrat dringend, in Zukunft solche Fälle zu vermeiden und ebenso die Rechte der Versammlung zu wahren, wie wir bisher die Rechte der Schwesterbehörde gewahrt haben. (Beifall.)

Stadtrat Alberti: Es wäre für die Stadt ein wesentlicher Nachteil eingetreten, wenn anders verfahren worden wäre. Sonst hätte natürlich eine Vorlage an die Versammlung kommen müssen. Wir werden im übrigen ganz bestimmt befreit sein, den eben ausgesprochenen Wünschen gemäß auch in Zukunft zu verfahren.

Stadtv. Borgmann (Sog.): Wir sind durchaus der Auffassung des Kollegen Galland. Es ist unbedingt nötig, daß wir unsere Rechte gegenüber dem Magistrat zu schützen suchen. Wenn aber der Magistrat in diesem Punkte eine gewisse Vorzeit zeigt, so ist auch die Versammlung nicht ohne Schuld daran. In wiederholten analogen Fällen hat die Mehrheit den betreffenden Vorlagen trotz alledem statt zugestimmt. Wenn jetzt die große Fraktion eine andere Haltung einnehmen will, so sind wir durchaus damit einverstanden.

Stadtv. Gassel: Meine Fraktion hat bei allen Gelegenheiten, wo die Sache ähnlich lag, dieselbe Haltung eingenommen (Zustimmung und Widerspruch). Herr Borgmann irrt; wir haben in jedem Falle, wenn eine solche Beeinträchtigung unserer Rechte vorlag, Widerspruch erhoben. Ich bedaure, daß wir auch heute vom Magistratskommissar die Gründe nicht erfahren haben, welche es unmöglich gemacht haben, uns vorher zu fragen. Nachdem wir solche Vorkommnisse wiederholt urteilt haben, sind wir unter Umständen entschlossen, bei nächster Gelegenheit alle Konsequenzen zu ziehen.

Stadtrat Alberti: Nach unserer Uebersetzung wäre das Abkommen sonst nicht zustande gekommen. Darum haben wir geglaubt, im Interesse der Stadt zu handeln, wenn wir sofort zustimmten.

Stadtv. Gassel: Bei einem anderen Geschäftsgange im Magistrat hätte eine solche Zwangslage vermieden werden können. Die Zustimmung der Städteordnung, wonach wir vorher gefragt werden müssen, muß intakt gehalten werden. Ich bitte den Magistrat, unsere Mahnung nicht leicht zu nehmen; wir werden in Zukunft sehr genau untersuchen, ob wir überhaupt zustimmen können.

Stadtv. Ladewig (H. L.): Auch wir stehen voll und ganz auf dem Standpunkt der Kollegen Galland und Gassel. Wir werden für die Vorlage stimmen, hoffen aber, daß so etwas nicht wieder vorkommt.

Stadtv. Borgmann: Ich freue mich ja sehr darüber, daß in Zukunft auch die Alte Linke rücksichtslos diesen Standpunkt einhalten will. Für die Vergangenheit läßt sich das aber nicht geltend machen (Widerspruch). Erst vor kurzem haben wir eine Vorlage beraten, in der es hieß, daß bei einem Antrage der Hochbaudeputation entsprechende, und nachher stellte sich heraus, daß diese überhaupt gar nicht befragt worden war. Die Mehrheit hat aber unseren Antrag, die Sache dem Magistrat zurückzugeben, einfach niedergestimmt. Da kann man es dem Magistrat schließlich gar nicht sehr übel nehmen, wenn er so mit unseren Rechten umspringt.

Stadtv. Gassel: Damals sind wir doch vorher befragt worden. Ob eine Deputation gehört wurde oder nicht, ist etwas ganz anderes, obwohl auch hier im Falle tendenziöser Nichtbefragung eingeschritten werden müßte. Wir stimmen heute nur deshalb zu, weil wir das Abkommen für materiell berechtigt halten. Im gegebenen Falle genügt und die erforderliche Aufklärung nicht. Der Magistrat muß größeren Eifer entwickeln.

Der Vertrag wird hierauf nachträglich genehmigt. Schluß gegen 9 Uhr.

## Soziales.

### Verlust verdienten Lohnes.

Der Arbeiter R. forderte vom Steinschmiedemeister Max Girsh nach einem rückständigen Lohnbetrag von 7,80 M. Da die Forderung in Güte nicht erfüllt wurde, hatte sich am Dienstag das Innungsschiedsgericht mit der Sache zu beschäftigen. Der Beklagte, der sich durch eine Buchhalterin vertreten ließ, ließ durch diese einwenden, der geforderte Lohnbetrag sei am Fälligkeitstage nebst den Papieren des Klägers abgefordert und bezahlt worden. Der Erheber des Geldes hat im Kontor den vom Polier ausgestellten Nachweis der geleisteten Arbeitsstunden, auf den der Lohn stets ausbezahlt wird, abgegeben. Der Kläger behauptet, das Geld und die Papiere nicht erhalten zu haben. Er hat den vom Polier ausgestellten Schein an jenem Sonnabend verloren und, da er ohne einen solchen doch kein Geld bekomme, sei er an jenem Abend nicht mehr nach dem Kontor gegangen, sondern habe am Montag vom Polier einen anderen Schein gefordert. Die Vertreterin des Beklagten, der die Lohnauszahlung obliegt, hält dem entgegen, daß sie nicht alle beim Beklagten beschäftigten Arbeiter persönlich kennen kann, sie wisse deshalb auch nicht, ob die Auszahlung des Geldes an den Kläger oder einen anderen erfolgt ist. Sollte das Geld wirklich durch einen anderen als den Kläger erhoben worden sein, so trage der Kläger hieran selbst die Schuld. Denn er hätte dieses dadurch verhindern können, daß er dem Kontor rechtzeitig die Mitteilung über den Verlust des vom Polier ausgestellten Arbeitszettels machte.

Das Schiedsgericht trat dieser Ansicht bei und wies die Klage ab, wiewohl der Kläger den Lohn nicht erhalten hat.

Die Entscheidung ist eine durchaus unzutreffende. Durch die Arbeitsleistung hatte der Kläger einen Anspruch auf Zahlung, nicht

nur auf Auszahlung eines Lohnzettels. Weder ihm noch einem von ihm Bevollmächtigten ist der Lohn ausgezahlt worden. Es hätte demnach der Beklagte verurteilt werden müssen. Der von dem Beklagten erhobene Einwand mag für die Frage, ob die Buchhalterin die an einen dritten zu Unrecht gezahlte Lohnsumme dem Beklagten zu erstatten habe, erheblich sein, für den Anspruch des Klägers ist er unerheblich. Sache des Beklagten ist es, Einrichtungen zu treffen, die auch die Zahlung des Lohnes gewährleisten. Er hätte beispielsweise den Aussteller des Lohnzettels mit Klaffen- und Zahlungsauftrag versehen können. Selbst wenn man in der Nichtbenachrichtigung des Kontors von dem Zettelverlust ein Verschulden des Klägers erblicken sollte und selbst wenn man, wiewohl der Zettel zweifellos kein Inhaberpapier ist, den Kläger für schadenerschaftspflichtig hielt, hätte ihm der Lohn zugestimmt werden müssen. Denn nach § 394 B. G. B. ist eine Aufrechnung gegen den Lohn unstatthaft, überdies das Innungsschiedsgericht für solchen Schadenerschaftsanspruch nicht zuständig.

## Aus Industrie und Handel.

### Der Streik des Hefesyndikats.

Mit welchen Mittel das unter agrarischem Einfluß stehende Hefesyndikat die Verbraucher unter seine Tributpflicht zwingen will, zeigt der Vertragsentwurf, den der Verband den Hefehandlungen vorlegt. Darin heißt es:

Die Handlung verpflichtet sich, ihren gesamten Bedarf an Brauereihefe beim Hefeverband zu decken.

Als Preis wird der Handlung der vom Hefeverband jeweils für Groß-Berlin festgesetzte Grundpreis in Rechnung gestellt. Er beträgt zur Zeit 40 Pf. per Fund reine Hefe und zwar gilt er für Lieferung ab Vertriebsstelle Berlin.

Verstößt die Handlung gegen irgend eine der auf Grund dieses Vertrages zu übernehmenden Verpflichtungen, so hat sie für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine Vertragsstrafe von 20 M. zu entrichten.

Besieht ein Verstoß darin, daß Verbandshefe mit Bierhefe, Kartoffelmehl oder anderen Surrogaten vermischt wird, so ist eine Vertragsstrafe von 500 M. für jeden Uebertretungsfall zu bezahlen.

Bezieht die Handlung entgegen der Bestimmung des § 1 auch Brauereihefe, die von Firmen hergestellt ist, welche nicht dem Hefeverbande angeschlossen sind, so ist für jeden bezogenen Zentner dieser Hefe eine Vertragsstrafe von 20 M. fällig.

Die Handlung hat als Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen den Betrag von 1000 M. (in Buchstaben: Eintausend Mark) in bar beim Hefeverband zu hinterlegen, der diese Summe mit 4 1/2 vom Hundert pro Jahr zu verzinsen hat.

Die Handlung ist verpflichtet, die Sicherheit stets auf den Betrag von 1000 M. zu ergänzen, sobald ein Teil der hinterlegten Summe dem Hefeverband verfallen ist.

Der Vertrag tritt am . . . in Kraft und kann nur zum Schluß eines Kalendermonats und zwar unter Innehaltung einer dreiwöchentlichen Frist gekündigt werden. Die Kündigung ist jedoch für das erste Halbjahr, vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages ab gerechnet, ausgeschlossen.

Der Vertrag tritt über auf jeden Fall mit dem Zeitpunkt außer Kraft, zu dem die Gesellschafter des Hefeverbandes die Aufhebung der unter ihnen geltenden Uebereinkunft beschließen sollten.

Wer diesen Vertrag unterzeichnet, und das Syndikat hofft wohl, alle Abnehmer dazu „beranzulassen“ zu können, der ist auf Gnade und Ungnade den Hefemännern verfallen. Diese haben sich alle Rechte vorbehalten, den Abnehmer erzeuen nur Pflichten. Das Syndikat kann die Preise diktorisch bestimmen und es kann zu jeder Zeit den Vertrag lösen; die Abnehmer jedoch sind verpflichtet, ihren gesamten Bedarf vom Syndikat zu entnehmen, und sie sind an eine Kündigungsfrist gebunden. Wollen sie sich der Diktatur erwehren, haben sie das durch hohe Strafen zu büßen.

### Die schlauen Agrarier.

Die Antwort, die unsere um des deutschen Schweines Genußheit so sehr besorgten Agrarier den sächsischen Behörden auf deren Eingaben an die Regierung in der Frage der Fleischnot durch den Minister erteilen lassen, zeugt von einer gerissenen Taktik. Der Behauptung, daß von einer Fleischnot keine Rede sein könne und die Viehpreise sich in mäßigen Grenzen bewegten, folgt diese Bemerkung des Beauftragten der Agrarier, zurzeit Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten:

„Die Gestaltung der Fleischpreise dieses Jahres hat sich den Viehpreisen nicht überall angepaßt und weist auffallende Verschiedenheit auf. Neben örtlichen Preisrückgängen werden Preisrückgängen für alle Fleischgattungen durch die Statistik in zahlreichen Markorten nachgewiesen, die Lage des Fleischmarktes ist daher keine gleichmäßige. Immerhin muß für die von erheblichen Preissteigerungen getroffenen Ortschaften angesichts der schon vordem vorhandenen hohen Fleischpreise eine Umwertung des Fleisches zugegeben werden. . .“

Dann bezeichnet Herr v. Schorlemer die vorgeschlagenen Mittel, die eine Milderung der Umwertung herbeiführen sollen, als ungeeignet. Natürlich, sie decken sich nicht mit dem Portemonnaieinteresse der Viehproduzenten! Aber, der Minister hat ein Mittel in Bereitschaft, das er anwenden will, wenn der Notstand noch weiter wachsen sollte. Man höre und staune — nicht:

„Ob ein Sinken der Fleischpreise durch die Herabsetzung der sonstigen den Verkehr mit Vieh und Fleisch belastenden Gebühren und Kosten, namentlich der Schlachthofgebühren und der Fleisch- und Triadinenschaufosten, zu erreichen sein wird, werde ich eingehend prüfen. Dabei verhehle ich mir inbeffen nicht, daß es bei der geringfügigkeit der in Betracht kommenden Beträge in hohem Grade zweifelhaft sein muß, ob damit eine merkbare Einwirkung auf den Fleischpreis zu erzielen sein wird. Wenn sich dieser Weg als ungangbar erweisen sollte und wenn wider Erwarten ein Rückgang der gegenwärtigen Vieh- und Fleischpreise nicht eintreten und der Marktauftrieb dauernd nachlassen sollte, werde ich weitere Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung ins Auge fassen. Für diesen Fall wird in erster Linie erwogen werden müssen, ob und unter welchen Voraussetzungen auf eine Erleichterung der Einfuhr von Fleisch, die vom Standpunkte der Veterinärpolizei gegenüber der Einfuhr von lebendem Vieh weniger Bedenken erregt, Bedacht genommen werden könnte.“

Ein Troddel, der nicht die Absicht der Hintermänner des Ministers merkt. Die Fleischer haben sich zum Teil dem Proteste des Volkes gegen die gemeinefährliche Wirtschaftspolitik der Ritter und Heiligen angeschlossen, ebenso die Städte. Da muß der Minister den Fleischern die Schuld über die Umwertung aufbürden und ahnungslos „droht“ er mit Erleichterung der Fleisch-einfuhr, während die Fleischer vermehrte Vieheinfuhr fordern, weil erhöhte Fleischpreise ihr Geschäft schädigt. Den Fleischern ist genügend bekannt, daß die Agrarier ihren Willen durchzusetzen wissen, deshalb werden sie nach diesem „Wink“ sicher hübsch artig sein. Und die Städte schöpfen wohl aus der Antwort die Befürchtung, daß sie für die agrarischen Sünden zu büßen haben werden, falls sie nicht auf weitere Eingaben wegen der Fleischnot verzichten. So verschaffen sich die Junter durch einen harmlosen Minister Ruhe vor unbequemen Protesten!

### Aus dem Verkehrsgewerbe.

Die Ergebnisse der bis Ende September veröffentlichten Abschlüsse der Aktiengesellschaften des Verkehrsgewerbes, die allerdings nur z. T. auch das Ergebnis schon

tausenden Jahre umfassen, lassen auch schon eine Entwicklung der Rentabilität in diesem Gewerbe erkennen. Während der ersten neun Monate des laufenden Jahres sind die Ergebnisse von 345 Aktiengesellschaften des Verkehrsgewerbes bekannt geworden. Das dividendenberechtigte Kapital von 1.895.611.000 Mark weist gegen das Vorjahr eine Steigerung von 18.829.000 Mark auf, auf welches insgesamt eine um 18.202.000 höhere Dividendensumme zur Verteilung gelangte. Prozentual liegt die Dividende von 8,4 auf 4,8. Die Steigerung der Rentabilität im Verkehrsgewerbe verteilt sich auf die einzelnen Gruppen recht verschieden. Die folgende Zusammenstellung giebt einen Überblick über die Zahl und das Grundkapital der Aktiengesellschaften, die in diesem und im Vorjahre während der Monate Januar bis September ihre Abschlüsse vergleichbar veröffentlicht haben. Daneben ist die absolute und prozentuale Höhe der verteilten Dividende angegeben.

Gesellschaft	Aktienkapital in 1000 Mark 1908/09	Aktienkapital in 1000 Mark 1909/10	Dividende in 1000 Mark 1908/09	Dividende in 1000 Mark 1909/10	in Prozent 1908/09	in Prozent 1909/10	
<b>Verkehr</b>	<b>345</b>	<b>1.881.842</b>	<b>1.395.611</b>	<b>47.103</b>	<b>60.365</b>	<b>3,4</b>	<b>4,9</b>
darunter:							
Eisenbahnen	72	370.101	374.026	12.866	13.785	3,5	3,7
Strombahnen	77	158.349	159.781	4.016	4.139	2,5	2,6
Strassenbahnen	57	331.760	340.357	21.552	22.695	6,5	6,7
Schiffahrts-Gesell.	101	408.612	408.477	6.830	17.467	1,5	3,7
Expedition, Spedition	31	36.058	36.018	1.837	2.199	5,1	6,1
Sonst. Transport-Gesellschaften	7	16.952	16.952	56	56	0,3	0,3

## Aus der Frauenbewegung.

### Gesunde Schwangerschaft und leichte Geburt.

Ungehörige Ernährung ist eine häufige wesentliche Ursache krankhafter Schwangerschaften und schwerer Geburten. Tausende von einwandfreien Erfahrungen ergeben, daß, soll eine gesunde Schwangerschaft und leichte Geburt erzielt werden, folgende Ernährung für Mutter und Kind die beste ist: Reis, Getreide, Obst (auch Getreide), Buchweizen, Hafer, Gerste, Weizen, Bohnen, Kartoffel, Spinat, Salat, andere grüne Gemüse, Kohlraben, etwas Brot, Butter, frischer Quark, Obst, gefochte Pflaumen, Apfelsauce, dann und wann eine Eierpuffer und mittags ein Stück Fleisch. Gefochte Pflaumen ohne Zucker sind besonders angezeigt bei trägem Stuhlgang. Ganz zu vermeiden sind Hülsenfrüchte, Erbsen, Bohnen, Linsen und schwer verdauliche Mehlspeisen. Wenn die Mittel es irgendwie erlauben, soll die Schwangere zu jeder Mahlzeit, auch zum Frühstück und Abendbrot, Früchte essen, und zwar: Feigen, Datteln, Orangen, Pflaumen, Kirschen, Kirschen, Trauben, Johannisbeeren, Brombeeren, Heidelbeeren. Früchte sind vom physiologischen Standpunkte kein Luxusartikel, sondern für jeden Menschen ein sehr notwendiges und wichtiges Nahrungsmittel, ohne das volle Gesundheit nicht bewahrt, nicht entwickelt oder zurückgelassen werden kann. Und gerade die schwangere Frau bedarf, um eine gesunde physiologische Blutmischung zu haben, der regelmäßigen Zufuhr von Früchten bei jeder Mahlzeit. Denn nur wenn dem Kinde gesundes mütterliches Blut zufließt, kann sich das Kind gesund entwickeln. Leider sind allerdings die Früchte gerade wie das Fleisch durch unsere verderbliche Wirtschaftsweise, durch unsere ungeheuerliche Zoll- und Steuerpolitik wirtschaftlich ein Luxusartikel geworden, der für die proletarische Frau kaum erschwinglich ist oder nur unter großen Opfern auf einer anderen Seite. Ein Ersatz für das Obst sind ja die alkoholfreien Fruchtäfte, aber die sind für die proletarische Frau erst recht unerschwinglich. Ein anderer Ersatz ist, wenn auf Obst verzichtet werden muß, Himbeeren und Johannisbeeren, wovon man einige Gläser voll auf ein Glas Wasser nimmt, Zitronensaft mit Wasser und etwas Zucker und Sauermilch. Die Reis-, Getreide-, Buchweizen- und Haferpeisen werden mit Wasser und Butter (eventuell einem Butterersatz) zubereitet, nicht mit Milch, weil diese die Speisen schwerer verdaulich macht. Alle Speisen dürfen nur schwach gesalzen werden; starkes Salzen ist streng zu vermeiden. An den Salat nimmt man, wenn möglich, Zitronensaft statt Essig. Alkoholgenuss sollte jeder Mensch im Interesse seiner Gesundheit meiden. Die schwangere Frau darf in ihrem Interesse und im Interesse ihres Kindes keinen Alkohol, vor allen Dingen keinen Schnaps, trinken. Alkohol ist für sie und ihr Kind ein Gift, das die Schwangerschaft beschleunigt, die Geburt schwerer macht und die gesunde Entwicklung des Kindes unheilvoll beeinflusst. Kaffee, Tee, Kakao, Fleischbrühe sind ebenfalls zu vermeiden; sie fördern die Verdauung der Schwangeren, reizen in schädlicher Weise ihr Verdauungssystem und wirken hemmend auf die Entwicklung des Nervensystems des Kindes ein. Vor zu reichlichem Fleischgenuss und zu reichlichem Essen braucht man die proletarische Frau zu warnen; davon ist sie schon durch unsere schöne Wirtschaftsordnung bewahrt. Nur aus medizinischer Gewissenhaftigkeit sei erwähnt, daß reichlicher Fleischgenuss und starkes Essen (für zwei) von jeder Schwangeren vermieden werden muß. Ein sehr wichtiger Punkt ist die Flüssigkeitszufuhr. Hier gilt als oberstes Gesetz: Die Schwangere trinke nur dann, wenn sie wirklich starken Durst hat. Nie trinke sie aus Gewohnheit oder einer Laune wegen. Und immer trinke sie nur klaren Wasser, oder Wasser mit Fruchtsäften oder Sauermilch. Auch die übermäßige Einnahme von Suppen muß die Schwangere unterlassen. Trinkt die Schwangere über ihren wirklichen Durst hinaus oder ist sie zu viel Suppen, dann wird die Fruchtwassermenge übermäßig vermehrt, die große Flüssigkeitsmenge dehnt die Gebärmutter bezw. ihre Muskulatur zu stark aus, sie wird überdehnt, hierdurch schwach und unfähig, im gegebenen Augenblick während des Geburtsaktes normal arbeiten zu können; es tritt die sogenannte „Wehenstauung“ ein, d. h. die Gebärmutter ist unfähig, das Kind auszustößen, und das Kind muß durch Kunsthilfe von der Mutter losgelöst werden. Auch verursacht die abnorme Fruchtwassermenge vielfache Schwangerschaftsbeschwerden, wie Unbehagen und Schwerkraftigkeit bei Bewegungen, Druck auf die Beckenorgane, Krampfzucken usw. Die Schwangere soll pro Tag höchstens 1/2-3/4 Liter Flüssigkeit (einschließlich Suppen) zu sich nehmen, dann bleibt die Fruchtwassermenge innerhalb der physiologischen Grenzen, und die genannten bösen Folgen treten nicht ein, vorausgesetzt das Kindchen selbst erreicht durch abnorme Flüssigkeitsaufnahme und abnorme Entwicklung nicht eine abnorme Größe. Ein zu stark entwickeltes fettes Kind kann zu den gleichen bösen Folgen führen wie eine abnorme Menge Fruchtwasser. Das abnorm entwickelte Kind wird aber auch die Geburt noch besonders schwierig gestalten, weil seine Lage im Verhältnis zu den Geburtswegen zu groß ist und das Knochengestüt zu fest, zu wenig nachgiebig ist. Die Geburtswege des Arztes muß eingreifen, um überhaupt eine Geburt zu ermöglichen. Und das ist nicht nur bei eng gebauten Frauen der Fall, sondern häufig auch bei normal gebauten. Befolgt aber die schwangere Frau streng die oben angegebenen Diät, unter Beobachtung der notwendigen Ruhe und Bewegung, dann wird sie sich bald recht wohl fühlen und in ihrem Schoße allerdings keinen Fötus entwickeln, sondern ein kleines, bageres aber gesundes, kräftiges Kindchen, mit weichen, nachgiebigen Knochen, das auch ohne Geburtswege mit Leichtigkeit passiert, ohne die Weichteile zu zerschneiden, wodurch die Entbindung leicht, schmerzlos und gefahrlos wird. Vielen Frauen, die sonst nur unter großen Schmerzen und Gefahren, häufig unter Opfern des kindlichen Lebens, gebären konnten, ist durch strengste Befolgung jener Diät eine gesunde Schwangerschaft und leichte Geburt gesichert worden.

### Veranstaltungen — Veranstaltungen.

**Stalen.** Montag, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr in den „Kriegsgrafenallee“ öffentliche Frauenversammlung. Tagesordnung: Junfermann, Kaiserreden und die Meinung der Frauen. Referentinnen: Frau Feida Wulff-Berlin. Hierzu findet am Sonntag von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverteilung statt. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, für guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Die Bezirksleitung.

## Gerichts-Zeitung.

### Unberechtigtes Verbot einer Versammlung unter freiem Himmel.

Der Zigarrenmacher v. Stepphont war bei der Polizeiverwaltung von Landau um die Genehmigung zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel eingekommen. Die Genehmigung wurde versagt mit der Begründung, daß die für den 19. September 1909 geplante Versammlung nicht gestattet werden könne, weil das dazu erforderliche Ackergrundstück des Arbeiters Markus nicht abgeschlossen sei gegen die Nachbargrundstücke und so die Leute auf die Nachbargrundstücke übertreten würden. Es wäre zu befürchten, daß dann von den Nachbarn Maßnahmen ergriffen würden, die zu einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Ruhe und Sicherheit führen würden.

Der Landrat wies die Beschwerde Sts. zurück. Der Regierungspräsident zu Frankfurt a. O. verwarf die weitere Beschwerde. Er führte aus: Der Versammlungsort liege unmittelbar an der Berliner Chaussee, die namentlich an Sonntagen sehr verkehrreich sei und einen starken Wagenverkehr habe. Es würde zu Störungen auf der Chaussee kommen und auch zu Reibungen, wozu das politische Thema, das verhandelt werden sollte, den Anlaß geben könnte. Ferner grenzte, wie schon hervorgehoben sei, bestellte Felder an das Grundstück, bei dessen Breite von nur 10 Metern der Uebertritt auf Nachbargrundstücke nicht zu vermeiden sei.

St. erhob nunmehr die Klage und machte geltend, daß nicht allein die Berliner Chaussee, sondern auch noch ein Feldweg an das Grundstück grenze. Wie bei dem angebliehen großen Verkehr auf der Chaussee es durch die auf einem Platze stattfindende Versammlung zu Störungen kommen sollte, sei nicht ersichtlich. Und ebenso wenig liege irgendein Anlaß vor zu der Annahme, daß es wegen des politischen Themas zu Ausschreitungen kommen könnte.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld als Vertreter des Klägers hob in der Verhandlung vor dem ersten Senat des Oberverwaltungsgerichts das hervor, daß die gesamten Ausführungen der Behörden die Angabe irgendwelcher Tatsachen vermischen ließen, die die Befürchtung einer Störung der öffentlichen Sicherheit rechtfertigen könnten. In den Beschwerdebegehren werde auch immer nur gesprochen von Gefahren, die dem Verkehr und der Ordnung drohten, während doch nach dem Reichsvereinsgesetz nur noch eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit dazu führen solle, eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel nicht zu genehmigen. Nur allgemeine Gesichtspunkte reichten auch nicht aus.

Das Oberverwaltungsgericht folgte dem Antrage des Anwalts und erklärte die polizeiliche Verbotsverfügung für ungerichtlich. Es nahm mit dem Kläger und seinem Verteidiger an, daß die Voraussetzungen für das Verbot einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel hier nicht gegeben seien. Das Gericht sieht auf dem Standpunkt, daß die Behauptung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit mit Tatsachen belegt sein müsse, aus denen nach vernünftigem Ermessen eine nahe Möglichkeit der Verwirklichung der Gefahr sich ergebe. Allgemeine Sentimente könnten ein Verbot gemäß § 7 des Vereinsgesetzes nicht begründen.

### Ordnungsstrafe gegen einen Verteidiger.

In dem hier seit Wochen schwebenden Schiedsverfahren v. Maier und Genossen ereignete sich gestern vormittag folgender Zwischenfall. Der Verteidiger des Angeklagten Maier wurde vom Gericht in eine Ordnungsstrafe von 50 M. genommen, weil er am Schluß seines gestrigen Plädoyers die Redewendung gebraucht hatte: „Die Strafkammer würde einen Reford aufstellen, wenn sie die vom Staatsanwalt beantragten Strafen in Anwendung bringen würde.“ Die Strafkammer, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber, erklärte in dieser Redewendung eine Ungebühr vor Gericht, weil diese Redewendung den Schluß zulasse, daß Rechtsanwalt Maier dem Gericht vorwerfe, es wolle bei der Urteilsfällung einen Reford, also eine sportliche Leistung, aufstellen. — Rechtsanwalt Dr. Alberg hat hierauf den Gerichtshof, ihm zur Stellung eines Antrages Zeit zu gewähren. Das Gericht ließ eine Pause eintreten. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung nahm Rechtsanwalt Dr. Alberg das Wort zu folgenden Ausführungen: Ich habe in meinem gestrigen Plädoyer hervorgehoben, daß das von dem Herrn Staatsanwalt ohne Anführung von Einzelstrafen beantragte Strafmaß im Verhältnis zu Urteilen in analogen Sachen (z. B. Fall Terlingen) ein exorbitant hohes sei. Ich habe dann ausgeführt, daß es einerseits vermessene wäre, eine milde Strafe zu erbitten, andererseits aber um eine nicht zu hohe Strafe gebeten und dabei beizuhalten die Wendung gebraucht, daß die Verhängung einer so außergewöhnlich hohen Strafe einen Reford bedeuten würde. Ich habe nach weiteren Ausführungen mein Plädoyer mit der Bitte geschlossen: bei aller zweifellos angebrachten Strenge kein zu hohes Strafmaß zu verhängen. Nach meinem Plädoyer sprach Rechtsanwalt Dr. Halpert über eine Stunde und die Sitzung wurde geschlossen. Zu meinem größten Erstaunen wurde mir nun heute morgen vom Gericht erklärt, daß die Wendung, in der das Wort „Reford“ enthalten sei, die Deutung zulasse, daß das Gericht, das im Namen des Königs recht spreche, sportliche Leistungen vollbringe. Ich habe sofort die Erklärung abgegeben, daß mir dieser Sinn völlig fern gelegen habe, daß das Wort „Reford“ sich nicht nur auf sportliche Leistungen beziehe und daß ich diesen Ausdruck zurückzunehmen wollte, wenn in ihm ein solcher Sinn vom Gericht gefunden werde. Trotzdem wurde ich in eine Ordnungsstrafe genommen. Ich ersehe aus dieser Ordnungsstrafe, daß das Gericht zu meinen Erklärungen dasjenige Vertrauen, das ich als Rechtsanwalt verlangen kann, nicht hat. Unter diesen Umständen kann meinem Klienten meine Verteidigung in dieser Sache nicht dienlich sein. Ich sehe mich deshalb, indem ich vorher beantrage, meinem Klienten Gustav und Philipp Maier Gelegenheit zu geben, sich einen zweiten Verteidiger zu wählen, Frau Werner sich einen neuen Verteidiger zu wählen, im Interesse meiner Klienten genötigt, die Verteidigung niederzuliegen.

Nach kurzer Beratung des Gerichts fragt der Vorsitzende die Angeklagte Werner: Ihr Verteidiger hat die Verteidigung niedergelegt; beantragen Sie die Bestellung eines anderen Verteidigers? Angekl. Werner: Ja. — Vorsitzender Landgerichtsdirektor Lieber: Geschlossen und verhandelt: Die Verhandlung gegen die Angeklagte Werner abzutrennen, im übrigen aber dem Verhandlungsantrage nicht zu entsprechen, da Gustav und Philipp Maier noch einen anderen Verteidiger haben und nach der mehr als zweiwöchigen Verhandlung und nachdem die Plädoyers gehalten worden, kein Anlaß zu einer Vertagung vorliegt. — Frau Werner verließ hierauf den Gerichtssaal. Die Plädoyers wurden fortgesetzt.

Wieder eine Ordnungsfälle geborsten. In Hadenburg bei Ribbes wurde der Gärtnereibesitzer Schoof verhaftet, der in seiner Eigenschaft als Verwalter des Hadenburger Vorstuf-, und Sparvereins im Laufe der letzten 7 Jahre etwa 20.000 M. unterschlagen und die von ihm geführten Bücher gefälscht hat. Schoof war Vorsitzender des Militärvereins und Vorstandsmitglied des Hadenburger Bürgervereins, dessen Hauptaufgabe die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist. Während also Schoof unentwegt Thron und Altar gegen den Ansturz der Sozialdemokratie schützte, stahl er wie ein Rabe. Ein wackerer Sozialist!

## Aus aller Welt.

### Aus Neu-Byzanz.

Einem dringenden Bedürfnis abgeholfen haben die guten Bürger des württembergischen Städtchens Mergentheim. Auf dem Gerlachshainer Turmberg wurde an der Stelle, an der der Kaiser, umgeben von einigen Bundesfürsten und den Vertretern der befreundeten Mächte, den Schluß des vorjährigen W. Kaisermandats

verfolgte, ein Gedenkstein eingeweiht. In der Feier waren etwa 300 Veteranen aus 80 Ortschaften, fast sämtliche Vereine von Lauda und Gerlachshaim, Vertreter des Militärvereins Laudaer-Blücher-Ordnung und anderer benachbarter Militärvereine, eine Abordnung des Mergentheimer Bataillons und viele andere Teilnehmer aus der Umgegend erschienen.

Durch den entfallenen Gedenkstein ist das Herrlich an der Lauber gelegene Städtchen um eine historische Sehenswürdigkeit reicher geworden.

### Die Cholera unter dem türkischen Militär.

Alle Bemühungen, der mörderischen Seuche in Konstantinopel Herr zu werden, sind bisher vergeblich gewesen. In den letzten Tagen sind unter den Mandvertruppen zahlreiche Erkrankungen vorgekommen. Nach Mitteilungen der Sanitätsbehörde an die Konsulate sind in der Zeit vom 28. Oktober bis 1. November unter den in Konstantinopel und Umgebung isolierten Truppen 80 Choleraerkrankungen vorgekommen. 11 sind bisher tödlich verlaufen.

### Von einem Aeroplan überfahren.

Auf dem Rakoser Flugfeld bei Budapest kam es bei Probefahrten der Aviatiker Reiter und Szakacs zu einem schweren Unglücksfall. Sie machten Anlaufproben und fuhrten dabei mit einer so großen Bewandigkeit, daß ein in der Nähe stehender 13jähriger Schulknabe nicht mehr ausweichen konnte und überfahren wurde. Das Kind erlitt so schwere Verletzungen, daß es bald nach der Entlieferung in das Krankenhaus starb.

### Schwere Explosion.

In einer Bleicherei und Appreturanstalt in Radensburg ist durch Explosion eines Kochessels ein Arbeiter getötet worden, drei Arbeiter schwer verletzt, einer davon lebensgefährlich. Die Fabrikräume wurden durch die Explosion vollständig zerstört.

### Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Erst jetzt ist in Petersburg die offizielle Statistik der Arbeiterunfälle für 1907 erschienen, die ein erschütterndes Bild der Schutzlosigkeit der russischen Arbeiter entrollt. Die Statistik bezieht sich bloß auf die 1,7 Millionen Arbeiter, die in den der Fabrikinspektion unterstellten industriellen Betrieben beschäftigt sind. Ausgenommen sind alle Arbeiter, die in Betrieben unter 200 Arbeitern, in den staatlichen Werkstätten, auf den Staatsbahnen, im Bergbau usw. beschäftigt sind. Trotzdem stellt sich die Zahl der registrierten Unfälle auf 84.800, von denen 11.700 mit vollständiger Verlust der Arbeitsfähigkeit endeten. Auf je 1000 Arbeiter in allen Betrieben entfallen 36,5 Unfälle. Diese Zahl wird aber in dem offiziellen Werkbericht als zu niedrig angegeben, da hierbei nicht in Betracht gezogen sei, daß z. B. die Juckerfabriken nicht das ganze Jahr, sondern bloß drei Monate in Betrieb seien. Die Höchzahl der Unfälle zeigt die Kaphtainindustrie, in welcher auf je 1000 Arbeiter 125,2 Unfälle kommen. An zweiter Stelle folgt die Metallindustrie mit 98,6 Unfällen. Aber auch diese Zahl ist zu niedrig angenommen, da in dem Berichtsjahr in der Metallindustrie die Zahl der Arbeitslose infolge der Betriebsbeschränkungen herabgesetzt wurden. Charakteristisch ist ferner die zunehmende Zahl von Unfällen bei Frauen. Während noch 1904 die Unfälle bei männlichen und weiblichen Arbeitern im Verhältnis von 4,2 zu 1 standen, ist dieses Verhältnis jetzt 8,4 zu 1. Diese Tatsache erklärt sich daraus, daß die Fabrikanten in den letzten Jahren in verstärktem Maße statt Männer Frauen eingestellt haben. Die Frauen müssen auch die schwersten Arbeiten ausführen und liefern in immer größerem Maße Invaliden des Kapitals.

Interessant ist die Gegenüberstellung, die in einem Petersburgischen Blatte aus Anlaß dieser Zahlen gemacht wird. Die 12 Proz. Unfälle, welche in der Kaphtainindustrie, und 1906 in der Metallindustrie registriert wurden, werden den 18,5 Proz. Verwundeten gleichgestellt, die die russische Donauarmee im russisch-türkischen Kriege aufzuweisen hatte.

### Kleine Notizen.

Beim Niederschreiten der Eisenbahngeleise wurden in der Nähe von Kassel zwei Zimmerleute, Vater und Sohn, von einer Maschine erfasst und überfahren. Der Vater, dem beide Beine und ein Arm abgefahren wurden, blieb tot auf dem Platze liegen. Sein Sohn wurde tödlich am Kopf und den Beinen verletzt.

Zwei Soldaten an Kohlenstaubvergiftung gestorben. Auf einem Gute bei Röhningen in Ostpreußen wurden zwei dort beschäftigte deutliche Soldaten des Allensteiner 148. Infanterieregiments in einem mit Kohlenstaub angefüllten Schlafraum bewußtlos aufgefunden. Die Gase sind einem schlecht schließenden Ofen entwichen. Beide Soldaten sind an den Folgen der Kohlenstaubvergiftung gestorben.

Durch Explosion brennender Gaslaternen wurden in Rixberg in der Pfalz in einem Friseurladen mehrere Personen schwer verletzt.

Mit der Fähr untergegangen. In Lagowitz in Böhmen ist gestern früh eine mit 30 Personen besetzte Fähr auf der angestrichenen Wolbau umgekippt. Drei Arbeiter der Wolbauer Juckerfabrik ertranken, die übrigen Insassen der Fähr wurden gerettet.

In einem Hotel in Brud an der Muhr hat der österreichische Oberleutnant Preschel seine Geliebte Hedwig Müller durch vier Revolverkugeln getötet und sich dann selbst durch einen Schuß in die Schläfe entleibt.

Die Pest in Lissabon. Im Arbeiterviertel Alfama wurden sieben Fälle von pestverdächtigen Erkrankungen festgestellt. Zwei Erkrankte sind gestorben. Die Regierung hat energische Schutzmaßnahmen gegen eine Weiterverbreitung der Seuche angeordnet.

### Briefkasten der Redaktion.

Die monatliche Berechnung der Wundenstrafe Nr. 60, born vier Treiben — A h e r u d l —, monatlich den 4., die 7., die 10., die 13., die 16., die 19., die 22., die 25., die 28., die 31., die 34., die 37., die 40., die 43., die 46., die 49., die 52., die 55., die 58., die 61., die 64., die 67., die 70., die 73., die 76., die 79., die 82., die 85., die 88., die 91., die 94., die 97., die 100., die 103., die 106., die 109., die 112., die 115., die 118., die 121., die 124., die 127., die 130., die 133., die 136., die 139., die 142., die 145., die 148., die 151., die 154., die 157., die 160., die 163., die 166., die 169., die 172., die 175., die 178., die 181., die 184., die 187., die 190., die 193., die 196., die 199., die 202., die 205., die 208., die 211., die 214., die 217., die 220., die 223., die 226., die 229., die 232., die 235., die 238., die 241., die 244., die 247., die 250., die 253., die 256., die 259., die 262., die 265., die 268., die 271., die 274., die 277., die 280., die 283., die 286., die 289., die 292., die 295., die 298., die 301., die 304., die 307., die 310., die 313., die 316., die 319., die 322., die 325., die 328., die 331., die 334., die 337., die 340., die 343., die 346., die 349., die 352., die 355., die 358., die 361., die 364., die 367., die 370., die 373., die 376., die 379., die 382., die 385., die 388., die 391., die 394., die 397., die 400., die 403., die 406., die 409., die 412., die 415., die 418., die 421., die 424., die 427., die 430., die 433., die 436., die 439., die 442., die 445., die 448., die 451., die 454., die 457., die 460., die 463., die 466., die 469., die 472., die 475., die 478., die 481., die 484., die 487., die 490., die 493., die 496., die 499., die 502., die 505., die 508., die 511., die 514., die 517., die 520., die 523., die 526., die 529., die 532., die 535., die 538., die 541., die 544., die 547., die 550., die 553., die 556., die 559., die 562., die 565., die 568., die 571., die 574., die 577., die 580., die 583., die 586., die 589., die 592., die 595., die 598., die 601., die 604., die 607., die 610., die 613., die 616., die 619., die 622., die 625., die 628., die 631., die 634., die 637., die 640., die 643., die 646., die 649., die 652., die 655., die 658., die 661., die 664., die 667., die 670., die 673., die 676., die 679., die 682., die 685., die 688., die 691., die 694., die 697., die 700., die 703., die 706., die 709., die 712., die 715., die 718., die 721., die 724., die 727., die 730., die 733., die 736., die 739., die 742., die 745., die 748., die 751., die 754., die 757., die 760., die 763., die 766., die 769., die 772., die 775., die 778., die 781., die 784., die 787., die 790., die 793., die 796., die 799., die 802., die 805., die 808., die 811., die 814., die 817., die 820., die 823., die 826., die 829., die 832., die 835., die 838., die 841., die 844., die 847., die 850., die 853., die 856., die 859., die 862., die 865., die 868., die 871., die 874., die 877., die 880., die 883., die 886., die 889., die 892., die 895., die 898., die 901., die 904., die 907., die 910., die 913., die 916., die 919., die 922., die 925., die 928., die 931., die 934., die 937., die 940., die 943., die 946., die 949., die 952., die 955., die 958., die 961., die 964., die 967., die 970., die 973., die 976., die 979., die 982., die 985., die 988., die 991., die 994., die 997., die 1000.

Rixdorf 372. Bei dem Umsturz, in dessen Bezirk der Chemnitzer Wunden hat, ist Schiedsgericht, und bei dem für die Wohnung der Frau zuständige Armenkommissionenordner die Erstellung eines Armutsgutachten zu beantragen. Nach Stillsitzen des Schiedsgerichts ist unter Überreichung des Schiedsprotokolls, des Armutsgutachten und der Primatursurkunde bei dem Landgericht die Bemüßigung des Armenrechts und Bestimmung eines Rechtsanwalts zu beantragen. — Nr. 66 und Nr. 84. Spiel- und Wetzger entscheiden wir nicht. — G. W. 444 und Wetzgerstraße 21. Ja. — Nr. 28. 1. Nein. Sie müssen aber sofort Einspruch erheben. 2. Nein, wenn es sich um eine Polizeistraf handelt. — C. U. G. 10. Wenden Sie sich an den Transportarbeiterverband, Engländer 15. — 21.303 Schulz. 37. Prozent. — Otto. Es ist zweifelhaft, die beschriebenen Krankheitswesen in die Aufrechnungsabrechnung nachtragen zu lassen. — U. B. 26. 1 bis 3. Ja. — W. R. 36. 1. Das ist nicht notwendig. 2. Vorher mit dem Standesbeamten. — W. G. 333. Nein. — Maria. Es liegt keine Versicherungspflicht vor, so lange kein Lohn gezahlt wird. — U. B. 731. Die Frage läßt sich erst dann beantworten, wenn wir den Rechtsgrund, aus dem die Forderung entstanden ist, kennen. Die Wohnung unterbricht die Verjährung nicht. — W. R. 41. Der Dienstvertrag ist nach Aushändigung des Dienstbuchs und des sogenannten Mietalters rechtlich. — U. B. 2. Dazu ist die Gemeinlichkeit nicht beizubringen. — W. R. 46. Der frühere Verleger ist nach Erstellung des Beschlusses zur sofortigen Räumung verpflichtet. Aus dem Beschlusse, nach welchem der Zuschlag erteilt ist, kann Zwangsversteigerung auf Räumung vorgenommen werden. — U. B. 371. Ja. Bei Abgrenzung ist aber kein Anspruch gegen durchführbar. — W. G. Ja. — W. R. G. Nein.

**C. 31.** Automatenfabrik ist um etwa 2%, fl. teurer. — **Brüssel 10** Felde sind zum Verkauf der Fortbildungsschule verpfändet. Die Anmeldungen haben die Geschäftsinhaber zu bewilligen. — **N. 101.** 1. und 2. Rein. Erfolgt Kündigung, so kann die Frau intervenieren. — **Water 5.** 50. Ja, da der Reichtum zur Zeit der Eheverbindung rechtlich unabhängig war. — **H.** Bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses. Die **Herrschaff** aber hat für die Kosten in der Regel bis zur Dauer von 6 Wochen. — **S. 36** Ed. 1. Rein. Der Vater kann aber den Austritt erklären. 2. u. 3. H. G. nicht. — **120 N.** Nur dann, wenn der Vater erwerbslos war, der Unterhalt der Kinder also von der Verstorbenen bestanden ist. — **Alter Abbonent 26.** 1. Das Amtsgericht Berlin-Mitte, Neue Friedrichstr. 12/13. 2. Bei demselben Gericht. 3. Ja. 4. Das läßt sich nicht voraussagen. Bei Erlass eines Verfügungsbeschlusses etwa 6 W. 5. Rein. Es müßte geladen werden, wenn die Zwangsversteigerung fruchtlos ist. 6. Etwa 1,50 W. — **Gift Voten 01.** Keine. Es kann aber der Heiratschein nachgefordert werden. — **G. 3. 101.** Die Armenverwaltung kann sich an den Gegenständen halten. Der Ehemann ist erbberechtigt. — **C. N. 20.** Ja. — **G. 3. 31.** 1. und 2. Die Tatsache, daß der Vater noch einen geringen Verdienst hat, ist kein ausreißender Grund zur Entziehung der Rente. Maßgebend sind ärztliche Gutachten über den Grad der Erwerbsunfähigkeit. 2. Um die Frage beantworten zu können, müßten wir noch wissen, in welchen Lohnklassen die Renten vermindert sind. — **G. 2. 51.** Stellen Sie durch Einsichtnahme ins Grundbuch, das beim Amtsgericht Berlin-Mitte geführt wird, fest, wer Eigentümer des Grundstücks ist; an diesen zahlen Sie. Sie können auch die Miete bei der Ministerial-, Militär- und Bankasse, Anwaltskanzlei 52, hinterlegen. — **Tetow G. M. 93.** Rein. — **G. 3. 39.** Wenn die Kinder getauft sind, muß der Austritt seitens des Vaters für dieselben besonders erklärt werden. — **W. 2. 1000.** Rein. — **H. G. 1868.** Fragen Sie bei der Heberelei an. — **S. G. 1.** und 2. Ja. — **G. R. 43.** Derartige Stiftungen bestehen. Ein Antrag ist an das städtische Stiftungsamt, Poststr. 16, zu richten. — **H. R. 18.** Wachsen Sie nachmal. Eine Beschwerde ist an den Finanzminister zu richten. — **W. S. Galische.** 1. Inneres Erbschaften ja. 2. Sie können gegen den

Wirt Strafantrag stellen. — **N. W. 21879.** Befragen Sie einen Antiquitätenhändler. — **N. 1.** 1. Ja. 2. Bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Erblasser seinen letzten Wohnsitz gehabt hat. 3. Innerhalb 30 Jahre. 4. Kostenlos. — **H. G. 2.** Die Frau kann bei dem zuständigen Amtsgericht den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Veräußerung der Sachen stellen. — **N. 300.** 1. Ja. 2. Bei der unteren Verwaltungsbehörde, in Berlin bei dem Magistratskommissar für Invalidenversicherung, Am Köpenicker Park 8. 3. Innerhalb eines Jahres. — **Hugo 100.** 1. Nur dann, wenn Dispens erteilt ist. 2. Rein. Es wird von Fall zu Fall entschieden. — **G. 15.** Fragen Sie bei der Aufsichtsbehörde, Stralauer Str. 8/6 an. Anmeldepflichtig ist übrigens der Geschäftsinhaber. — **H. P. 3.** Ihr jetziges sog. „Lampenfieber“, — nachdem Sie früher höher aufgetreten sind — kann nur auf Nervenerkrankung zurückzuführen sein. Wir raten, einen Nervenpezialarzt zu konsultieren.

**Witterungsbericht der städtischen Witterungs-Direktion über den Großhandel in den General-Handelsbörsen. Witterungsbericht:** Fleisch: Futur stark, Geschäft flau, Preise für Kalb- und Hammelfleisch nachgebend, Schweinefleisch anziehend. **Wid:** Futur genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. **Getreide:** Futur reichlich, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise behauptet. **Fische:** Futur reichlich, Geschäft (schleppend), Preise gedrückt. **Butter und Käse:** Geschäft flau, Preise wenig verändert. **Wemäze, Öhl und Sädfrüchte:** Futur genügend, Geschäft in Gemäße lebhaft, sonst flau, Preise wenig verändert.

**Witterungsbericht vom 3. November 1910, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometerr. (Höhe mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. W. (°C)	Stationen	Barometerr. (Höhe mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. W. (°C)
Zimmern	740	SW	1	bedeckt	5	Haparanda	754	D	2	bedeckt	-5
Danaburg	742	SW	5	Regen	4	Petersburg	751	DSD	2	Schnee	-5
Perla	742	SW	4	bedeckt	4	Scilla	746	SW	4	bedeckt	11
Frankfurt	747	SW	4	bedeckt	4	Aberdeen	747	SW	1	bedeckt	1
Wien	750	SW	5	wollig	2	Paris	750	SW	2	bedeckt	8
Wien	749	SW	4	bedeckt	2						

**Wetterprognose für Freitag, den 4. November 1910.**  
Stetlich kühl, vorwiegend trübe mit Regenfällen und frühen westlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 2. 11.	am 3. 11.	Wasserstand	am 2. 11.	am 3. 11.
Remel, Mühl	100	-2	Saale, Groditz	74	-1
Regel, Zerbau	30	+2	Saale, Spandau	68	-2
Regel, Tabor	32	+4	Saale, Rathenow	88	-2
Ober, Rathor	132	+8	Spree, Spremberg	84	0
Krofen	128	-3	Spree, Bestrom	146	-1
Frankfurt	141	-4	Elbe, Bränden	-93	+13
Barthe, Schrum	6	0	Elbe, Minden	-8	+17
Landenberg	-18	+1	Elbe, Rastow	350	+21
Regel, Borsum	-16	0	Elbe, Rastow	143	+2
Elbe, Leimitz	-4	+7	Elbe, Rastow	125	+1
Dresden	-132	-4	Elbe, Rastow	58	+18
Bartha	111	-5	Elbe, Rastow	130	+15
Magdeburg	102	-4	Elbe, Rastow	-	-

Die glückliche Geburt einer Tochter zeigen an  
**Dr. Benno Chajes u. Frau,**  
geb. Bernstein-Schattner,  
Martin-Luther-Str. 30, 3. 11. 10.  
Unserem Kollegen  
**August Müller**  
zu seinem 50jährigen Geburts-  
tage die besten Glückwünsche!  
Kollegen der Firma Schubert  
u. Worth, 16805

Unserem Genossen und  
Sangesbruder  
**Wilhelm Biänge nebst Braut**  
die besten Glückwünsche zur  
Verheiratung.  
Die Genossen und Sanges-  
brüder von Zernsdorf.

**Allgem. Kranken- u. Sterbekasse  
d. deutschen Drechsler**  
u. Berufs-  
genossen,  
G. S. 88, Verwaltungsbüro, Berlin O.  
Am 2. d. M. verstarb unser Mitglied  
**Karl Hoffmann.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
abend, den 6. Nov., nachm. 4 Uhr,  
von der Leichenhalle des Zentral-  
friedhofes in Friedrichshagen aus-  
statt. 292/10  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Sattler  
und Portefeuller.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Den Kollegen hiermit zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Leichner  
**Karl Löben**  
berühmt Apeisbaum u. Wochsner  
am 31. Oktober verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 6. November,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Kirchhofes in  
Friedrichshagen, Kirchstraße, aus-  
statt. 157/13  
Die Ortsverwaltung.

Durch Unglücksfall starb in der  
Sonabendnacht unser Kollege  
**Gustav Przybilski.**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 6. November nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Dömitz-Kirchhofes in  
Friedrichshagen aus statt. 168/13  
Wir werden ihm ein treues  
Andenken bewahren!  
Die Kollegen der Abteil. Falzerel  
Berliner Lokal-Anzeiger.

**Deutscher  
Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Wächter  
**Gustav Schulz**  
am 1. November im Alter von  
50 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 6. November, nach-  
mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
halle des städtischen Gemeindefriedhofes  
in Friedrichshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
22/3 Die Bezirksverwaltung.

**Danksagung.**  
Für die herzlichste Teilnahme bei  
der Beerdigung meines lieben Mannes,  
meines guten Vaters, folgen wir allen  
Freunden, Bekannten und Verwandten  
sowie den Kollegen des Zentral-Ver-  
bandes der Träger und dem sozial-  
demokratischen Wahlkreis zu Hildorf  
unseren besten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Witwe Regenberk und Kinder.**

**Reste**  
Damentücher, schwarz und  
farbig, Costumes-Stoffe, neueste  
Muster Trikot-Stoffe, Seiden-  
Plüsch, Sammet,  
Reide etc.  
Paletots,  
Jasquits, Regen-  
mäntel, Costumes und Costum-  
teile in großer Auswahl.  
**C. Pelz,**  
Kottbuserstr. 5.

**Zentralverband der Maurer Deutschlands.** Zweigverein Berlin.  
**Generalversammlung  
des Gesamt-Zweigvereins**  
am Sonntag, den 6. November er., vormittags 10 Uhr, in den „Germania-  
Prachtjälen“, Chausseestr. 110.  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal. 2. Die Verschmelzung des Zentral-  
verbandes der Maurer und des Zentralverbandes der Bauhilfsarbeiter. 3. Diskussion über  
die aufgestellten Kandidaten zu den kommenden Neuwahlen (Zweigvereinsvorstands-, Ausschuh-  
und Delegiertenwahl zur Gaukonferenz). 4. Vereinsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe kein Eintritt.  
Wir weisen zugleich darauf hin, daß die Neuwahlen in gemeinsamen Mitglieder-  
Versammlungen der Maurer, Putzer, der Mitglieder der Gips- u. Zementbranche,  
Fliesenleger, Backofenmaurer und Kunststeinversetzer sowie der Bauhilfs-  
arbeiter am Mittwoch, 16. November d. J. (Bußtag), vormittags 10 Uhr,  
in allen Bezirken und Zahlstellen stattfinden.  
Die Lokale werden durch Handzettel und „Vorwärts“-Anzeige bekanntgegeben.  
Der Vorstand.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsbüro Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Feilen-  
hauer  
**Gustav Mazat**  
am 1. November an Herzleiden  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 4. November, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Danke-Kirchhofes in der  
Pillnitzerstraße aus statt.  
124/18 Die Ortsverwaltung

**Berliner Arbeiter-  
Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeiter-  
Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.  
**Touren**  
zum Sonntag, 6. November.  
2. Abt.: 1 Uhr: Papenberge (Havel-  
schloß). Start: Fontane-Bromenstraße 18.  
3. Abt.: 1 Uhr: Hirschgarten. Start:  
Kottbuser Platz.  
4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Karlshorst (Häfen-  
bad). Abends bei Perlefont. Start:  
Kottbuser Platz.  
5. Abt.: 2 Uhr: Wilmersdorf. Start:  
Glysum.  
6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Kaulsdorf  
(Hohel). Start: Oberberger Str. 28.  
7. Abt.: 8 Uhr: Bechth. 1 Uhr: Bann-  
see. Start: Köppler Str. 8.  
8. Abt.: 1 1/2 Uhr: Pantofel (Giltort-  
straße 41). Start: Waldstr. 8.  
10. Abt.: 1 Uhr: Glände bei  
Hermesdorf („Zum Kronprinz“).  
Start: Beberstr. 6.  
Lichtenberg: 1 Uhr: Alt-Glände  
(Kroppens). Start: Harnstr. 74.

**Deutscher  
Holzarbeiter - Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15:  
Saal 4 (ArbeitslosenSaal):  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
**Einsetzer.**  
Montag, den 7. November, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14, Saal 4 (ArbeitslosenSaal):  
**Vertrauensmänner- und Vorversammlung  
zur Generalversammlung.**  
Sämtliche Delegierten müssen vertreten sein.  
**Vergolder.**  
Montag, den 7. November, abends 8 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Saal 4.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Kurt Liebknecht** über: Berufsfragen.  
2. Vorträge zur Generalversammlung. 3. Branchenversammlung.  
NB. Die Kollegen werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen. 93/19

**Reste**  
Damentücher, schwarz und  
farbig, Costumes-Stoffe, neueste  
Muster Trikot-Stoffe, Seiden-  
Plüsch, Sammet,  
Reide etc.  
Paletots,  
Jasquits, Regen-  
mäntel, Costumes und Costum-  
teile in großer Auswahl.  
**C. Pelz,**  
Kottbuserstr. 5.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau:  
Gof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Gof III. Amt 3, 1987.  
Sonntag, den 6. November, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
in Graumanns Festhällen, Raunynstr. 27:  
**Versammlung**  
aller in Schrauben-Fabriken  
beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Davidsohn** über: Ein Jahrhundert  
deutschen Humors. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Branchen-  
angelegenheiten.  
Nach der Versammlung:  
**Gemütliches Beisammensein.**  
Entree mit Tanz 15 Pf.  
Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß Metall-  
arbeiter-Notizkalender für 1911 a 60 Pf. bei den Be-  
zirkskassierern und im Bureau zu haben sind.  
124/17 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter - Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15:  
Saal 4 (ArbeitslosenSaal):  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
**Einsetzer.**  
Montag, den 7. November, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14, Saal 4 (ArbeitslosenSaal):  
**Vertrauensmänner- und Vorversammlung  
zur Generalversammlung.**  
Sämtliche Delegierten müssen vertreten sein.  
**Vergolder.**  
Montag, den 7. November, abends 8 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Saal 4.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Kurt Liebknecht** über: Berufsfragen.  
2. Vorträge zur Generalversammlung. 3. Branchenversammlung.  
NB. Die Kollegen werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen. 93/19

**Hammer und Amboß**  
20 Kottbuser Damm 20  
Spezialhaus  
für Arbeiter- und Berufs-Kleidung  
Hosen Joppen.

Soll Dein Heim recht sauber sein,  
Putz es mit „Humor“ allein.



**Humor**  
putzt alle Metalle sauber und geruchlos.  
Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an.  
Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

**Ohne jede Anzahlung**  
Pianos  
erstklassige Fabrikat  
(Final prämiert Staats-  
medaille) in allen Holz-  
und Silarten von  
wunderbarer Tonfülle.  
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,  
ohne jeden Preisaufschlag. 126/15  
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.  
Berlin, Ansbacher Str. 1  
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.  
Auch Sonntags geöffnet.

**Betrifft Herren**  
welche sich elegant kleiden und doch beim Einkauf sparen wollen.  
Wir empfehlen aus unserer Abtheilung fertige Herrenanzüge: Ge-  
genheitskäufe in Winterpaletots, Ulster und Anzügen. Diese  
Stücke sind zum Teil aus feinsten Materialien gefertigt (mit Stoppfäden,  
auch auf Seide gefüttert), für jeden Herrn passend am Lager, u. a. I  
Serie I Serie II Serie III Serie IV  
Winterpaletots 10.- 14.- 18.- 22.- etc.  
Ulster engl. Farben 12.- 16.- 20.- 24.-  
Jackett-Anzüge 11.- 15.- 18.- 24.-  
Gehrock-Anzüge 18.- 22.- 27.- 32.-  
Joppen von M. 6.- an Hochzeitsanzüge, Übergangspaletots, Helm-  
kleider, Gummimäntel etc. sehr preiswert  
Verleihung von Gesellschafts-Anzügen.  
**Abonnements-Haus Jägerstr. 11** G. m. b. H. in Laden  
zwischen Friedrich- und Kanonenstraße  
Verwand- und Abonnements-Abteilung, Sonntag 8-10, 12-2 Uhr geöffnet.

**Arbeiter-  
Bekleidung - Berufskleidung.**  
Größtes Spezialgeschäft.  
**Kohnen & Jöring,** Haupt-  
geschäft Alexanderstr. 12.  
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

Ergebnisse der Stadtverordnetenwahlen.

Rixdorf. Die Wahlen der dritten Abteilung hatten folgendes Resultat: 1. Bezirk: Bermuth 616, bürgerlicher Kandidat 7, gesplittet 2 Stimmen. Gewählt Bermuth (Soz.). 8. Bezirk: Thurov 844, bürgerl. Kand. 12, gespl. — Stimmen. Gewählt Thurov (Soz.). 7. Bezirk: Groger 607, bürgerl. Kand. 20, gespl. 1 („Walg“) Stimmen. Gewählt Groger (Soz.). 8. Bezirk: Heitmann 715, bürgerl. Kand. 53, gespl. — Stimmen. Gewählt Heitmann (Soz.). 10. Bezirk: Schuch 720, bürgerl. Kand. 24, gespl. — Stimmen. Gewählt Schuch (Soz.). 11. Bezirk: Boeske 822, bürgerl. Kand. 19, gespl. — Stimmen. Gewählt Boeske (Soz.). 14. Bezirk: Jden 765, bürgerl. Kand. 15, gespl. 2 Stimmen. Gewählt Jden (Soz.). 19. Bezirk: Polenske 802, bürgerl. Kand. 14, gespl. 2 Stimmen. Gewählt Polenske (Soz.). 22. Bezirk: Jaed 678, bürgerl. Kand. 16, gespl. 1 Stimme. Gewählt Jaed (Soz.). 24. Bezirk: Polenske 766, bürgerl. Kand. 12, gespl. — Stimmen. Gewählt Polenske (Soz.).

Wilmersdorf-Halensee. Bei der Stadtverordnetenwahl am Donnerstag haben unsere Parteigenossen in Gemeinschaft mit den Demokraten einen schönen Sieg über die Reaktion erlitten. Es sind im ersten Wahlgange gewählt worden zwei Sozialdemokraten und ein Demokrat. Ferner steht ein Demokrat in günstiger Stellung. Im einzelnen stellt sich das Resultat nach vorläufiger Zählung wie folgt: Im 1. Wahlbezirk Halensee erhielt der Demokrat Floe 146, der Freisinnige 77 und der Konservative 112 Stimmen. Mithin hat die Wahl stattgefunden zwischen dem Demokrat Floe und dem Konservativen.

Im 8. Wahlbezirk erhielt der Sozialdemokrat Schröder 438, der Bürgerliche 416 Stimmen. Mithin ist der Sozialdemokrat Schröder gewählt.

Im 9. Wahlbezirk erhielt Kiedel, Sozialdemokrat, 308, Lazarus, Demokrat 302 Stimmen. Die beiden Bürgerlichen hatten je 314 Stimmen. Kiedel und Lazarus sind mithin gewählt.

Im 10. Wahlbezirk siegte der Mich-Nach-Kandidat über den Demokrat. Der Demokrat Floe erhielt 334, der Bürgerliche Madle 601 Stimmen.

Charlottenburg. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen wurden im ersten Bezirk abgegeben: für unseren Genossen Wilhelm Richter 1236 Stimmen, für den liberalen Kandidaten 1126 Stimmen. Genosse Richter ist somit gewählt. Der Bezirk war bisher im Besitz der Gegner. Im fünften Bezirk wurde der liberale Kandidat, Fleischmeister Paschke, mit nur 8 Stimmen Majorität gewählt. Paschke erhielt 1164 Stimmen, während der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Gwald, 1146 Stimmen auf sich vereinigte. Der Bezirk war bisher durch einen Genossen vertreten.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Das Lokal Sebastiansstraße 39 ist in die Hände des Genossen Wille übergegangen und steht zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Segerfeld (P.-D.-S.). Das Lokal von Nikolai steht der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung und ist deshalb streng zu meiden. Auch wird versucht, in Arbeiterkreisen Theaterabende zum 6. November im obigen Lokale zu verkaufen, welche energisch zurückzuweisen sind.

Spandau. Das Lokal von Seig, Schützenstraße ist nach wie vor gesperrt. Die Lokalkommission!

Tempelhof. Heute Freitag findet im „Bühelimgarten“, Berliner Straße 9, der dritte Unterrichtsabend statt. Genosse Schütte erläutert das Erfurter Programm. Der Unterricht ist unentgeltlich.

Zehtendorf (Wannseebahn). Sonntag, den 6. d. M. findet von allen Bezirken eine sehr wichtige Flugblattverbreitung statt und werden die Genossen gebeten, morgens 8 Uhr pünktlich anzutreten. Der Vorstand.

Wannsee. Morgen Abend pünktlich 8 Uhr im „Fürstenthor“ öffentliche Versammlung. Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil spricht über: „Vollstreckung, Kaiserreden, Fleischwucher.“

Friedrichsfelde. Am Sonntag, den 6. November, vormittags 8 Uhr soll von Lokal des Genossen Sudbrin, Berliner Straße 68 aus eine Flugblattverbreitung über den dritten Bezirk zu Agitationszwecken stattfinden. Wir erwarten regste Beteiligung sämtlicher Parteigenossen.

Spandau. Heute Abend 8 1/2 Uhr findet im Lokale von Gottwald, Schönwalder Str. 80, eine öffentliche Protestversammlung statt. Tagesordnung: „Der Jarenbesuch in Potsdam und die Antirevolution“. Referent: Genossin Rosa Luxemburg.

Genossen und Genossinnen, sorgt für einen Massenbesuch dieser Versammlung, um einen wichtigen Protest gegen den Jarenbesuch zu erheben!

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

hatten in ihrer gestrigen Sitzung eine große Zahl von Stadtratswahlen vorzunehmen. Nicht weniger als acht unbeforderte Stadträte waren zu wählen, und alle acht Wahlen wurden hintereinander ausgeführt. Achtmal hintereinander vollzog sich die Verteilung der Stimmzettel, die Aufrufung der 144 Stadtverordneten in alphabetischer Reihenfolge, die Auszählung der abgegebenen Stimmen. Das umständliche Geschäft dauerte reichlich 2 1/2 Stunden und nahm so den größten Teil der ganzen Sitzung in Anspruch. In der Regel sind Stadtratswahlen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung etwas sehr Langweiliges, diesmal aber gab es eine Ueberraschung. Die Mehrheitsfraktionen hatten die sechs bisherigen Stadträte Mielenz, Kast, Kumschötte, Selberg, Wagner, Wiemer, deren Amtsdauer demnächst abläuft, neu aufgestellt. Außerdem wurden für Stadtrat v. Friedberg, der im Frühjahr gestorben ist, und für Stadtrat Weigert, der nicht wieder kandidierte, der Stadtverordnete Runge und ein Bankier Panofsky vorgeschlagen. Dem Stadtrat Kumschötte war indes von den linksstehenden Fraktionen des Freisinn der Stadtverordnete Breuß entgegengestellt worden, und auch die sozialdemokratische Fraktion unterstützte diese Kandidatur. Das Ergebnis war, daß auf Kumschötte nur 51 Stimmen, auf Breuß aber 63 Stimmen

fielen, so daß Breuß gewählt war. Die Verkündigung dieses gänzlich unerwarteten Resultates schlug ein wie eine Bombe. Die engeren Freunde des Siegers begrüßten seine Wahl mit stürmischen Bravoursen. Kumschötte's Sturz wurde mit einer Anspielung auf seine unruhige Tätigkeit in der Wasserwerksverwaltung von einem sozialdemokratischen Zwischenrufer untertrichen durch das Wort: „Eine Wasserleiche!“ Während Herr Breuß mit vergnügtem Gesicht Glückwünsche entgegennahm, malte Bestürzung sich auf den Gesichtern der Magistratsmitglieder. Auch Herr Cassel, dem Führer der Mehrheit, die diesmal Minderheit geworden war, sah man's an, wie nahe ihm die Niederlage ging. Und beinahe hätten die um Cassel und Runge es erlebt, daß auch Schlimmeres ihnen widerfahren wäre. Für mehrere der übrigen Wahlen wurde, zum Protest gegen die Auserkorenen der Mehrheit, von der sozialdemokratischen Fraktion unser Genosse Krons als Kandidat präsentiert. In drei Wahlen brachte er es nur auf 35, auf 34, auf 33 Stimmen, weil der Freisinn nicht mitmachte. Aber in der Neuwahl für den ausscheidenden Stadtrat Weigert fiel auf Krons, der hier auch von einem Teil der linksstehenden Freisinnstraktion unterstützt wurde, die anfängliche Zahl von 50 Stimmen. Der in weitesten Kreisen unbekannt Bankier Panofsky, den die Mehrheit vorschlug, erhielt 66 Stimmen. Herr Panofsky war somit gewählt, aber glänzend ist dieser Sieg wirklich nicht. Es fehlte nicht so sehr viel daran, daß hier — der Sozialdemokrat Sieger geblieben wäre! Ein Trost für die Mehrheitsfraktionen war's, daß wenigstens bei den übrigen sechs Wahlen für sie alles glatt ging. Wiedergewählt wurden die Stadträte Mielenz, Kast, Selberg, Wagner, Wiemer und neugewählt der Stadtverordnete Runge.

Eine schärfere Beaufsichtigung der Prostituierten in Berlin ist mit dem 1. d. Mts. in Kraft getreten. Das soll erreicht werden durch eine Vermehrung der Beamten. Die Oberaufsicht über die 3400 unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehenden Frauenpersonen hatten bisher zwei Kriminalkommissare. Da die Ueberwachung der dreizehn Berliner Kriminalbezirke große Schwierigkeiten mit sich brachte, ist die Zahl dieser Kommissare auf fünf vermehrt worden. Zweck der neuen Organisation soll auch ein besonderes Vorgehen mit der Kriminalpolizei sein, denn Sittenpolizei und Kriminalpolizei sind, da das Dienen- und Zuhälterwesen und auch das Verbrechertum oft in engstem Konnex stehen, gegenseitig aufeinander angewiesen. Die Zahl der heimlichen, bei der Sittenpolizei nicht eingetragenen Prostituierten ist natürlich viel größer als die der unter Kontrolle stehenden.

Eine Falschmünzerverstärkung ist von der Gendarmrie in Marienwerder am Sonntagabend entdeckt worden. Eine Frau Ide zu Marienwerder verlor wiederholt, bei Einkäufen ein falsches Zwanzigmarkstück in Zahlung zu geben, es gelang ihr aber nicht. Das broch sie nach und nach herum, und so erfuhr es auch die Gendarmrie. Diese nahm die Frau ins Gebet und erfuhr nun, daß sie das Falschstück von ihrer Tochter erhalten hatte, die mit einem Kreditler Hermann Krämer aus Marienwerder ein Verhältnis hat. Die Beobachtungen des jungen Mannes ergaben, daß er noch ein falsches Zwanzigmarkstück besaß. Weil seine Eltern in der letzten Zeit wiederholt an Leute, die bei den Arbeiten des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin beschäftigt waren, vermietet hatten, so fiel der Verdacht auf, daß der Falschmünzer in diesen Kreisen zu suchen sei. Eine Durchsuchung der Krämerischen Wohnung bestätigte die Vermutung. In einem Ofen fand die Kriminalpolizei Schmelz- und Gießgeräte und Formen zur Herstellung von Zwanzigmarkstücken, und ein umfangreicher Briefwechsel, der beschlagnahmt wurde, zeigte, daß Hermann Krämer mit einem früheren Kanalarbeiter in Verbindung stand und ihm bei der Falschmünzerei und dem Abzug des falschen Geldes geholfen hatte. Der Kanalarbeiter hatte für 1600 R. Zwanzigmarkstücke angefertigt und mit dem größten Teil Marienwerder verschickt. Er wollte erst nach Abzug dieser Falschstücke zurückkehren. Bis dahin sollten die Geräte in dem Ofen versteckt bleiben. Hermann Krämer wurde dem Amtsgericht zu Eberwalde eingeliefert, die Geräte wurden beschlagnahmt.

Selbstmord eines Schuymannes. Auf der Wache erschossen hat sich vorgestern Abend um 11 Uhr der 33 Jahre alte Schuymann Emil Baag, der als Junggelehrter in der Löwestr. 4 wohnte und dem 20. Revier angehörte. Baag war seit einiger Zeit trübsinnig und fürchtete wegen eines Gehirnlidens geisteskrank zu werden. Er war auch schon einmal eine Zeitlang in der Charité in ärztlicher Behandlung. Gestern Abend hörten seine Kameraden in dem Wochraum der Revierwache in der Magazinstrasse einen Schuß fallen und fanden Baag tot auf dem Fußboden liegen. Er hatte sich mit seiner Dienstpistole eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen.

Vermutend ist, daß der Mann, der seit einiger Zeit trübsinnig gewesen sein soll, Dienst verrichtete.

Von der am Schloß Bellevue aus der Spree gelandeten Frauenleiche sind gestern daktyloskopische Aufnahmen gemacht worden, die abermals gut gelungen sind und an alle größeren Polizeibehörden versandt werden sollen. Ferner ist der Leichnam gestern mit Röntgenstrahlen durchleuchtet worden, um eventuelle Knochenbrüche feststellen zu können, die vielleicht auch zur Identifizierung der Toten beitragen könnten. Endlich sollten gestern der Oberregierungsrat Hoppe, die Kriminalkommissare Peters und Walter sowie mehrere Kriminalbeamte eine Besognungsreise auf der Spree unternehmen und genau die Plätze besichtigen, von denen aus die Leiche ins Wasser geworfen sein könnte. Die Nachricht, daß das 27 Jahre alte Kindermädchen Luise Große mit der Toten identisch ist, kann schon deshalb nicht richtig sein, weil die Tote keinesfalls über zwanzig Jahre alt sei.

Zur Aufklärung des Leichensandes an der Lutherbrücke verfolgt die Rixdorfer Kriminalpolizei eine Spur, nach der die Tote ein 26 Jahre altes aus Mählen in Sachsen gebürtiges Dienstmädchen Luise Großer sein soll. Vier Personen wollen sie bestimmt erkennen. Luise Großer diente von 1901 bis 1906 in Rixdorf, dann war sie Pflegerin in der Jrenanstalt Dalldorf und zuletzt diente sie wieder in der Friedrichstraße zu Berlin.

Ueber einen schaurigen Fund berichteten wir gestern aus Tempelhof. Die angelegte Kindesleiche ist unterdessen obduziert worden mit dem Ergebnis, daß das Kind erdrosselt worden ist. Der Täter hat dann versucht, die Leiche zu verbrennen, davon wohl aber Abstand genommen, weil er fürchtete, sich durch den Brandgeruch zu verraten. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei sah ein Schlächtergesele, wie ein Mann das Paket, in dem die Leiche gefunden wurde, in den Flur des Hauses Ringbahnstraße 60 hineinwarf, sofort wieder herauskam und weiter ging. Der Geselle hob das Paket gleich auf, öffnete es und entdeckte die kleine Leiche, die an den Beinen stark verfault war. Eine Frau, die die Straße entlang ging, sah den Mann auch. Nach übereinstimmender Beschreibung trug er eine blaue Schirmmütze und einen abgetragenen Ueberzieher. Das Paket hatte er unter dem Arm. Die äußere Hülle bildete hellgelbes, fast neues Packpapier, eine neue Schnur hielt das Paket zusammen. Wie leicht ist der Mann, weil die Hundstulle in der Nähe der Bahn liegt, aus Berlin oder von außerhalb gekommen.

Eine Konfirmationsverweigerung,

die bei den Herbstkonfirmationen vorgekommen ist, wird uns nachträglich bekannt. Sie erhebt sich aus besonderer Erwägung wert in dieser Zeit der Massenflucht aus der Kirche, wo zum Entsetzen der Pastoren nicht nur die Reihen der erwachsenen Kirchmitglieder sich immer mehr lichten, sondern auch der durch Taufen und Konfirmationen zu gewinnende Nachwuchs merklich geringer wird.

In der Melanchthon-Gemeinde hatte ein Ehepaar den Wunsch gehabt, einen der Schulentlassung entgegengehenden Sohn konfirmieren zu lassen, obwohl er nicht getauft worden war. Der Anabe wurde zum Konfirmationsunterricht angenommen, doch wurde selbstverständlich die Bedingung gestellt, daß die Taufe baldmöglichst nachzuholen sei. Diese wurde schließlich erst kurz vor dem Termin vollzogen, an dem eigentlich die Konfirmation des Jungen zu erwarten gewesen wäre. Doch an der Kürze des Zeitabstandes zwischen Taufe und Konfirmation jemand Anstoß nehmen könnte, kam den Eltern nicht in den Sinn. Sie zweifeln nicht daran, daß ihrem Sohne mit seiner Entlassung aus der Schule zugleich von der Kirche die Konfirmation gewährt werden würde. Der Junge brachte auch eines Tages die Mitteilung nach Hause, jeder Konfirmand solle für die bevorstehende Konfirmation zu den Kosten der Kirchengemeinschaft einen Beitrag von 30 Pfennig leisten. Da aber in der Familie acht Kinder sind und bei den Eltern die Groschen nicht so locker liegen, so erklärte die Mutter, sie gebe nichts dazu. Plötzlich kam die Nachricht, der Junge solle nicht konfirmiert werden. Ueber den Grund äußerte sich der Pfarrer Steiniger in dem folgenden Brief:

„Geehrte Frau! Zu meinem herzlichen Bedauern bin ich gezwungen, Ihnen mitzuteilen, daß ich Ihren Sohn Max jetzt noch nicht konfirmieren kann, weil er den Konfirmationsunterricht erfolglos besucht hat, ich auch in keiner Weise zu hoffen wage, daß er halten wird, was er bei der Konfirmation versprochen soll. Ich bitte Sie, ihn bis Ostern 1911 den Unterricht besuchen zu lassen. Ergebenst Steiniger, Pfarrer.“

Zu diesem Brief schüttelten die Eltern verwundert den Kopf. Offen gestanden: ein bißchen verwunderlich kommt er auch uns vor. Wenn alle diejenigen Konfirmanden zurückgestellt würden, die nicht halten werden, was sie bei der Konfirmation versprochen wollten! Ach, wie wenige würden da übrig bleiben, wie wenige jemals zur Konfirmation gelangen! Aber die meisten Pastoren sind in diesem Punkt hoffnungsfreudiger und wagemutiger, als der Herr Pfarrer Steiniger es ist. Sie konfirmieren Jahr um Jahr Hunderte von Kindern, an denen sie es dann erleben müssen, daß für sie die Konfirmation nicht der eigentliche Eintritt in die Kirche, sondern der — Abschied von ihr war. Pfarrer Steiniger soll übrigens auch über die Frigilität, mit der der eben erst getaufte Max nun auch sogleich konfirmiert werden wollte, gegenüber diesem eine mißbilligende Äußerung getan haben. Wir wollen sie hier in dem uns mitgeteilten Wortlaut nicht wiedergeben, weil die Form so sonderbar ist, daß wir nur annehmen können, der Junge habe sich verkehrt.

Die Bitte des Pfarrers, den Jungen noch weiter den Konfirmandenunterricht beizubringen zu lassen, ist von den Eltern nicht erfüllt worden. Sie haben ihren Sohn, nachdem er aus der Schule entlassen worden war, einem erwerbenden Beruf zugeführt und verzichten nunmehr auf die Nachholung der verweigerter Konfirmation. Dieser Verzicht ist ihnen um so leichter geworden, da sie inzwischen bei tüchtler Ueberlegung zu der Einsicht gelangt waren, daß sie wirklich keinen vernünftigen Grund gehabt hatten, ihren so lange ungetauft gebliebenen Sohn konfirmieren zu lassen.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich am gestrigen Donnerstag nachmittag gegen 1/3 Uhr in der Alexanderstraße ereignet. Dort verlor vor dem Hause Nr. 49 die 45jährige Frau Emma Kettner aus der Seestr. 86 unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 73 über die Weile zu laufen, wurde jedoch umgestoßen und geriet unter den Vorderperron des Motorwagens. Die Verunglückte wurde in bestimmungslosem Zustande nach der Unfallstation in der Reibelsstraße gebracht, wo eine schwere Brustquetschung und mehrere Rippenbrüche, sowie innere Verletzungen festgestellt wurden. Kurz nach ihrer Einlieferung verstarb Frau K. unter den Händen der Ärzte. Die Leiche wurde nach dem Schauhause überführt. Nach der Aussage von Augenzeugen trifft den Führer des Straßenbahnwagens an dem bedauerlichen Unglücksfall keine Schuld.

Der Circus Busch bringt neben der Pantomime ein auch sonst reichhaltiges und abwechslungsreiches Programm. Als ausgezeichnete Schulleiter zeigten sich Herr Alfred Ott und Fraulein v. Dynar. Außerdem wären zu erwähnen die Fredianis Reiterfamilie mit ihrem gehortigten Doppelsaltomobile zu Pferde, dann die bekannte Kabarettfamilie Klein, mit ihrem ukonischen kleinen Regier. Die Hauptattraktion des Abends bildete Herr und Frau Direktor Althoff, welche große Anzahl von gutgeputzten Freiheitssperden vorführten. Es war hochinteressant zu sehen, wie die Vierfüßler auf jeden Wink ihres Herrn parierten; ein selten schöner Anblick war es, als 42 Pferde zu gleicher Zeit auf ein Kommando auf die Hinterläufe in die Höhe stiegen, was Herrn und Frau Direktor Althoff stürmischen Applaus einbrachte.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Achtung, Wähler der zweiten Abteilung!

Heute Freitag, finden in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends die Stadtverordnetenwahlen für die zweite Wählerabteilung statt. Die Wogner arbeiten mit den elendesten Mitteln, weshalb der Kampf mit aller Energie geführt werden muß. Die gemeinsam von den Sozialdemokraten und Demokraten aufgestellten Kandidaten sind die folgenden:

- Nordbezirk: Ergänzungswahlen: Erich Dvick, Ingenieur, Kaiser-Friedrich-Straße 198, August Dominico, Eigentümer, Steinmehlst. 67. Ersatzwahl: Leonhard Löwenthal, Kaufmann, Ränchener Straße 16. Wahllokal: Friedrich Reubauer, Kaiser-Friedrich-Straße 230/31. Schlepplokal: Gemmeder, Kaiser-Friedrichstr. 232/33. Südbezirk: Ergänzungswahlen: Hermann Kähmann, Klempnermeister, Rierstr. 23, August Dominico, Eigentümer, Steinmehlst. 67. Wahllokal: Deutsches Wirtschaftshaus, Bergstr. 188/187. Schlepplokal: Bülke, Bergstr. 24. Südbezirk: Ergänzungswahlen: Max Koff, Buchdrucker, Laubstr. 9, Gustav Jeymeisel, Deutereibesitzer, Hermannstr. 178. Ersatzwahlen: Wilhelm Schuch, Maurermeister, Rierstr. 3; Karl Koff, Expediteur, Seidower Str. 15/16. Wahllokal: Turnhalle der Oberschule, Emsler Straße 183/187. Schlepplokal: Bauer, Kirchhoffstr. 13. Westbezirk: Ergänzungswahlen: Adolf Schulze, Zimmermeister, Weisstr. 23; Paul Fischer, Korngartenstr. 16. Wahllokal: Ausschank der Vereinsbrauerei, Hermannstr. 214/219. Schlepplokal: Hoppe, Hermannstr. 49. Das Zentralwahlbureau befindet sich bei Hoppe, Hermannstr. 48/49.

Eine antisemitische Erklärung.

Der Rixdorfer Antisemitenhüpfel Paul Walz erfucht uns auf Grund des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung: In der Nr. 258 des „Vorwärts“ befindet sich ein Verammlungsbericht unter der Spitzmarke „Rixdorf“, der unwahre Angaben über mich enthält. 1. Es ist unwahr, daß ich die „deutschnationale Handlungsgehilfen Groß-Berlins“ zu der besprochenen Verammlung eingeladen habe. Wahr ist, daß Einladungen an deutschnationale Handlungsgehilfen überhaupt nicht versandt wurden. 2. Es ist unwahr, daß ich mich durch Beschimpfung der Sozialdemokraten hervorgetan und sie als „grüne Jungen“ und „Landsudben“ bezeichnet habe. Wahr ist, daß mir aus der Verammlung heraus derartige Anwürfe gemacht worden sind. Paul Walz.

Wir drucken diese Berichtigung um so lieber ab, als aus derselben hervorgeht, daß Herr Walz vor lauter Eifer Dinge berichtet, die von uns nicht behauptet wurden. Mit keinem Wort steht geschrieben, daß Herr Walz die deutschnationalen Handlungsgehilfen eingeladen habe. Behauptet haben wir lediglich, daß dieselben zum Erscheinen aufgefordert wurden, ohne einen Namen zu nennen. Das wäre auch Herrn Walz nicht entgangen, wenn ihm nicht die Angst vor einem Durchfall völlig die Besinnung geraubt hätte. Woher Herr Walz weiß, daß Einladungen an deutschnationale Handlungsgehilfen überhaupt nicht versandt wurden, ist uns nicht klar. Oder ist dieser „bekannte Kommunalpolitiker“ allwissend? Daß Herr Walz jetzt bestreitet, die Ausdrücke „grüne Jungen“ und „Landsudben“ gegenüber Sozialdemokraten gebraucht zu haben, kennzeichnet erneut seine Wahrheitsliebe oder seine Gedächtnisschwäche. Aus der Verammlung sind diese Ausdrücke in der Abwehr gegen seine Beschimpfungen nur wiederholt worden. Im übrigen sind wir ganz mit den Ausführungen des Herrn Oberst a. D. Gädde einverstanden, der in der Verammlung über Herrn Walz sagte: „Die Wölfe und wirr muß es in dem Schädel des Herrn Walz ansprechen!“

Hoffentlich sorgen die Wähler der zweiten Klasse heute dafür, daß der Antisemit Walz, über den in letzter Zeit schon viel zu viel gesprochen werden mußte, wieder in der Verfassung verschwindet.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag 11 Uhr im Betriebe der Rixdorfer Gasanstalt. Dort stürzte ein Arbeiter, der in einem großen Gasbehälter auf einem Gerüst arbeitete, ab und erlitt schwere innere Verletzungen. Es erregte allgemeine Entrüstung, daß der Verunglückte eine volle Stunde liegen blieb, ehe der Krankenwagen erschien und den Verletzten fortzuschaffte.

Charlottenburg.

Am Sonntag, den 6. November, abends 8 Uhr, findet im Kaiser-Friedrich-Festsaal (Gymnasium), Knefelerstr. 24, am Savignypfad, ein vollständiger Kunstabend der Stadt Charlottenburg statt. Marie v. Ebner-Eschenbach, ihr Leben und ihr Werk. Vortrag: Herr Schriftsteller Konrad Döring. Rezitationen: Herr Dr. G. Wang, Hl. Marg. Frankenstein. Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen sind zu haben bei Weidzeit, Knefelerstr. 3; Will, Kirchstr. 30 und beim Kassierer Wilh. Ahrens, Hälleserstr. 10b. Die Gewerkschaftskommission.

Schöneberg.

Anlässlich des Ablebens des Oberbürgermeisters Wilde versammelten sich am Mittwochabend die Stadtverordneten zu einer außerordentlichen Sitzung. Bürgermeister Blankenstein widmete dem Verstorbenen warme Worte der Anerkennung seines Wirkens im Interesse der Entwicklung der Stadt. Nach dem Bürgermeister nahm der Stadtverordnetenvorsteher Genosse Molkenbush das Wort. In seinem Nachruf betonte er besonders, daß Oberbürgermeister Wilde stets an der Spitze gestanden habe, wenn es sich darum handelte, Gutes für die Stadt zu schaffen. Es wurde noch einstimmig beschlossen, die Beerdigung auf Kosten der Stadt zu übernehmen. Die Trauerfeier für den Verstorbenen findet am Sonnabendnachmittag 2 1/2 Uhr in der Aula der Hohenzollernschule, Eisenacher, Ecke Velziger Straße, statt. Von dort aus erfolgt die Beerdigung auf dem städtischen Friedhofe in der Magistraße.

Kapellmeister Edmund v. Strauß ist zum Schöneberger Deputierten und Mitglied der Deputation für Volkserhaltungswesen gewählt worden.

Wilmerödorf.

Die Stadtverordnetenwahlen für die zweite Wählerabteilung finden heute, Freitag, statt. Nach den Vereinbarungen mit den Demokraten stimmen die sozialdemokratischen Wähler der zweiten Abteilung für die Kandidaten der demokratischen Vereinigung. Es sind dies: im 3. Wahlbezirk Kaufmann Otto Danff, Rosenstr. 56; im 4. Wahlbezirk Subdirektor B. Salomon, Holzsteinische Straße 24.

Steglitz-Friedenau.

Eine Lobbewegung auf dem Rathaus. Vor längerer Zeit war in Gemeindevorsteherkreisen aus unbekannter Veranlassung der schon Plan aufgetauchte, aus Gemeindevorsteher als Villa zu erbauen und sie dem Gemeindevorsteher als „Residenz“ zu überlassen. Die ausgestreuten Fäbter stehen jedoch fast überall auf Widerspruch, und deshalb verfiel das Projekt in der Verfassung. Die einmal erwachte „Begehrlichkeit“ nach bezugreichem und vereinfachtem Gemüß der Väter dieser Erde, die den Arbeitern immer zu vererbelt wird, scheint jetzt von neuem einfach zu sein. Jemand wer hat das Gerücht kopiert, daß Steglitz ein unerklärlicher Verlust drohe, denn der Gemeindevorsteher habe sich um eine bessere Stelle beworben. Mit einer Zulage von einigen tausend Mark lässe sich dieses färedliche Uebel abwenden. In der Bürgerkassette läßt man zwar verständnisvoll über die Drohung, denn in weiten Kreisen herrscht die Meinung, daß Herr Wuhrow schon längst nicht mehr den Ansprüchen genügt, die man an den ersten Beamten eines Ortes mit über 60000 Einwohner stellen muß. Aber man weiß auch an einem Beispiel, wie die Sache gemacht wird. Vor ungefähr drei Jahren erst bewilligte die Hausbesitzermehrheit in gebührender Sitzung eine Zulage von 3000 M. und man muß erwarten, daß auch diesmal die Sache so gemacht wird. Deshalb halten wir es im Interesse der Bürgerschaft für geboten, von dem Gerücht Notiz zu nehmen, damit nicht wieder im geheimen Gehalts-erhöhungen bewilligt werden, die von den Steuerzahlern zwar bezahlt werden müssen, aber nicht gebilligt werden. Die Lohnbewegung soll sich überdies auch noch auf einige andere höhere Gemeindebeamte erstrecken. Die sonst immer gepredigte Rücksichtnahme auf die Gemeindefinanzen scheint in diesem Falle beiseite geschoben zu sein.

Nieder-Schönhausen-Nordend.

Aus der Gemeindevorstellung. Die Klage des Herrn Finitz über den Streichung seines Namens aus der Gemeindevorsteherliste ist auch in der zweiten Instanz vom Bezirksausschuß zurückgewiesen worden. Der Erlaß einer abgeänderten Umfahsteuerordnung machte sich notwendig, weil die im Wortlaut gleiche Ordnung der Stadt Schöneberg vom Oberverwaltungsgericht abgelehnt worden ist. Materialische Veränderungen enthält die neue Ordnung nicht, neu ist nur die Vorschrift, daß Realgeschäfte im Grundbuchhandel ohne Auflassung erst nach Ablauf eines Jahres zur Steuer herangezogen werden können. Für den Erwerb eines Grundstücks in der Waldstraße, der Bauerngenossenschaft gehörig, wurden 6000 M. bewilligt.

Die Mittel sollen vorläufig aus dem Pfaffenfonds der Schloßallee entnommen werden.

Christentum, Kirche und Sozialdemokratie laubete das Thema einer überfüllten öffentlichen Verammlung im „Schwarzen Adler“, in der Genosse Unger referierte. In 1 1/2 stündigem Vortrage entledigte sich der Referent in temperamentsvoller Weise seiner Aufgabe. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Genosse Buchweiz ein Schreiben vom Pfarrer Collin zur Verlesung, in dem dieser mitteilt, daß er prinzipiell keine sozialdemokratische Verammlung besuche. Es ist dies derselbe Herr, der in einem Hiesigen, alle 10 Tage erscheinenden Blättchen in der bekannten Reichsverbandsmantel die Sozialdemokratie und die freie Jugendbewegung be-lämpft. Pfarrer Fang auf, der als erster Diskussionsredner zum Worte kam, sagte unter anderem, daß er die Arbeiter am liebsten habe. Auch verteidigte er seine Gemeinde nicht auf das Jenst, sondern er wünschte, daß ein jeder schon das Paradies auf Erden habe. Sein Gott wohne nicht dort „Oben“, sondern hier unten im Herzen. Mit den Worten „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ habe er die Hammerschläge bei der Grundsteinlegung des Rathauses begleitet. — Ein Herr Eigenstein, an-sehender Mitglied der Inneren Mission, hob die großen Verdienste — Vobelschwinds herbor, was natürlich bei den Versammelten nur ein verständnisvolles Lächeln hervorrief. Es war dem Genossen Unger ein leichtes, den Diskussionsrednern auf einige „historische Irrtümer, die ihm unterlaufen sein — sollten, die gehörige Antwort zu geben. —

Wilhelmsruh.

In der letzten Mitgliederverammlung des hiesigen Wahlvereins im Lokal von Barth sprach Genosse Hermann Schulz über das Thema: „Darwin oder Moses“. In anderthalbstündigem Vortrage behandelte der Referent an der Hand reichhaltigen Materials die Entstehung unserer heutigen Religion und die Widersprüche, die sich in derselben befinden, den Darwinismus und seine Lehren. Zum Schluß forderte der Redner zum Austritt der Kirche auf. Reicher Beifall lohnte den Redner. Unter Vereinsangelegenheiten werden die Genossen Lieg und Worzeck zur Kreiskonferenz delegiert.

Weißensee.

Aus der Gemeindevorstellung. Die Diakonissenstation des Vaterländischen Frauenvereins forderte eine Erhöhung ihrer jährlichen Subvention aus dem Grunde, weil sie ihr Domizil aus den von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Räumen verlegt und dadurch die Gemeinde Miete, Heizung und Beleuchtung spart. Der Referent Schiffe Nothe empfahl eine Erhöhung von 200 M. und wies insbesondere darauf hin, daß die Lebensmittelpreise gestiegen sind und auch die freiwilligen Beiträge ganz bedeutend nachgelassen haben. Die Finanzkommission empfahl jedoch nur 100 M. zu bewilligen; dieser Antrag wurde angenommen. Unsere Genossen enthielten sich der Abstimmung. Die in Vereins-händen befindliche Volksbibliothek forderte eine außerordentliche Beihilfe von 500 M. Von unseren Genossen wurde angeregt, endlich daran zu gehen, von Gemeinde wegen eine Bibliothek zu errichten, um der ewigen Vetelei ein Ende zu machen und auch das Aufsicht-recht über das Bildungsinstitut ausüben zu können. Ein Antrag, diese 500 M. abzulehnen, wurde mit einer kleinen Mehrheit angenommen. Zu Vorsitzenden des Gewerbegerichts wurden die Herren Dr. K. La m-roth, Konig und Looimann wiedergewählt. Einigen zur Sprache gebrachten Mängeln sollen nach Möglichkeit abgeholfen werden. Mehrere Bürgersteigerregulierungen auf der Königsallee, Sedanstraße und Weidenburgstraße wurden beschlossen und die Kosten bewilligt. In der geheimen Sitzung wurde ohne große Debatte ein Nachtrag zur Umfah- und Wertwachsteuerordnung angenommen. Da das Oberverwaltungsgericht eine gleichlautende Ordnung von Schöneberg für ungültig erklärt hatte, mußte das bestehende Statut geändert werden. Es folgte noch eine längere Debatte über die trostlosen Zustände der Weißwälder Straße. Es wurde beschlossen, ein Abänderungsgeßuch an den Berliner Magistrat zu richten.

Ober-Schöneweide.

Der ungewählte Schiffe Herwig wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung mit einer Rede des Gemeindevorsteher in sein Amt eingeführt. In der Rede war viel zu hören von willenskräftigen Charakteren, die, unbekümmert um die Menge, stark nach oben und unten ihre Pflicht tun. Schon bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung zeigte sich der Wille oder die Fähigkeit, auch nach oben stark zu sein. Bei der Wahl eines Mitgliedes für die Schuldeputation und für das Kuratorium für höhere Schulen schlugen unsere Vertreter den Genossen Grunow vor. Darob entspann sich eine lebhaft Debatte, in der sämtliche bürgerlichen Redner sich gegen den Vorschlag wandten. Vießfach mit der Begründung, daß im Falle der Wahl eine Verstärkung der Regierung betragt würde. Genosse Ruch führte den Herren den Widerspruch zwischen ihren Worten und Taten treffend vor Augen. Das Kuratorium der höheren Mädchenschule habe überdies schon einmal gezeigt, was Weisheit und seine Mitglieder sind, als es ein Mädchen von der Schule entfernte, das an der Kaiser-Geburtstagsfeier nicht teilnahm. Herr Feldmann hob natürlich wieder den Vogel ab, indem er meinte: Das betreffende Kind hätte um deswillen schon doppelt dankbar sein müssen, weil es eine Frei-stelle inne hatte. Für die Wahl des Genossen Grunow stimmten nur unsere Genossen; gewählt wurde Herr Rabellig. Mitgeteilt wurde noch, daß für die Volksbibliothek ein neuer Katalog hergestellt sei. In gebührender Sitzung wurde eine neue Fassung der Umfah- und Wertwachsteuer beschlossen.

Am Sonnabend, den 5. November, veranstaltete der Wahlverein im Lokal Koerner's Blumenarten ein „Wingerfest“. Vom Verein sowie vom Inhaber des Lokals ist alles ausgeben worden, um den Teilnehmern ein wirkliches Amüsament zu bieten. Der große Saal des Etablissements ist dem Charakter des Festes entsprechend von schmuckvoller Seite in seiner Gesamtausstattung dekoriert worden. Um die aufgewendete Mühe zu lohnen, ist in Anbetracht des überaus billigen Eintrittsgeldes (25 Pf. inkl. Tanz) eine regen Beteiligung der Mitglieder des Vereins und seiner Gäste erfolgt.

Neuenhagen (Ostbahn).

Aus der Gemeindevorstellung. Bei der Beratung eines Ortsstatuts über die Erhebung von Beiträgen zu den Kosten für Straßen- und Bürgersteigerregulierungen zeigten sich fast alle bürgerlichen Vertreter im heftigen Lichte der Interessenspolitik. Mit Ausnahme unserer Vertreter und des Herrn Ammon vom Grundbesitzerverein witterte man ganz unndig zu große Verlastung des Grundbesides und strich wertvolle, für die spätere Entwicklung des Ortes eminent wichtige Paragraphen der Vorlage, die dann in so veränderter, aber nicht verbesserter Form angenommen wurde. Eine neue Umfahsteuerordnung, jedoch mit den alten Erhebungsätzen, wurde angenommen; diese Ordnung trägt den neueren Verhältnisse Rechnung. Nach Auf-laffung von im Winklerischen Parzellierungssteroin belegenen Wegeparzellen wurde die Pfästung der Schmidtstraße und des Verbindungsstücks der Dorfstraße beschlossen. Der Allgemeinen Bau- und Anstaltengesellschaft m. b. H. wurde die Schmutzplananlage bei den Hellföhlen unter folgenden Bedingungen genehmigt: Die Anlage ist binnen einem Jahre laut Zeichnung herzustellen, 5 Jahre in gutem Zustande zu unterhalten und dann der Gemeinde kostenlos zu überlassen. Das Anerbieten Lichtenbergs wegen Versorgung mit Gas in Unterhandlung zu treten, wurde abgelehnt; dagegen die Gründung eines Zweverbandes mit den umliegenden Orten in Erwägung gezogen. Zum Schluß wurde der Gemeindevorsteher beauftragt, mit dem Kreis wegen Übernahme des im Gemeinbezirk belegenen Teiles der Chaussee Friedrichshagen-Ahrensstraße (Neuenhagener Allee) in Unterhandlung zu treten. Die Unfähigkeit, die Gefährdung durch die Rennpferde und die damit verbundene Lebensgefahr erfordert den Ausbau dieser Chaussee und die Anlage eines Bürgersteiges.

Bohusdorf.

In einer außerordentlichen Mitgliederverammlung des Wahlvereins erstattete der Genosse Heinrich den Bericht vom Parteitag. Bezüglich des von der Mehrheit des Parteitages angenommenen Antrages Haase-Rubell meint Redner, man hätte, wollte man nicht den Disziplinbruch in Germanien erklären, nach dem Schlußwort des Genossen Frank einfach nicht anders handeln können. Im übrigen dürfte der Magdeburger Parteitag infolge seiner Beschlässe in organisatorischer und agitatorischer Hinsicht nicht an letzter Stelle stehen. In der Diskussion meinte zunächst der Genosse Langer, die Budgetbewilliger hätten als zuwiderhandelnde gegen Parteitagsbeschlässe den Ausschluss verdient. Genosse Schiffe bespricht die „positiven“ Erfolge der Badener Genossen und meint, manches davon sei auch in anderen Bundesstaaten schon vorhanden. In demselben Sinne äußern sich noch die Genossen Tiefänder und Weizensee. Besonders letzterer, der Süddeutscher ist, wendete sich gegen das Verhalten der Süddeutschen. Von allen Diskussionsrednern ward auch die Behandlung der Reifeertrage scharf kritisiert. Besonders Genosse Langer meinte, daß die offensichtliche Rückwärtsbewegung nicht geeignet ist, dem Unternehmertum sowie der Regierung Respekt vor der Idee des Reifeertrages einzuschüßen. Zum Schluß fand eine Resolution einstimmige Annahme, die sich mit den Beschlässen des Parteitages einverstanden erklärt und voll und ganz das Verhalten der Kreisdelegierten in der badischen Budgetbewilligungsfrage billigt. Aus dem Vierteljahrsbericht, den der Genosse Paul erstattete, geht folgendes hervor: Der Kasseebestand betrug am 1. Juli d. J. 22,70 M. Ein Einnahmen sind zu verzeichnen 264,64 M., an Ausgaben 215,28 M., folglich betrug der Kasseebestand am 1. Oktober 49,88 M. Vom letzten Stiftungsfest war ein Ueberßchuß von 66,96 M. zu verzeichnen.

Falkenhagen-Seegefeld.

Eine äußerst wirksame Demonstration, wie sie unser Bezirk noch nicht erlebt hat, fand am Sonntagabend in Seegefeld statt. Die Vertreter der hiesigen Organisationen und die Funktionäre der Partei hatten noch ein letztes Male sich bemüht, den Inhaber des Gasthofes Kleiffen, Herrn Hermann Nicolay, zu bewegen, sein Lokal den freiorganisierten Arbeitern für ihre Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Als die zahlreichen Gäste des Lokals von der ablehnenden Haltung des Gastwirthes hörten, verließen sie demonstrativ das Lokal. Das Spielen der Tanzmusik wurde überdies von den machtvollen Klängen der Arbeitermarische. In dem vorher überfüllten Saal blieben nur wenige junge Leute zurück. Die noch Hunderten zählende Masse zog unter braulendem Gelang durch die stille Dorfstraße. Die ausgetriebene Gendarmerie bekam nichts zu tun. An der hiesigen Arbeiterkassette liegt es nun, sich durch zähen Kampf das Lokal zu erobern, damit dem schmackvollen Zustand, daß die hiesigen Saalbesitzer unter dem Druck der Behörden ihre Räume und verweigern, baldigt ein Ende gemacht wird.

Jugendveranstaltungen.

Friedrichshagen. Am Sonntag, den 6. November, findet eine Veranstaltung des Volksvereins in Berlin statt. Treffpunkt vormittags 10 Uhr im Jugendheim, Wilhelmstr. 74. Der Jugendausßchuß.

Berliner Arbeiter-Schachklub.

- Osten I: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Böhl, Rüdigerstr. 24.
II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Voh, Weberstr. 6.
Süden: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Uebelien, Wassertr. 8.
Norden I: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Vähler, Rantzau 17, Ecke Hattweßstr.
Norden II: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Lohsen, Rantzau 13b.
III: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Frick, Drontheimer Str. 4.
IV: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Boganz, Gaudystr. 8.
V: jeden Samstag 1/9 Uhr bei Kersten, Bernauerstr. 69, Ecke Einmündender Straße.
Nordwest: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Landrecht, Volkstr. 10.
Charlottenburg: jeden Donnerstag 1/9 Uhr im Volkshaus, Knefelerstr. 3.
Friedberg: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Blume, Al-Borshagen 56.
Ober-Schöneweide: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Rodenburg, Wilhelmminnenhofstraße 64, Ecke Ralbenaustraße.
Rixdorf I: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Stahlmann, Reuterstr. 46.
II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Wöhe, Hermannstr. 160, Ecke Emser Straße.
III: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Rau, Widenbruchstr. 58.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (A. G. B., Hamburg). Filiale Berlin 7. Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr: Mitgliederverammlung bei Hoffmann, Palmaillestraße 3.

Deutscher Arbeiter-Arbeitslosenbund, Ortsgruppe Berlin. Freitag, 4. d. Mts., abends 9 Uhr, spricht im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, 6. Genosse Richard Boldt über: „Wirtschaftskämpfe der Zukunft“ kein Getranteauschank. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 5. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Nulla dies sine linea. — Die französische Arbeiterkonföderation und der Londoner Kongreß. Von Ch. Kappaport (Paris). — Die Revolution in Portugal. Von Edmund Weiss. — Die Herren und ihre Diener. Von Franz Müßel. — Rodmunds die Frage der Landtagation. Von Karl Wagnersohn (Königsberg). — Literarische Rundschau: Badamer Witzschitz, Der wirtschaftliche Fortschritt, sein Verlauf und Wesen. Von S. Schein. Von der Burg, Das Recht des Handlungsgehilfen. Von Siegfried Weinberg. — Notizen: Die Jüdische Vereinigung für Deutschland. — Zeitungskritiken.
Kreuzfahrten der „Neuen Zeit“ Nr. 33: Frh. Reuter. Von R. Wehring. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kunstgewerbes. Von Joseph Aug. Luz (Dresden). Der „Diegenhaus“ zum letzten Male. — Josef Witter: Eine Beerdigung.
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.
Probenummern stehen jedermann zur Verfügung.
Vom „Kampf“, der Monatschrift der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, ist soeben das Novemberheft erschienen. Es enthält folgende Aufsätze: Otto Bauer: Gemeinshaften und Unternehmervverbände; Max Adler: Zu Saint-Gimon's 150. Geburtstag; Emil Häcker (Kraus): Boleslaw Limanowski; A. Trojka: In den Balkanländern; Adelsheid Papp: Mädchenerziehung und Klassenhygiene; Joseph Gruber (Ling): Wandlungen in der österreichischen Landwirtschaft; Wilhelm Haujenstein (München): Auguste Rodin; Randschau; Büchereischau.
Gans- und Balkenschmuck im Winter. Herausgegeben vom Verein der Schmuckgeschäftshaber Groß-Berlins. Selbstverlag Berlin, Friedrich-Wilhelm-Str. 3.
Echelente. Roman von M. Veradt. Gef. 5 M., geb. 6 M. E. S. Meyer, Verlag, Berlin.
Das Recht auf ein Heim. Schauspiel von H. S. Wagner. Lenzen-Verlag, Leipzig.

Kronleuchter-Fabrik. Größte Auswahl. Verkauf zu billigsten Fabrikpreisen a. Private. — Musterbuch — n. Außerhalb franko. Auf Wunsch kulante Zahlungsbedingungen ohne Preisanzahlung. Siegel & Co., Prinzenstraße 33. Nathan Wand 129 Stalitzer Str. 129. Die schönsten Herren-Winter-Paletots u. Ulster und Anzüge in neu sowie bestell Monats-Garderobe von Cavalieren getragenem Stoff, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch angezogen sind in großer Auswahl stets zu haben und großen Gewinn zu haben. Nathan Wand 129 Stalitzer Str. 129. Großbahnstation Rottbuser Str. Bitte auf Hausnummer zu achten.



# Achtung! Zigarrenhändler!!

Einfache, elegante, sowie originelle 1816L\*

## Zigarren-Weihnachtspackungen

ferner: 1/20 u. 1/40 in allen Sorten u. Preislagen.

**Max Ziegenhals,** BERLIN NO. 49, 70 Neue Königstraße 70

Telephon: Amt VII. 3047.

Tabak - Zigarren - Zigaretten - en gros.

## J. NEUMANN

CIGARREN-FABRIKEN,  
BERLIN-BEGRÜNDET 1850-HAMBURG



GRAND PRIX  
Goldene Medaille  
BRÜSEL 1910



Herstellung feinsten deutscher Cigarren  
in eigener Hamburger Fabrik

SPECIAL  
FAVORITAS 84  
PRECIOSAS 104  
JOCALAS 123



MARKE  
CORTESAS 154  
INVICTOS 184  
CELESTIALES 254

In 100 Niederlagen durch Deutschland  
gleichnamig unter gleichem Preis

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Meritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

## „Frauenleiden“ und deren Verhütung.

Recht einem Anhang:  
Die  
Verhütung der Schwangerschaft  
Von Dr. J. Zadek.  
Mit 8 Illustrationen.  
Preis 50 Pf. Volksausgabe 20 Pf.  
Expedition des „Vorwärts“  
Lindenstr. 69, Laden.

Daß  
**JOSETTI VERA** Cigaretten  
Ihren bestimmten Charakter und ihre einzigartige Güte  
jederzeit unverändert aufweisen, ist einer ihrer größten  
Vorzüge. Sie sind dadurch populär geworden  
in so hohem Grade, daß sie heute unter allen  
Marken ihrer Preislage mit die größte  
Verbreitung haben.

Josetti Vera o. M., m. M. u. m. Gold  
10 Stück 30 Pf.

Selowskys  
**Bolero**  
ist nach dem  
Urteil aller Sachverständigen  
die  
**feinste 2 Pf.-Zigarette.**  
Gesetzlich geschützt!

Gegründet 1873.  
**Hut-Salinger**  
Engros-Haus  
für Neuheiten in Filz-  
hüten, Zylinderhüten,  
Chapeaux cinques.  
Neu angenommen: Fabrik-Lager moderner  
**Pelzwaren**  
Einzelverkauf zu sehr billigen, streng festen Preisen.  
Jetzt Lindenstr. 1, 1 Treppe, an der Neuen Königstraße.

erregen die enorm  
billigen Preise bei  
**Martin Katz**  
Schneidermeister  
Dresdener Straße 76, nahe dem Thalia-Theater  
Herbst- und Winter-Garderobe nach Maß  
aus besten deutschen u. englischen Stoffen, prima Zolaten,  
: : garantiert tadelloser Sitz, erstklassige Verarbeitung : :  
**Fertige Herren-Konfektion**  
in gediegenster Ausführung in großer Auswahl am Platze.  
: : Kleinste Wochen- oder Monatsraten gern gestattet : :  
Vorzeiger dieses Inserats erhält 5% Rabatt.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35  
**Sie sparen Geld!** Wenn Sie  
**Möbel** direkt zu Engrospreisen  
in der Möbelfabrik  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß,** Brunnenstr. 35  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur  
eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Jedes Wort 10 Pfennig.  
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche  
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf., das erste Wort  
(fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben  
zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annehme-  
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis  
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,  
bis 3 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
Gardinen, Fabrikpreise, 1 bis 3  
Fenster, 1.25, 1.45, 1.85, 2.25, 2.65,  
3.75, 4.05 ufm.  
Turch Glas beschlägte Gardinen  
und Stores, schwere Qualitäten mit  
10 Proz. extra Rabatt. E. Wehrensberg  
Leppichhaus, Große Frankfurter-  
straße 125, im Hause der Möbel-  
fabrik.  
Tuchbetten, Bettgröße, Stück  
1.85, 2.25, 2.85, 3.65 ufm.  
Gerbstülldecken, fest 3.45, 3.85,  
4.75, 5.85, 6.75, 7.50 ufm.  
Gerbstülldecken, Bettgröße,  
2.85, 3.65, 4.50, 5.75, 6.90, 7.60 bis  
45 Mark. Große Frankfurterstraße 125,  
im Fabrikgebäude.  
Tuchportieren, komplette Garnitur  
3.85, 4.75, 4.65, 5.85, 7.50.  
Wäschportieren 6.45, 6.95, 7.85,  
9.45, 11.-, 13.-, 15.-, 18.-, 20.-  
Mark. E. Wehrensberg Leppichhaus,  
Große Frankfurterstraße 125.  
Tuchdecken, reichgefilzt, mit kleinen  
Fehlern, 0.90, 1.25, 1.75, 2.45, 3.25,  
4.50, 5.75, 6.60 ufm.  
Steppdecken, Elmilleide, 8.50,  
4.35, 5.25, 6.50, 7.85, 9.25 ufm.  
Wischdecken mit kleinen Fehlern,  
4.35, 5.45, 6.85, 7.50, 8.25,  
9.75, 12.-, 15.-. Große Frankfurter-  
straße 125.  
Steppdecken, hoppelteilig, 6.85,  
8.50, 9.75, 11.-, 13.-. Im Fabrik-  
gebäude Große Frankfurterstraße 125.  
Wanddecken 4.35, 5.85, 6.75, 7.50,  
8.75 ufm.  
Schlafdecken, Sport- und Normal-  
decken, 1.65, 2.45, 2.85, 3.25, 3.75,  
4.85, 6.35 ufm. Große Frankfurter-  
straße 125.  
Abfallstoffe 3.85, 4.65, 5.75,  
6.85, 7.65 Mark.  
Salon- und Wohnzimmerdecken  
mit kleinen Fehlern, 4.65, 5.75, 7.85,  
9.50, 11.25, 13.50, 15 bis 150 Mark.  
Leppichhaus Große Frankfurter-  
straße 125, im Hause der Möbel-  
fabrik.

Möbelstoffe in Wolle und Wollmisch  
zu Sofa- und Bettdecken.  
Käuser- und Linoleum-Fabrikreste,  
weit unter Preis. E. Wehrensberg  
Leppichhaus, Große Frankfurter-  
straße 125, im Fabrikgebäude, zweites  
Haus von der Stoppstraße.  
Taschenbuch für Gartenfreunde  
Ein Ratgeber für die Pflege und  
sachgemäße Bewirtschaftung des häus-  
lichen Gartens, Gemüse- und Ob-  
stgärten von Prof. Dr. J. J. J. J. J.  
vermehrte Auflage, Mit 187 Illu-  
strationen, Preis 3.50 Mark. Ex-  
pedition Vorwärts, Lindenstr. 69.  
Gastronen. Täglich ohne An-  
zahlung, wöchentlich 1.00 (bis Dunderst  
Kaufsumme). Riesenlager Rausch  
Böttcher (Lehrling), Betriebsleitung Bog-  
kogenstraße wiesendrehlig (Bahn-  
verbindung: Warschauerstraße). Ri-  
thalen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf,  
Kaiser-Friedrichstraße 247.  
Vorwärtsleser erhalten fünf  
Prozent Extrarabatt, selbst bei nach-  
folgenden Gelegenheitskäufen.  
Teppiche, farblich gefärbt, spottbillig,  
Steppdecken, eine Partie, Lebens-  
wert.  
Wischportieren 6.65 Mark.  
Wischdecken mit Seidenschleim  
6.85.  
Teppich, Thomad, Dranien-  
straße 160, Dranienplatz; Rosen-  
thalerstraße 4.  
Tuchdecken, Rigor u. Rollen,  
Wahmannstraße 29.  
Wider kaufen Sie direkt Fabrik  
bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2.  
Teppiche! (sehr billige) in allen  
Größen, fast für die Hälfte des Wertes  
Leppichhaus Grün, Hodeler  
Markt 4, Behnhofstraße. (Lehrer des  
Vorwärts) erhalten 5 Prozent  
Rabatt! Sonntags geöffnet!  
Wittners Nähmaschinen ohne An-  
zahlung, gebrauchte spottbillig! Sta-  
lgerstraße 99, Barfuhnerstraße 67.  
Wäcker des deutschen Hauses.  
Eine Sammlung guter Erzählungen,  
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-  
gezeichnet, zierlich 300 Seiten umfassend,  
zum Teil illustriert und gebunden.  
50 Bogen pro Band. Expedition,  
Lindenstrasse 69, Laden.

Hermannplatz 6. Allerbilligste  
Wanderverkäufe. Riesenwohl.  
Winterpaletots. Sommerpaletots.  
Radellanzüge, Webpaletots, Herren-  
paletots. Extrabillige Reithosen, Aus-  
steuerlaken, Stauraumbilliger Betten-  
verkauf, Brautbetten, Vermietungs-  
bett, Spottbilliger Wäscheverkauf, Wä-  
schentischdecken, Steppdecken, Goldsch-  
miederverkauf, Teppichverkauf, Wand-  
decken, Kissen, Bettdecken, Ring-  
auswahl, Schmiedelaken, Wanddecken,  
Nähmaschinen, Grobberlinen, beliebige  
Einkaufsgüter. Allerbilligster Waren-  
verkauf im Fabrikhaus Hermann-  
platz 6. Auch Sonntags geöffnet.  
Biederbetten, Stand 11.00, große  
16.00, Wäcker, Gardinen, Teppiche  
spottbillig, Handbleichhaus, Rüdiger-  
platz 7.  
Winterpaletots, Pelzholas, An-  
züge, Uhren, Schmiedelaken, Portieren,  
Steppdecken spottbillig, Handbleichhaus,  
Rüdigerplatz 7.  
Sozialreform oder Revolution  
von Rosa Luxemburg. Zweite durch-  
gesehene und ergänzte Auflage. Preis  
50 Pf. Expedition Vorwärts, Linden-  
strasse 69.  
Teppiche (Kardenteller), Stepp-  
decken, Gardinen, Wäcker, Tisch-  
decken, Lebergerbarden, Soja-  
stoffteppiche spottbillig, Rüdiger-  
platz, Große Frankfurterstraße 9,  
Flurweg, Vorwärtslesern zehn  
Prozent Sonntags geöffnet. 24838  
Wannenzüge und Winter-  
paletots von 5 Mark sowie Damen  
von 1.50, Webpaletots von 12.00,  
Frauens von 2.50, sowie für korpusante  
Figuren. Neue Garderobe zu Haus-  
billigen Preisen, aus Handbleich ver-  
fertigte Sachen, läuft man am billigsten  
bei Röh, Wulsdorfstraße 14.  
Ohne Anzahlung, Woche 50, Bilder,  
Spiegel, Ferner: Möbel, Volksw-  
waren, Teppiche, Gardinen, Stepp-  
decken, Tischdecken, Bettdecken,  
Portieren, Uhren, Wäcker, Weber,  
Verglauerstraße 25. Besuch eventuell  
Vollkarte. 12858  
Wäcker, dreifach 4.50,  
Bronzefronen 7.50, Gaszuglampen  
7.00, Gaslaternen 1.40, Gasmandarin  
0.65, Teilzahlungen gestattet. In-  
kalkulieren Rabatt. Kronenlager  
Große Frankfurterstraße 92; Röhale  
Rabenstraße 6. 13018

Puppenwagen, kleine Raster,  
unterem Einlaufspreis. Andreas-  
straße 53. 13778  
Leibhaus Turmstraße Dreilind-  
feldig! Abteilung Pelzholas! Betten-  
lager! Gardinenlager! Brautteppiche!  
Die Grundbesitzer der Wirt-  
schaftsschule. Eine populäre Einfüh-  
rung von Julius Gorchardt. Preis  
40 Pf. Expedition Vorwärts, Linden-  
strasse 69.  
Pelzholas, Kleidermacher, werden  
einzelne spottbillig abgegeben im En-  
grosgeschäft, Heiligegeiststraße 33, I.  
Herrenanzüge, Herrenpaletots,  
aus feinsten Rohstoffen, deren Wä-  
chpreis bis 70.00, verkauft 18.00  
bis 38.00 täglich, Sonntag. Deutsches  
Verkaufshaus Jägerstr. 63 I. Arma-  
beachtung. 12719  
Damenhemden mit handgeklüfter  
Baße 1.15, Herrenhemden 1.15, Nor-  
malmaße, Arbeiterhemden sowie  
elegante Reifemuster bis zur Hälfte  
des Wertes, Wäscheabrik Salomonstr.,  
Dirckstrasse 21, Alexanderplatz.  
Kartoffeln. Ein mit einer Kaba-  
ladung prima Daber an der Havel-  
straße Charlottenburg. Südrom.  
Geschäftsverkäufe.  
Restauration, feine Exzellenz,  
sofort fruchtlos halber für Inventar-  
preis veräußert. Offerten S. O. Haupt-  
postamt. 12725  
Möbel.  
Wäckeranrichtung auf Teilzah-  
lung, Stube und Küche 15 Mark.  
Verleihen gewasene Möbel spottbillig,  
Verolina, Röhmannstraße 49. 13308  
Wäckeranbau, gebrauchte und  
neue Einzelmöbel und ganze Ein-  
richtungen, emische, elegante  
Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlaf-  
zimmer, beladene gewaschen, verpackt,  
spottbillig, Röhmannlager, 5 Etagen,  
Wäckeranbau. Neue Röhmannstr. 3/6,  
Jägerstraße. Teilzahlung gestattet.  
Sonntags geöffnet. 28414  
Bibliothek, Röhmann, 2 Bett-  
stellen mit Matratzen, billig, Röh-  
mannstraße 108, Hof parterre.  
Umständehalber Dreizimmer-  
Wäcker, ein einzeln, veräußert,  
Erfragen Portier, Daberbelle 95.  
Fahrräder.  
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,  
einmal benutzt 35.-, Holz, Blumen-  
straße 36b. 16838  
Wäckeranbau (Kleiderkasten), wenig  
gebraucht, 30.00, Schader, Webding-  
straße 3. 12906  
3000 Sprechmaschinen, großer  
Gelegenheitsverkauf, Stück 5.00 bis 30.00.  
Röhmann, Weinmeisterstraße 14, Rosen-  
thalerstraße 48, Andreasstraße 28,  
Kottbusdamm 8. 16798  
85 000 Schallplatten habe ich auf  
Lager. Günstigste Gelegenheits-  
Wiederverkäufe, fast alle Marken  
vertreten. Stück 0.20, 0.45, 0.75, 1.00,  
Dacapo-Platten 1.75, Phonograph-  
Platten, grünes Etikett, fast 3.- nur  
2.-, Decca-Platten, 27 Zentimeter  
groß, fast 5.- nur 2.50. Röhmann,  
Weinmeisterstraße 14, Rosenthaler-  
straße 48, Andreasstraße 28, Kottbus-  
damm 8. 16258  
Musik.  
3000 Sprechmaschinen, großer  
Gelegenheitsverkauf, Stück 5.00 bis 30.00.  
Röhmann, Weinmeisterstraße 14, Rosen-  
thalerstraße 48, Andreasstraße 28,  
Kottbusdamm 8. 16798  
85 000 Schallplatten habe ich auf  
Lager. Günstigste Gelegenheits-  
Wiederverkäufe, fast alle Marken  
vertreten. Stück 0.20, 0.45, 0.75, 1.00,  
Dacapo-Platten 1.75, Phonograph-  
Platten, grünes Etikett, fast 3.- nur  
2.-, Decca-Platten, 27 Zentimeter  
groß, fast 5.- nur 2.50. Röhmann,  
Weinmeisterstraße 14, Rosenthaler-  
straße 48, Andreasstraße 28, Kottbus-  
damm 8. 16258  
Verschiedenes.  
Rauhkopferlei von Frau Kosloski,  
Schlagstein, Röhmannstraße 8 III.  
Patentanwalt Weiser, Röhmann-  
straße 94a.  
Englischen Unterricht für Anfänger  
und Vorgesrittene (Einzelstunden  
und im Kurse) erteilt G. Siemsen,  
Charlottenburg, Stutigarter Platz 9,  
Gartenhaus III.  
Anker, Kessing, Platinabfälle,  
Silberabfälle, Goldschmelze Röhmann,  
Röhmannstraße 20a (gegenüber Kan-  
tenstraße). 20681  
Vermietungen.  
Mietgesuche.  
Junger Mann sucht Zimmer allein  
oder als Teilnehmer. Röhmann-  
platz, Offerten unter P. Portier-  
expedition Kaufinger Platz. 16145  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Arbeitsmarkt.**  
Stellenangebote.  
Tüchtiger Schneider für Damen-  
konfektion, welcher selbständig Schnitt  
herstellen kann, findet bei hohem Geh-  
halt dauernde Stellung. Nur solche  
Bewerber, welche längere Zeit bei  
Berliner Firmen in gleicher Stellung  
tätig waren, wollen sich melden bei  
Graumann u. Stern, Wöhren-  
straße 36. 12717  
Stoffwarenlehrling sucht Wendler  
u. Co., Friedenau, Kaiser-Allee 98.  
Schlosserlehrling verlangt Verg-  
strasse 2. 1676b  
Vormittagsarbeit, fünf Stunden  
täglich, als Nebenerwerb lohnend und  
dauernd für gewandte Frauen. Reher  
Lohn, keine Heimarbeit. Kochstraße 6,  
parterre. 9-12, 3-4 Uhr. 16745  
Arbeiterinnen verlangt Dampf-  
mischer, Wäckerstraße 179. 12718  
Tüchtige Arbeiterinnen verlangt  
Piano-Reparaturfabrik, Röhmann-  
straße 6a. 1676b  
Vehrmädchen im Alter von 14 bis  
16 Jahren aus achtbarer Familie gegen  
monatliche Vergütung sofort gesucht.  
Meldungen nur in Begleitung der  
Eltern oder des Vormundes 1-2 Uhr  
mittags oder 7-8 Uhr abends. -  
u. Jandorf u. Co., Delle-Käse-  
straße 1/2. 18858  
Arbeiterinnen zum Sortieren  
von Fabrikabfällen, Anfangslohn  
10.00 Mark, steigend bis 15 Mark,  
verlangt Schmelz, Wäckerstraße 11.  
Achtung! Holzarbeiter.  
Wegen Streit und Lohn-  
differenzen sind geberzt:  
Pianofabrik Koch & Engel,  
Lichtenstr. 98.  
Für Einseher: Bau Harquardt,  
Tempelhof, Friedrich-Wilhelmstr. 36.  
Sämtliche Tischlereien in Stolp  
und Lössen in Pommern.  
Das Berliner Arbeiterökono-  
mischen Vermittlungsbureau, 6. gelbes  
„Handwerker-Verbands“-  
Die Christenverwaltung Berlin des  
Deutsches Holzarbeiterverbandes.